**BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**
18. Wahlperiode

Plenarprotokoll 18/89
26. 09. 07

89. Sitzung

Mittwoch, 26. September 2007

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten **4721 A**

Ausscheiden einer Abgeordneten
(Abg. Dr. Andrea Hilgers SPD) 4721 A

Abwicklung und Ergänzung
der **Tagesordnung** **4721 A**

Aktuelle Stunde **4721 B**

Fraktion der GAL:

CDU-Klimaschutz mit halbem Herzen – ein halbes Kraftwerk, ein halbes Konzept und beinahe ein Umweltkongress

Christian Maaß GAL 4721 B, 4727 A 4729 C
Rüdiger Kruse CDU 4722 B, 4728 C
Dr. Monika Schaal SPD 4723 B, 4729 B
Jens Kerstan GAL 4723 D
Niels Böttcher CDU 4724 D
Gesine Dräger SPD 4725 A
Axel Gedaschko, Senator 4725 D
Michael Neumann SPD 4727 D

Fraktion der CDU:

Finanzausstattung der Universität stärkt Lehre und Forschung

Wolfgang Beuß CDU 4729 D, 4736 D
Dr. Barbara Brüning SPD 4730 C, 4737 A
Dr. Heike Opitz GAL 4731 B, 4737 C
Jörg Dräger, Senator 4732 A, 4735 D
Karen Koop CDU 4733 B
Wolfgang Marx SPD 4734 B
Dr. Willfried Maier GAL 4735 A

Fraktion der SPD:

CDU wird nervös: Erst Missachten, dann Verhindern und nun Bekämpfen von Volksentscheiden!

(Fortführung am 27.09.2007)

Bericht des Haushaltsausschusses:

Finanzierung zur Herrichtung eines Gebäudes für das Deutsche Klimarechenzentrum
– Drs. 18/7009 – 4738 B
Dr. Diethelm Stehr CDU 4738 B
Wolfgang Marx SPD 4739 D
Christian Maaß GAL 4740 A
Jörg Dräger, Senator 4740 C
Beschlüsse 4741 C

Senatsmitteilung:

E-Government-Strategiebericht 2007/2008
– Drs. 18/6908 – 4741 C
Ralf Niedmers CDU 4741 D
Jan Peter Riecken SPD 4743 A
Katja Husen GAL 4743 D, 4745 D
Dr. Michael Freytag, Senator 4745 A
Beschluss 4746 A

Bericht des Wirtschaftsausschusses:

Bundesratsinitiative für Mindestlohn
– Drs. 18/6926 – 4746 A

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Für einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland - Unterstützung der Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz
– Drs. 18/6973 – 4746 A

Uwe Grund SPD 4746 B, 4755 A

Dittmar Lemke CDU 4748 A, 4754 B, 4756 A

Gudrun Köncke GAL 4748 D, 4753 A

Gunnar Uldall, Senator 4749 C

Hans-Christoff Dees SPD 4750 C, 4753 C

Egbert von Frankenberg CDU 4751 D

Dr. Willfried Maier GAL 4754 A

Gesine Dräger SPD 4755 B

Beschlüsse 4756 B

Antrag der Fraktion der GAL:

Eine Zukunft für die Pop- und Rockstadt Hamburg gestalten!
– Drs. 18/6976 – 4756 C

Farid Müller GAL 4756 C, 4760 A

Dietrich Rusche CDU 4758 C

Uwe Grund SPD 4759 C

Beschlüsse 4760 C

Bericht des Haushaltsausschusses:

Erhalt der vollen Funktionsfähigkeit des Instituts für Rechtsmedizin als Instrument für Strafverfolgung und Opferschutz in Hamburg
– Drs. 18/6885 – 4760 D

Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU 4760 D

Rolf-Dieter Klooß SPD 4761 B

Katja Husen GAL 4761 C

Beschlüsse 4761 D

Antrag der Fraktion der SPD:

Platzbörse für Jugendfreiwilligendienste in Hamburg einrichten
– Drs. 18/6870 – 4762 A

Petra Brinkmann SPD 4762 A

Marita Meyer-Kainer CDU 4763 A

Martina Gregersen GAL 4763 D

Beschlüsse 4764 B

A

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Mit Schreiben vom 11. September 2007 hat mir die Abgeordnete Frau Dr. Hilgers mitgeteilt, dass sie ihr Bürgerschaftsmandat aus beruflichen Gründen zum 30. September 2007 niederlegt. Frau Dr. Hilgers war seit Oktober 1997 Mitglied der Bürgerschaft. Sie wirkte während dieser Zeit in zahlreichen Ausschüssen mit, unter anderem im Jugend- und Sportausschuss, im Rechtsausschuss und im Haushaltsausschuss. In der 16. Wahlperiode war sie zudem Mitglied der Enquete-Kommission zum Thema Jugendkriminalität. In der 17. Wahlperiode gehörte sie außerdem dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Personalauswahl und zu Personalentscheidungen des von CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive und FDP gestellten Senats an. Seit Beginn dieser Wahlperiode bekleidete sie im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss das Amt der Schriftführerin. Von Mai 2000 bis Februar 2006 gehörte sie darüber hinaus dem Vorstand der SPD-Fraktion als parlamentarische Geschäftsführerin an. Die Bürgerschaft dankt Frau Dr. Hilgers, die leider erkrankt ist und daher an unserer zweitägigen Sitzung nicht teilnehmen kann, für die geleistete Arbeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um einen weiteren Punkt ergänzt werden soll. Es handelt sich dabei um den Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drs. 18/7042, der als Tagesordnungspunkt 17 b nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Die Drucksache liegt Ihnen vor.

B

Wir kommen nun zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

> CDU-Klimaschutz mit halbem Herzen – ein halbes Kraftwerk, ein halbes Konzept und beinahe ein Umweltkongress

von der CDU-Fraktion

> Finanzausstattung der Universität stärkt Lehre und Forschung

und von der SPD-Fraktion

> CDU wird nervös: Erst Missachten, dann Verhindern und nun Bekämpfen von Volksentscheiden!

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Maaß hat es.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, schön, dass Sie da sind. Ich hatte schon befürchtet, Sie müssten während dieser Debatte aus organisatorischen Gründen Familien- und Innenpolitik machen. Aber es freut mich, dass wir heute über Klimaschutz sprechen können.

> (Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU:* Das war ja ein richtiger Kalauer!)

Man konnte in den letzten Wochen ein wenig den Eindruck gewinnen, als ob der Bürgermeister und die CDU beim Klimaschutz Angst vor der eigenen Courage bekommen haben, als ob Sie erst jetzt bemerkt haben, was Sie da überhaupt gesagt haben, als Sie die Losung ausgegeben haben, Hamburg solle eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz übernehmen. C

Ich glaube, Sie haben jetzt realisiert, dass es wirklich ein langer und auch steiniger Weg ist, den Sie sich da vorgenommen haben, bei dem man sich auch nicht immer nur Freunde macht. Jetzt spüre ich ein bisschen Fracksausen auf Ihrer Seite,

> (*Rolf Harlinghausen CDU:* Er ist wieder bei seinem Lieblingsthema: Meckern, nörgeln, mäkeln!)

wenn es darum geht, diesen Weg auch wirklich zu gehen, denn auf einmal rebellieren die Freunde vom Industrieverband, weil das Genehmigungsverfahren für das Kraftwerk Moorburg nicht so rund läuft wie es der Bürgermeister noch vor wenigen Monaten versprochen hatte. In der Tat muss sich der Senat auch an diesem, wie ich finde, mit Abstand wichtigsten Punkt in der Klimapolitik vorwerfen lassen, dass er hier keine klare Linie verfolgt. Zuerst war es die Umweltbehörde selbst, die diese Idee in den Raum geworfen hatte, das Kraftwerk doppelt so groß zu machen wie ursprünglich von Vattenfall geplant und im Mai 2007 dann der Bürgermeister mit der Ankündigung, er erwarte jetzt, dass das Genehmigungsverfahren glatt durchlaufe, weil die Norddeutsche Affinerie auf ihr kleineres Kraftwerk verzichte. Jetzt läuft dieses Genehmigungsverfahren alles andere als rund und der Bürgermeister scheint endlich erkannt zu haben, was die GAL und die Umweltverbände schon vor zwei Jahren gesagt haben, nämlich dass dieses Kraftwerk in Moorburg nicht nur für den Klimaschutz ein absoluter Fehlschlag ist, sondern auch fatal für unsere Elbe, für unseren Fluss in unserer Stadt wäre. D

> (Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Nun gibt es diesen Gegenwind vom Berater der Kanzlerin, der im Nebenberuf auch noch Chef von Vattenfall ist, von der Handelskammer und vom Industrieverband. Ich kann dazu nur sagen: Willkommen im Club! Ich kann verstehen, dass es aus Ihrer Sicht vielleicht ein bisschen unheimlich ist, wenn auf einmal die Freunde aus der Industrie Sie als wirtschaftsfeindlich kritisieren, aber aus langjähriger Erfahrung kann ich Ihnen berichten: Es tut nicht weh und vor allem geht es bald wieder vorüber, denn irgendwann begreift auch der Industrieverband, dass ein Weiter-so in der Energiepolitik wirklich nicht mehr möglich ist, dass wir nicht weiter auf die Technologien setzen können, die uns in dieses Dilemma mit dem Klimaschutz überhaupt erst gebracht haben, auf die fossilen Technologien, dass wir einen klaren Kurswechsel in Richtung erneuerbare Energien und Energiesparen wirklich nötig haben und keine halbherzigen Lippenbekenntnisse, die an der ersten Hürde schon wieder aufhören.

> (Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Deswegen brauchen wir klare, verlässliche Ansagen und keine Tänzchen vor und dann wieder mit zwei Schritten zurück, wenn die Handelskammer das erste Mal hüstelt.

Es kann doch nicht angehen, dass der Senat der Bürgerschaft ein Klimaschutzkonzept vorlegt und kurz zuvor ein Konzept zur Energieversorgung der Stadt, die sich widersprechen. Von diesem Eiertanz in Sachen Ökostrom, erst null, dann 25 und dann 100 Prozent will ich gar nicht reden. Es kann auch nicht angehen, dass man in dieser

wichtigsten Frage zum Klimaschutz in der Stadt beim Kraftwerk Moorburg gleichzeitig ja und nein sagt. Sie wollen nicht ein ganzes Kraftwerk, aber vielleicht ein halbes. Im Übrigen hätte ein halbes Kraftwerk immerhin noch eine solche Dimension, dass der CO_2-Ausstoß so groß wäre wie ihn der gesamte Verkehr in unserer Stadt CO_2 verursacht.

Es gibt genug Kollegen, auch in der CDU, wie zum Beispiel Ihr Fraktionsvorsitzender in Baden-Württemberg, die tatsächlich auch den Mut aufbringen zu sagen, neue Kohlekraftwerke passen nicht in die Landschaft.

(*Harald Krüger CDU:* Die alten sind viel besser!)

Es ist ziemlich schade, dass gerade derjenige, der sich selbst aufgeschwungen hat, innerhalb der CDU derjenige zu sein, der der Vordenker in Sachen Klimaschutz ist, nämlich der Bürgermeister, nicht den Mut hat, hier Führung zu beweisen und den klaren Kurs vorzugeben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Genauso eine Eierei beim Thema Tempolimit. Da heißt es, Tempolimit auf Autobahnen wollen wir, aber wir starten dazu keine Initiative. Das sollen andere machen und dann würden wir es vielleicht unterstützen. Das ist nicht Führung, das ist noch nicht einmal Pragmatismus, das ist einfach nur Hasenfüßigkeit und Opportunismus, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das letzte Kapitel in der Reihe der Halbherzigkeiten ist Ihr groß angekündigter Kongress zur Bewahrung der Schöpfung, der am 18. Januar in Hamburg stattfinden sollte. Da kommt nun ein Umfrageinstitut daher und sagt Ihnen, das bringe vielleicht nicht so viele Stimmen und schon wechseln Sie allein aus organisatorischen Gründen das Thema. Bewahrung der Schöpfung ist dann nicht mehr so wichtig, weil die Demoskopie Ihnen das einflüstert. Herr Bürgermeister, das ist schlicht nur noch peinlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werfen uns also Halbherzigkeit vor.

(*Petra Brinkmann SPD*: Ja! *– Dr. Martin Schäfer SPD*: Und Hasenfüßigkeit!)

Nun überlege ich, was im Klimaschutz Halbherzigkeit wäre. Das wäre zum Beispiel, wenn man ein anspruchsvolles Programm formuliert, wenn man die Zielperspektive 2050 als alleinige vorgibt und sich dann mit der Umsetzung Zeit lässt. Dann würde man von allen Leuten das Lob dafür bekommen, welch hehre Ziele man hat und man könnte nur kommentieren: Hoffentlich klappt das dann auch bis 2050.

Wir haben gesagt, dass wir einen Zwischenstopp bei 2012 machen. Das ist recht gut überschaubar. Auch wenn wir nicht die Partei der Fünfjahrespläne sind, sagen wir uns in diesem Fall schon, dass das auch nachkontrollierbar sein soll. Wir haben nicht nur gesagt, wohin es gehen soll, sondern wir haben auch gesagt, wie es messbar ist. Dann haben wir gesagt, es ist schön, dass wir selber glauben, dass wir da etwas Gutes tun und haben uns ein Institut geholt, das nicht als CDU-Institut in diesem Lande verschrien ist – das Wuppertal Institut. Die haben das für uns gerechnet und gesagt, dass das Mutigste sei, was eine Kommune oder ein Land bisher in Deutschland überhaupt gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das also halbherzig ist, sind all die anderen Regierung in diesem Land und alle anderen Regierungen der Vorzeit ganz ohne Herz, herzlos.

Natürlich glauben wir, dass man ein solches Programm auch noch besser machen kann. Deswegen sagen wir von Anfang an, dass wir es fortschreiben. Nun sagen Sie, was wir denn hätten tun sollen und kommen auf die Idee, dass wir an der Stelle halbherzig seien, wo es um die Autobahn und das Tempolimit geht. Finden Sie es denn besonders mutig, wenn man nur sieben Kilometer Autobahn hat, die da infrage kommen.

(*Christian Maaß GAL*: Bundesweit!)

– Das habe ich schon begriffen, bundesweit. Aber dass man dann als Hamburger sagt, wir machen diese Initiative nach dem Motto, uns betrifft es ja eigentlich nicht, damit machen Sie sich keine Freunde bei den anderen Bundesländern. Das ist ungeschickt. Ungeschickt ist es auch, wenn man seine Partner in der Wirtschaft und in der Industrie vorher immer ordentlich auf den Kopf haut, als dass man mit ihnen konstruktiv zusammenarbeitet.

Bei der letzten Debatte war es noch so, dass Sie angezweifelt haben, dass wir die 500.000 Tonnen in der Industrie zusammensammeln können. 14 Tage später waren sie da, und zwar nicht Zusagen von irgendwelchen Dachverbänden, die das dann noch intern umsetzen müssen, sondern Zusagen von Einzelunternehmen, verbrieft, versiegelt. Mag sein, dass Sie das halbherzig nennen, aber immerhin hatten wir das Herz dafür und auch das Herz bei unseren Partnern. Natürlich fällt es den Partnern in der Industrie nicht immer leicht und Sie müssen uns nicht erzählen, dass man nicht immer geliebt wird, wenn man strenge Einschnitte macht, aber die wissen schon, warum wir es tun, weil wir das gleiche Ziel haben wie Sie: Hamburg vorne halten.

(Beifall bei der CDU)

Ähnlich wie bei der Autobahn haben Sie immer noch die Ansicht, dass es doch viel eleganter wäre, dieses Kraftwerk ein Stück über die Landesgrenze zu schieben. Also, so eng kann man doch gar nicht denken.

(*Bernd Reinert CDU:* Doch, der kann das!)

Sie können doch nicht ständig den CO_2-Ausstoß dieses einen Kraftwerks komplett auf Hamburg anrechnen. Das habe ich Ihnen schon das letzte Mal gesagt. Schicken Sie es in die Randgemeinden, nach Norderstedt. Dann sind Sie weltweit die schlimmsten CO_2-Sünder pro Kopf. Das kann doch nicht die Logik der Grünen sein. Ich weiß ja, dass Sie gegen Globalisierung sind, aber so lokal muss man nun wirklich nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Das Überraschendste ist, dass Sie dann den halben Kongress kritisieren. Erstens hat der Bürgermeister bei diesem Thema von Anfang an gesagt, dass das für ihn kein Wahlkampfthema sei, sondern eines, zu dem er Sie und auch die SPD einlädt mitzumachen, weil es ein gesamtgesellschaftliches Thema ist.

(*Christian Maaß GAL:* Ich habe keine Einladung bekommen!)

Normalerweise würde ich von Ihnen erwarten, wenn wir kurz vor den Wahlen mit großem Tamtam einen Klimakongress machen, dass Sie dann sagen, das ist ja alles PR-Gedöns. Jetzt machen wir diesen Kongress nicht, haben aber die gesamte Sacharbeit gemacht, und nun sagen Sie, weil wir auf den Kongress verzichten, sei das PR-Gedöns. Das ist doch nun Quatsch.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Sondern Innenpolitik!)

– Ich glaube, Herr Neumann, dass es richtig ist, in dieser Stadt daran zu erinnern, dass die Innenpolitik, weil wir das Problem haben, dass in diesem Bereich alles so gut läuft, niemals wieder in Ihre Hände fallen darf.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* In meinen war es noch gar nicht!)

– Nein, die geben wir Ihnen nicht.

Sicher und richtig war, dass wir dieses Klimaschutzprogramm, ein ehrgeiziges Programm, in kurzer Zeit aufgestellt haben. Wir wissen, dass wir mit diesem Klimaschutzprogramm in Deutschland bisher ganz weit vorne stehen. Wir freuen uns darauf, wenn sich andere Menschen auch ein Herz nehmen und dieses in den anderen Bundesländern gleichfalls tun. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer mit großem Pomp ein Klimaschutzkonzept aus der Taufe holt und noch nicht einmal vier Wochen später einen geplanten Kongress absagt, Herr Kruse, der ist in der Tat sehr halbherzig. Sie haben offensichtlich überhaupt kein Zutrauen mehr zu dem, was Sie da aufgeschrieben haben. Sie sagen, es seien organisatorische Gründe, aber in Wahrheit sind es doch die Umfragen. Das war auch schon in der Zeitung zu lesen, dass das Klimathema – so wurde kolportiert – der CDU keine Wählerstimmen bringe. Das ist auch nachvollziehbar, meine Damen und Herren, denn seit Beginn seiner Amtszeit hat Ole von Beust keine Gelegenheit ausgelassen, um sich die Themen Umwelt und Klimaschutz vom Hals zu halten, von der Demontage der Umweltbehörde angefangen, bis hin zur Verteufelung von erneuerbaren Energien.

(*Robert Heinemann CDU:* Waren Sie mal in der Umweltbehörde?)

Vor allen Dingen das Festhalten an diesem überdimensionierten Kohlekraftwerk, Herr Heinemann, und die Forderung nach Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken lassen auch Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Klimaschützers Ole von Beust aufkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Da ist es doch kein Wunder, dass das Ökothema der CDU keine Stimmen bringt. Daran konnte auch Senator Gedaschko nichts ändern, der sich gleich zu Beginn seiner Amtszeit an Vattenfall gewendet und die Forderung erhoben hat, Moorburg zugunsten von kleineren Kraftwerksblöcken zu canceln. Wahrscheinlich wusste der Senator damals noch nicht, dass ein paar Monate vorher die Kollegin Staatsrätin dem Unternehmen zur Verdoppelung der Kapazitäten geraten hatte.

(*Ingo Egloff SPD:* Das Problem ist, den kannte bei Vattenfall noch keiner!)

Den Bürgermeister hat die Kritik seines neuen Umweltsenators wenig beeindruckt und er hält weiter unverdrossen am Kohlemonster fest, die Handelskammer und Vattenfall im Rücken, meine Damen und Herren. Vor diesem Hintergrund präsentiert er dann im August sein Klimaschutzkonzept, mit dem die Stadt 2 Millionen Tonnen CO_2 einsparen sollte. Kein Problem hat der Bürgermeister offensichtlich damit, dass das geplante Kraftwerk Moorburg in einem Jahr viermal so viel Treibhausgase erzeugt, obendrein die Elbe aufheizt, die Natur kaputt macht und die Luft verpestet. Es ist kein Wunder, dass die Union mit dem Klimaschutz nicht punkten kann, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Die SPD hat den Bürgermeister aufgefordert, sein Konzept mit Zahlen zu untermauern. Jetzt, wo die Drucksache vorliegt, ist das auch der Fall und man kann nachlesen, dass es statt der geplanten 2 Millionen Tonnen CO_2, die eingespart werden sollen, nur noch 1,8 Millionen Tonnen CO_2 sind, die eingespart und vorgerechnet werden können. 550 000 Tonnen sind in der Tat zertifiziert, Herr Kruse. Das haben Sie bei Wuppertal erreicht, aber mehr auch nicht und das finde ich nicht sonderlich mutig.

450 Tonnen leihen Sie sich eben mal beim Bund. Das ist eine Mogelpackung. 100.000 Tonnen sollen durch verbesserte Technik kommen und 200.000 Tonnen durch bessere Bildung. Das sind Tetje mit de Utsichten. 500.000 Tonnen sollen die Hamburger Unternehmen einsparen. Drei Wochen nach Vorstellung des Konzepts kommt der Bürgermeister mit elf Entscheidern aus der Wirtschaft und präsentiert eine Absichtserklärung. Von diesen elf Unternehmen haben lediglich zwei, nämlich die Norddeutsche Affinerie und die Hamburger Stadtreinigung gesagt, wie viel CO_2 sie sparen und wie sie das erreichen wollen. Ich finde das ziemlich blamabel, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Darüber, wie die restlichen 200.000 Tonnen eingespart werden sollen, Herr Kruse, muss die Behörde offensichtlich noch nachdenken. Vor diesem Hintergrund verblasst das Klimaschutzkonzept, das Sie produziert haben. Es ist zwar dick, wenn man es betrachtet, aber es ist wenig verbindlich, wenig ehrgeizig und damit wird Hamburg nicht Klimahauptstadt. Damit ist man eher Nachhut, Herr Bürgermeister, und das ist schädlich für uns und auch für den Klimaschutzbeauftragten der CDU. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kruse, Sie können noch so viel reden, aber eines ist doch ziemlich deutlich geworden: Ihre Worte und Ihre Taten passen nicht zusammen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Michael Neumann SPD:* Bei ihm schon, er sagt nichts und tut nichts!)

Sie haben eben sehr lange geredet und alle Teilaspekte aufgegriffen.

(*Ingo Egloff SPD:* Er redet viel und sagt nichts! Er ist der Nachfolger von Herrn Schinnenburg, eine Phrasendreschmaschine!)

Man kann über die 7 Kilometer Autobahn in Hamburg und ähnliche Themen reden, aber über das eine zentrale Problem, über das eine zentrale Kraftwerk, das darüber entscheidet, ob all diese viele kleinen Maßnahmen, die Sie vorschlagen, ein Schritt für den Klimaschutz sind oder letztendlich überhaupt keine Wirkung zeigen werden, haben Sie inhaltlich überhaupt nichts gesagt und das spricht für sich.

Das einzige Argument, das Sie haben, ist, dass Sie sagen, man solle doch mal über die Grenzen hinaus gucken, man dürfe nicht auf Hamburg alleine gucken. Sie selber tun das allerdings nicht. Nehmen Sie nur Norddeutschland. Dieses Monsterkraftwerk in Hamburg ist nicht das einzige, das geplant wird. Es wird in der Metropolregion Hamburg ein Kraftwerk in Stade geplant, es wird ein Kraftwerk in Brunsbüttel geplant und es wird ein Kraftwerk in Kiel geplant. Jetzt verlassen wir mal die Metropolregion. Dann wird ein Kraftwerk in Bremen geplant, in der Emsregion. Wenn Sie das alles zusammenrechnen, Herr Kruse, Sie sagen doch immer, gucken sie über die Grenzen hinaus, dann werden Sie feststellen, dass dort nicht nur die kompletten Kapazitäten der AKWs ersetzt werden, sondern noch weitere Überkapazitäten erzeugt. An allen anderen Standorten wird auch gesagt, das stimmt, hier bei uns steigt der CO_2-Anstieg, aber man muss ja über die Grenzen hinausgucken. Wenn man das tut, Herr Kruse, dann haben Sie überall in Norddeutschland einen massiven Anstieg der CO_2-Emmissionen und darum ist das die zentrale Frage, über die wir uns hier auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es ist nun mal so, dass dieses Kraftwerk die CO_2-Emmission um 40 Prozent erhöhen wird. All diese vielen Maßnahmen, gegen die wir gar nichts haben, die in vielen Punkten auch sehr sinnvoll sind und die wir auch begrüßen, kommen dagegen nicht an, Herr Kruse. Sie werden mit diesem Kraftwerk dafür sorgen, dass Hamburg nicht Vorreiter bei der CO_2-Einsparung ist, sondern dass Hamburg die Klimabilanz verschlechtern wird. Ihr Programm, wenn man es sich so anguckt, ist kein Klimaschutzprogramm, sondern ein Anti-Klimawandelprogramm, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Letztendlich ist doch seit Anfang des Jahres zwischen allen demokratischen Parteien klar, dass wir in dem Bereich etwas tun müssen. Ich sage das jetzt auch nicht einfach so, sondern ich weiß, wie schwierig es ist, ein solches Kraftwerk gegen die Industrie zu verhindern. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn Sie den Mut dazu aufbringen, obwohl wir Wahlkampf haben, dann haben Sie uns als Unterstützer an Ihrer Seite, Herr Bürgermeister, denn das ist die zentrale Entscheidung, wenn man Klimaschutz voranbringen will und da werden wir unseren Beitrag leisten, ob nun Wahl ist oder nicht.

(Beifall bei der GAL und Zurufe von der GAL)

Aber darum, Herr Bürgermeister, den Klimawandel voranzubringen, scheint es Ihnen auch gar nicht zu gehen, denn Sie selber haben in diesem Hause zu dem Thema bisher noch nicht geredet. Sie haben immer nur Pressegespräche geführt nach dem Motto: Wenn erst einmal etwas in der Zeitung steht, dann ist das gut für mein Wählerpotenzial und was dann in der Realität in dieser Stadt passiert, meine Damen und Herren, das ist dann wurscht.

(*Rolf Harlinghausen CDU:* Und wofür soll Ihre Rede sein?)

So, Herr von Beust, kann man verantwortungsbewusste Politik für die heutigen Menschen, die hier leben, und für zukünftige Generationen nicht betreiben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich muss auch ehrlich sagen, dass ich Sie da anscheinend auch überschätzt habe. Ich hatte gedacht, dass das jetzt endlich mal ein Bereich ist, bei dem es nicht nur um Marketinggeklingel geht, sondern dass Sie es wirklich ernst meinen.

(*Ingo Egloff SPD:* Sie müssen ihn doch langsam kennen!)

Das tut es offenkundig nicht und dieser Kongress, Herr Kruse, ist letztendlich auch der Beweis dafür. Man hat da den Wein in alten Schläuchen, eine Flasche, dann klebt man ein neues Etikett darauf und guckt, ob es sich gut verkauft oder nicht. Dann haben Ihre Umfrageinstitute festgestellt, dass sich das nicht gut verkauft, dass es keine Stimmen bringt und schwups ist dieser Klimakongress gar nicht mehr so wichtig, meine Damen und Herren, und jetzt reden Sie über Inneres und Familie und das, meine Damen und Herren, zeigt, dass wir über dieses Thema reden müssen und das ist Ihre Achillesferse. Wenn Sie dazu keine Antworten finden, meine Damen und Herren, dann wird sich Ihr Programm als das entpuppen, was es ist, nämlich ein schwerer Schlag für den Klimaschutz in dieser Stadt. − Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Böttcher.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Verkaufen ist schon gut, nur beim richtigen Händler!)

Niels Böttcher CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon sehr spannend, sich diese Diskussion anzuhören. Man kann Argumente immer so auslegen, wie man es gerne möchte und wie es die GAL immer mit Ihrer CO_2-Bilanz macht. Aber es ist hanebüchen, die CO_2-Bilanz da anzurechnen, wo sie erzeugt wird. Sie muss dort angerechnet werden, wo sie verbraucht wird. Die CO_2-Problematik ist ein weltweites Problem und wir müssen den Gesamtausstoß in der Welt verändern und nicht nur bei uns in Hamburg. Wir werden auch ohne Moorburg weiter in Hamburg Strom verbrauchen und es geht darum, diesen Strom möglichst klimaunschädlich herzustellen. Da könnte Moorburg ein Beispiel sein. Im Moment ist der durchschnittliche Verbrauch der Altkraftwerke pro Kilowattstunde Stromerzeugung 900 Gramm CO_2-Ausstoß. Moorburg hätte 750 Gramm pro Kilowattstunde CO_2-Ausstoß. Sie wissen, dass in der Strombörse zuerst der Strom gekauft wird, der am wirtschaftlichsten und effizientesten produziert wird. Das heißt, wenn Moorburg ans Netz gehen würde, dann würde das der zuerst abgenommene Strom sein und alte, ineffektive Kraftwerke würden vom Netz gehen, weil sie nicht mehr

gebraucht werden. Insofern ist im Gesamtproblem CO_2-Ausstoß Moorburg ein Beitrag zum Klimaschutz, zur CO_2-Reduzierung, und zwar in ganz Deutschland, weltweit und europaweit. Das nur auf Hamburg anzurechnen, ist ein bisschen kleingeistig.

(Beifall bei der CDU)

Aus emissionsrechtlichen Gesichtspunkten wäre Moorburg ein Erfolg. Wenn Moorburg die gesetzlichen Umweltbestimmungen, die es nun einmal gibt, einhält, dann ist das ein Beitrag. Im Moment – so wie die Planung vorgelegt worden ist – habe ich auch meine Zweifel, weil die wasserrechtliche Genehmigung nicht stimmig ist. Die Elberwärmung ist noch zu hoch. Da muss nachgebessert werden. Ob Vattenfall das kann, wird das Genehmigungsverfahren zeigen. Das läuft, das ist ein ganz normaler rechtlicher Vorgang. Die Anhörung hat gerade stattgefunden, die Prüfung läuft. Wenn das nicht erreicht werden kann von Vattenfall, dann kann das auch nicht genehmigt werden. Dazu brauchen wir aber nicht Ihre Unterstützung, sondern dazu reichen die Gesetze und die Vorschriften, die wir haben, aus. Wenn die Umweltrichtlinien erfüllt werden, dann kann das gebaut werden und wenn nicht, dann kann das nicht gebaut werden. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU:* So ist es!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Böttcher, Sie haben gesagt, das sei ein ganz normaler Vorgang. Der Vorgang ist aber nicht so kurz wie Sie das beschrieben haben, sondern wir hatten Planungen für ein Kraftwerk, dann hatten wir die Aussage des Stadtentwicklungssenators, der sagte kleiner und Blockheizkräfte wären irgendwie besser. Dann hatten wir die Umweltstaatsrätin, die sagte, größer wäre vielleicht doch besser. Dann hatten wir den Umweltsenator, der sagte, das sei das tollste Kraftwerk der Welt. Dann hatten wir den Umweltsenator, der sagte, das Kraftwerk sei politisch nicht gewollt und jetzt sagen Sie, das sei das normale rechtsstaatliche Verfahren in dieser Stadt. Das finde ich schon spannend.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Was Sie zu dieser schönen Geschichte gesagt haben, wenn wir oben ein Kraftwerk reinstellen, das besonders effizient ist, dann fallen die unten raus. Das gilt unter einer Voraussetzung, nämlich der Voraussetzung, dass gleichzeitig die Nachfrage, und zwar nicht nur die hamburgische oder nationale, sondern die internationale Nachfrage nach diesem wertvollen Gut Stromenergie sinkt oder zumindest gleich bleibt. Dann fallen ineffiziente Kraftwerke vielleicht heraus, wenn nicht der Strom noch anderweitig gebraucht wird. Wenn nicht, dann ist das, was in Moorburg produziert wird, einfach ein Obendrauf. Insofern sind die Einlassungen von Herrn Maaß und Frau Dr. Schaal durchaus richtig. Das ist etwas, die Voraussetzung des Modells nämlich, was Sie gerne weglassen und dadurch wird das Ganze auch so herrlich unplausibel. Aber ich wollte nicht noch etwas zu Moorburg sagen. Dazu ist alles Wesentliche gesagt worden. Ich möchte etwas zu der Doppelstrategie sagen, die der Senat offenbar gefahren hat und die ihm jetzt so derartig auf die Füße fällt.

Man hat sich das offenbar so wunderbar vorgestellt: Wir nehmen den Bürgermeister, der in bekannter Manier – sozusagen als Hochglanzbürgermeister – viele nette Dinge verkündet, Anregungen gibt, von denen er meint, sie würden auf ein positives Echo stoßen, und dazu noch den Umweltsenator, der sich als selbst ernannter Supersenator an seiner Seite bewegt und ein bisschen von dem Glanz mit abbekommen darf. Aber auf der anderen Seite nehmen wir die Arbeitsebene, auf der alles so weiterläuft wie bisher, auf der man sämtliche klimaschutzpolitischen Ziele konterkariert. Man hofft darauf, dass das wie in vielen Fällen zuvor weder die Opposition – na ja, die Opposition hat es meistens gemerkt –, noch die Medien, noch die Bürger feststellen. In diesem Fall hat das nicht funktioniert. Die Bürgerinnen und Bürger, die Medien und alle Menschen in dieser Stadt haben gemerkt, dass es mehr als Ankündigungen geben muss. Als man in dieses Stadium der Politik gekommen ist, wurde es einem zu heiß, das Thema wurde zu schwierig und man merkte, dass insbesondere die Kritik der Industrie sehr groß geworden ist, sodass man Sorge hatte – Herr Maaß hat es gesagt –, man würde als wirtschaftsfeindlich angesehen. Da musste man zurückrudern. Ich will ein paar Beispiele für dieses Zurückrudern geben.

Wenn man sich den Masterplan Industrie anschaut, den die Wirtschaftsbehörde unterzeichnet hat, dann stellt man zwei Dinge fest: Erstens fehlt der Bereich klimafreundliche Industrie komplett, also die Frage, wie kann Hamburg vielleicht im Sinne einer ökologischen Industriepolitik vom Klimaschutz profitieren. Dem Senat fehlt es offenbar an Fantasie, wie man an einem Standort ökologische Industriepolitik betreiben könnte. Man kann sich zum Beispiel die bestehenden Bereiche wie Fahrzeugtechnik, Luftfahrt und Schiffbau anschauen und überlegen, wie man ein Umsteuern erreicht, dass Hamburg nicht nur gut ist im Sinne sowieso hervorragender Produkte, sondern auch perfekt im Sinne energieeffizienter Produkte. Dieses Thema fehlt komplett. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, dass der Masterplan nur von Formulierungen strotzt wie: Grundsätzlich sollten Hamburger Verordnungen und die Hamburger Umweltgesetzgebung weder über die EU noch über Bundesvorgaben hinausgehen. Grundsätzlich sollte dafür gesorgt werden, dass hier nichts passiert, was die Wettbewerbsfähigkeit durch überzogene Anforderungen benachteiligen könnte, grundsätzlich sollte nichts getan werden, was in irgendeiner Weise der Industrie im Entferntesten wehtut.

Das wird festgeschrieben und vom Senator unterschrieben. Nun kennen wir aus einem anderen Bereich der Wirtschaftspolitik das Prinzip des Förderns und Forderns. Wir sagen nämlich, wir müssen die Eigeninitiative von Menschen fördern. Sie wollen die Eigeninitiative und die Selbstkontrolle der Unternehmen fördern. Das ist richtig. Aber das andere gehört dazu. Das Fordern geben Sie aus der Hand, da machen Sie gar nichts. Das macht Ihre ganze Klimapolitik komplett unglaubwürdig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Die Neidgesellschaft, die man in Deutschland leider so häufig spürt, macht vor dieser Bürgerschaft nicht halt.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Anders ist es nicht zu erklären, dass genau dieses Klimaschutzkonzept, das anerkanntermaßen vom Wuppertal-Institut als extrem ambitioniert und bundesweit einmalig positiv dargestellt wurde, von Ihnen schlicht und ergreifend nur schlechtgeredet wird. Hätten Sie einmal Ihre eigenen Freunde in den anderen Landesregierungen ermahnt, Entsprechendes wie in Hamburg zu tun, dann hätten Sie etwas Positives getan. So mäkeln Sie nur herum – nicht mehr und nicht weniger.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Dr. Willfried Maier GAL:* Wir haben gar keine Freunde!)

– Sie sind natürlich ganz arm dran, das ist schade, aber vielleicht tut sich noch einmal irgendwann irgendetwas.

Einige Worte zu dem Masterplan und zur Einbettung in die Hamburger Klimaschutzpolitik. Ich weiß nicht, ob Sie es völlig übersehen haben, dass der Senat gerade im Rahmen der Klimaschutzpolitik ein 26-Punkte-Programm beschlossen hat, in dem unter anderem natürlich auch gesetzliche Anforderungen enthalten sein werden. Die erste Anforderung, nämlich die Klimaschutzverordnung, basierend auf dem Klimaschutzgesetz dieser Stadt, werden wir noch vor Weihnachten verabschieden. Ich hatte das schon beim letzten Mal angekündigt, Sie müssen nur einmal zuhören.

(*Christian Maaß GAL:* Beim letzten Mal war es noch Herbst!)

– Ja, noch vor Weihnachten, das ist übrigens Herbst. Herzlichen Glückwunsch, toll Herr Maaß, super.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

– Also, merkfähig ist er.

Dieses Konzept, ich hatte es vorgestellt, werden wir verabschieden. Das ist dann eine Anforderung, die deutlich über das hinausgeht, was auf Bundesebene gefordert wird.

Dann etwas zu unseren Freunden aus der Industrie. Ob es Freunde sind oder nicht, ich weiß es nicht. Aber, meine Damen und Herren, auf jeden Fall haben wir eine hervorragende Vereinbarung getroffen, die bundesweit positive Aufmerksamkeit erregt hat,

(Beifall bei der CDU)

weil es uns gelungen ist – nicht über lange Gesetzes- und Verordnungswege –, einen Riesenbeitrag zum Thema Klimaschutz zu leisten. Wir hatten als Gesamtziel 500.000 Tonnen angestrebt und es ist uns gelungen, dieses bereits im ersten Aufschlag zu realisieren. Frau Dr. Schaal, noch einmal, ich hatte es hier schon einmal gesagt: Sie müssen einfach einmal zuhören. Alle Unternehmen haben für sich dezidiert beschrieben, wie viele Tonnen sie einsparen werden und wodurch sie es einsparen werden. Ich finde es ehrabschneidend gegenüber diesen Unternehmen, wenn Sie behaupten, die Unternehmen würden diese Zusage schlicht nur in die Welt stellen. Das ist der Unterschied – das hatte ich auch immer deutlich gemacht – zwischen einer pauschalen Verbandseinigung wie seinerzeit mit der Automobilindustrie und dem, was Hamburger Unternehmer leisten, die in unserer Stadt leben, die ihr Gesicht zeigen und die ihre Reputation verlieren, wenn sie ihre Zusagen unterschreiben, aber nicht einhalten, und in den einzelnen Unternehmen auch ein Invest dahinter steht. Das kleinzureden ist ehrabschneidend.

(Beifall bei der CDU)

Dann noch etwas an die Freunde der Großen Koalition, die wir auch irgendwo bilden. Sehr verehrte Freunde der Sozialdemokratie! In den Meseberger Beschlüssen hat Ihr Umweltminister es als Kernbestandteil zur CO_2-Reduktion benannt, den alten Steinkohlekraftwerkspark durch neue Steinkohlekraftwerke mit neuer Technologie zu ersetzen, weil er natürlich weiß, dass wir nicht alles auf einmal können. Wir können nicht die Kernkraftwerke und die Kohlekraftwerke abschalten, denn was wäre die Alternative? Wollen wir die alten Dreckschleudern weiterlaufen lassen? Das kann es nicht sein. Das heißt also: Wenn wir die Kernkraftwerke abschalten und es gelingt, den Strom aus den Kernkraftwerken durch regenerative Energien zu ersetzen, bleibt die Aufgabe, dass die alten Kohlekraftwerke ersetzt werden. Wenn Sie die Meseberger Beschlüsse noch einmal lesen – als Leitlinie, Ihr eigener Minister hat Sie in diesen Dingen geprägt –, werden Sie feststellen, dass dort das Thema Kohle weiterhin eine wichtige Rolle spielt, allerdings mit einer anderen Energieeffizienz als bisher und mit einer anderen Technik als bisher. Genau darum geht es auch in Hamburg.

Noch ein paar Worte zu dem Punkt Schlingerkurs. Meine Damen und Herren, im ersten Moment, als von Vattenfall die konkretisierten Pläne für das Kraftwerk auf dem Tisch lagen, haben wir mit Vattenfall Verhandlungen aufgenommen, weil wir genau dieses Kraftwerk wie es jetzt auf dem Tisch lag und geplant war, nicht wollten. In dem Moment, als Vattenfall nicht auf unsere Vorschläge reagiert hat, haben wir öffentlich gesagt, so ist dieses Kraftwerk politisch nicht gewollt. Dabei bleiben wir auch heute. Wir fordern weiterhin eine erhöhte Kraft-Wärme-Kopplung – verbindlich zugesagt –, wir fordern weiterhin eine Reduzierung der Wärmeeinleitung in die Elbe – verbindlich nachgewiesen. Das Anhörungsverfahren hat ergeben, dass eine Einleitungstemperatur von 30 Grad nicht akzeptabel ist, sondern dass das Maximum bei 28 Grad liegt. Zum Dritten fordern wir eine verbindliche Festschreibung der CO_2-Abscheidungstechnologie, sobald sie technisch möglich ist. Das ist genau der Weg, den die Bundesregierung hier geht.

Manchmal hat man den Eindruck, Schröder-Gazprom sei bei der Hamburger Sozialdemokratie der Berater. Warum?

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wenn man glaubt, dass hier alles durch Gas zu ersetzen ist – Gas, ein endlicher Stoff, der nur noch über maximal 60 Jahre verfügbar ist, soll für die Grundlast verfeuert werden, Gas, das teuer ist, soll als Grundlastträger für Fernwärme dienen –, so ist das schlicht und ergreifend irreal.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Dr. Monika Schaal SPD*)

Dann kommt noch ein Punkt zum Thema Klimaschutz und zur CO_2-Abscheidung. Alle, die sich ein bisschen mit diesem Thema beschäftigen, wissen, Sie werden es nicht schaffen, bei einem Gaskraftwerk eine CO_2-Abscheideanlage zu bauen. Das ist genau der Punkt, um den es jetzt geht.

A Wir fordern ein Kohlekraftwerk mit CO_2-Abscheidetechnik und am Ende der Fahnenstange ist das, was anstelle eines Gaskraftwerks ohne Abscheidung passiert, deutlich besser. Das akzeptieren Sie bitte einmal.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zu Ihrem Vorwurf, Herr Senator Gedaschko, das Interesse dieser Debatte sei, das Klimaschutzkonzept schlechtzumachen. Ich glaube, Sie haben unsere Hauptkritik nicht richtig verstanden. Es geht uns nicht darum, das zu kritisieren, wo Sie richtige Schritte machen. Im Gegenteil. Wir freuen uns, dass der Senat endlich erkannt hat, dass gerade in der Verkehrspolitik und in der Fahrradpolitik eine Umsteuerung nötig ist. Das hat hier niemand kritisiert. Wir haben nur gesagt, dass das, was Sie an Klimaschutzanstrengungen in anderen Bereichen vorgelegt haben, mit der Problematik des Kraftwerks Moorburg mehr als aufgefressen wird. Das ist das Hauptproblem.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Herr Senator Gedaschko, Sie hatten uns aufgefordert, wir sollten unsere Freunde in anderen Ländern ansprechen. Wir haben mit anderen Landesregierungen – außer mit Bremen - gesprochen. Deshalb will ich Ihnen an ein paar Punkten illustrieren, wo der Senat wirklich mehr machen könnte.

B Nehmen wir das Beispiel München, wo Rotgrün regiert. Dort wird schon seit vielen Jahren eine Strategie gefahren, die sich erstens ein klares, langfristiges Ziel gesetzt hat, eine Halbierung der CO_2-Emissionen innerhalb eines überschaubaren Zeitraums,

(*Bernd Reinert CDU*: Wie lang denn?)

und wo zweitens gesagt wird, wie das erreicht werden soll, abgestuft auch in verifizierbaren Maßnahmen über die nächsten Jahre. Wichtig ist an diesem Konzept, dass München seine Stadtwerke als Klimaschutzinstrument einsetzt. Hier wird immer gesagt, es war ein großer Fehler, dass die HEW verkauft wurde. Da stimmen wir im Grundsatz zu. Aber dann müssen Sie auch den zweiten Schritt gehen und überlegen, wie wir eine Perspektive bekommen, Stadtwerke in Hamburg wieder aufzubauen. Darum muss es uns gehen. Diese Perspektive eröffnet sich mit dem Auslaufen der Gaskonzessionsverträge, mit den Möglichkeiten, viel stärker aus Abfall Energie zu gewinnen, als es bisher geschieht. Hier muss ein richtiger Weg gezeigt werden, dass diese Stadt wieder einen eigenen energiepolitischen Akteur auf den Weg bringt. Daran fehlt es uns noch in dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie sprachen unsere Freunde in anderen Ländern an. In Bremen – ein kleiner Hinweis – wurde das dort geplante Kohlekraftwerk kurz nach dem Amtsantritt des grünen Umweltsenators Reinhard Loske wieder abgesagt, unter anderem, weil der politische Druck aus dem Senat kam und das Signal klar war, dass ein Steinkohlekraftwerk in Bremen nicht vom Umweltsenator unterstützt wird. Das ist genau das Signal, das in dieser Klarheit bisher nicht vom Hamburger Senat gekommen ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Bernd Reinert CDU:* Dann stimmt das ja gar nicht, was Herr Kerstan gesagt hat!) C

Zur CO_2-Bilanz. Uns wurde vorgeworfen, es sei hanebüchen, nur innerhalb der Landesgrenzen zu gucken. Ebenso gab es den Hinweis auf Herrn Gabriel und zu den Beschlüssen von Meseberg, dass die Kohlekraftwerke als Klimaschützer dastünden. Sie müssen dann aber auch konkret werden und sagen, was das in Hamburg bedeutet, wenn Sie sagen, es werden alte, wenig effiziente Kraftwerke abgeschaltet. In Hamburg – das wird von Vattenfall gesagt und hier klang es auch so – würde das Kraftwerk Wedel abgeschaltet werden. Nur, das Kraftwerk Wedel hat einen Gesamtwirkungsgrad von ungefähr 60 Prozent. 60 Prozent der Energie der Steinkohle wird dort entweder zur Stromproduktion genutzt oder zum Beheizen von Wohnungen. In Moorburg ist nur ein Gesamtwirkungsgrad von 50 Prozent vorhanden. Deswegen können Sie uns hier nicht vorrechnen, dass dieses Kraftwerk ein verkappter Klimaschützer sei. Das stimmt auch rechnerisch nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie das auf den gesamten Kraftwerkspark in der Bundesrepublik beziehen, gestehe ich Ihnen zu, dass der Wirkungsgrad eines neuen Kraftwerks rund 20 Prozent besser ist als die "schlechten" Kraftwerke, die jetzt noch am Netz sind. Die Kraftwerke laufen aber 40 Jahre, bis zum Jahre 2050 mindestens. Wie wollen Sie das Klimaschutzziel, das uns die Klimaforschung mit auf den Weg gibt – minus 80 Prozent – erreichen, wenn Sie nur 20 Prozent Reduktion haben? Doch nicht mit einer Technologie, von der niemand weiß, ob die von Ihnen viel gerühmte CO_2-Abscheidung, Herr Senator, funktioniert. Sie spekulieren mit einer Technologie, die so noch nicht existent ist. Das kann man an diesem existenziellen Punkt des Klimaschutzes nicht machen. Das ist gefährlich. D

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Nicht nur Herr Kruse, auch Herr Gedaschko haben viel geredet, aber wesentliche, entscheidungsfähige und aussagekräftige Punkte sind nicht angesprochen worden. Ich will deutlich sagen, dass ich es auch für meine Fraktion als sehr enttäuschend empfinde, dass der Bürgermeister immer wieder Zeit dazu findet – zu Recht –, mit der Öffentlichkeit und den Journalisten das Gespräch zu suchen darüber, was er nach dem Erweckungserlebnis, das er im Al-Gore-Film erlebt hat, für hehre Ziele hat, die er erreichen möchte, dass er aber nicht Manns genug ist, sich in der Bürgerschaft der Diskussion zu stellen. Sie müssen hier Farbe bekennen, Herr von Beust.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie müssen im Parlament und auch der Öffentlichkeit sagen und nicht immer Herrn Gedaschko vorschicken, es sei politisch unter diesen Umständen, unter besonderer Berücksichtigung der CO_2-Abscheidetechnologie, die sich im Jahre 2030 eventuell als technische Option ermöglichen könnte, politisch nicht gewünscht. Sie müssen Farbe bekennen, Herr Bürgermeister, Sie müssen sagen,

gibt es mit Ihnen Moorburg in der jetzigen Form, ja oder nein. Die Frage müssen Sie beantworten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Stichwort CO_2-Abscheidetechnik. Wir können hier gern über Fusionstechnik sprechen, wir können auch über den Warp-Antrieb des Raumschiffs Enterprise sprechen, über Dinge, die irgendwann einmal technologisch in unserer Gesellschaft möglich sein werden. Aber heute eine solche Verantwortung zu übernehmen und eine solche Entscheidung zu treffen – selbst der Wissenschaftssenator scheint ob meiner Vorstellung schon begeistert zu sein –, reicht nicht aus, darauf zu hoffen, dass das irgendwann einmal technologisch funktioniert. Bisher haben wir viel zu wenige bis gar keine Anzeichen, dass diese Technologie im großindustriellen Maßstab funktionsfähig ist, unabhängig davon, wo all das übrigens gelagert werden soll, unabhängig davon, ob die rechtlichen Rahmenbedingungen, was die Altlasten angeht, geklärt sind.

Von daher ist das ein Scheck, den kein Parlament und auch kein verantwortungsvoller Senat für Hamburg und darüber hinaus entscheiden kann.

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen. Es ist nicht nur so, dass Sie nachweislich offensichtlich Umweltpolitik, Klimaschutzpolitik nicht effizient betreiben können, ich will auch noch einmal deutlich machen, wie Sie eines der größten und wichtigsten Industrieunternehmen unserer Stadt, nämlich die "Affi", in eine Falle gelockt haben. Zuerst haben Sie eine Ansage gegenüber Vattenfall gemacht, bitte verdoppelt eure Kapazitäten wegen der Fernwärme, dann haben Sie den "armen" Marnette da hineingetrieben und gesagt, bau nicht dein eigenes Kraftwerk, geh mal lieber mit Vattenfall. Jetzt sagen Sie auf einmal, das mit Vattenfall ist alles schwierig und wahlkampftechnisch ist es auch kein Erfolg. Nun steht Herr Marnette da, der weiß Gott kein Parteigänger der Sozialdemokratie ist – vielleicht der sozialen Demokratie –, und sagt, hoppla hopp, was macht der Bürgermeister auf Kosten meines Unternehmens? Er macht nichts als billigen Wahlkampf.

(*Barbara Ahrons CDU:* Also reden Sie erst mal mit Dr. Marnette!)

Wenn jemand wie Herr Marnette so etwas sagt, ist das nicht verdächtig, sozialdemokratisch gegen den Mittelstand gerichtet zu sein, sondern ist von hoher industrieller Kapazität und Kompetenz geprägt. Darüber sollten Sie nachdenken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das bedeutet im Ergebnis, Moorburg ist nicht nur das Menetekel, dass Sie nichts vom Umweltschutz und nichts von Klimaschutzpolitik verstehen, es ist in Wirklichkeit auch ein Menetekel, dass Sie offensichtlich von Wirtschaftspolitik und Standortpolitik nichts verstehen. Was sollen Großindustrielle und Investoren in Zukunft denken, wenn man einen solchen Senat hat, der wetterwendisch nach Umfragen entscheidet, wie die Grundversorgung, wie die Energieversorgung der Hamburger Industrie stattfinden soll? Das ist nicht vertrauensaufbauend, das ist keine Standortpolitik, um in Hamburg zukünftig wirtschaftlich Erfolg zu haben. Das ist Kapitulation auf der ganzen Linie, in der Umweltschutzpolitik genauso wie in der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD und GAL)

Von daher sind nicht nur wir Sozialdemokraten dankbar dafür, dass die Kollegen von der GAL heute dieses wichtige Thema angemeldet haben. Auch der Bürgermeister sollte dafür dankbar sein, jetzt seine Chance ergreifen und sich hier ans Rednerpult stellen,

(*Barbara Ahrons CDU:* Das überlassen Sie ihm doch!)

um die Dinge geradezuziehen, die in der Öffentlichkeit und auch hier als Fragen formuliert worden sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Neumann, Sie sind nicht der Mann, der den Bürgermeister herausfordert.

(*Tanja Bestmann SPD*: Vielleicht doch!)

Das ist der Bereich, wo Raumschiff-Enterprise-Technologie bei den Sozialdemokraten schon lange funktioniert. Sie sind die Einzigen, die in der Lage sind, in wenigen Wochen alle Ihre Kandidaten wegzubeamen.

(Beifall bei der CDU)

Aber das ist eine Unbeständigkeit, die sich die Stadt nicht leisten kann.

Herr Neumann, Sie hätten Recht, wenn Sie Recht hätten, aber leider haben Sie kein Recht. Wenn Sie sagen, wir hätten die Norddeutsche Affinerie in eine Verabredung mit Vattenfall getrieben und abhängig von Moorburg gemacht, das könnte tatsächlich misslich sein, nur der Vertrag sieht anders aus. Er ist unabhängig vom Bau dieses Kraftwerks. Es war ein netter Versuch, er hat nicht weit getragen.

(*Bernd Reinert CDU*: Stimmt!)

Solche Bemerkungen sollten Sie nur gegen 17 Uhr zum Redaktionsschluss machen und hoffen, dass der Journalist sie nicht mehr prüft, wobei ich nicht glaube, dass Sie bei der Hamburger Presse mit so etwas durchkommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es bemerkenswert, dass Sie es in Ihrer Rede geschafft haben – das ist natürlich das Privileg eines populistischen Oppositionspolitikers –, einerseits völlig gegen dieses Kraftwerk zu sein, aber gleichzeitig sagen, dass dieses Kraftwerk zur Standortsicherung natürlich nötig ist und dass es ganz schlimm ist, was der Bürgermeister da macht.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD:* Es ging um die Verlässlichkeit!)

Das ist eine unglaubliche Dynamik. Die Verlässlichkeit ist gegeben. Das haben wir in der Industriepolitik bewiesen, wir haben das mit den Aluminiumwerken wieder hinbekommen und wir schützen auch die Norddeutsche Affinerie.

(*Ingo Egloff SPD:* Nachdem Sie es in die Grütze gerissen haben!)

– Aber sicher.

Die Grünen haben Recht, es ist nicht immer einfach, mit der Wirtschaft Klimaschutzpolitik zu machen. Es ist mir zum Beispiel auch klar, dass Sie immer so gern den Al-Gore-Film zitieren. Sie tun das, weil Sie es nicht akzeptieren können, dass aus Amerika eine solche Bewegung kommt.

(Lachen bei der SPD)

– Das ist doch so, Sie haben damit Probleme.

Der eine oder andere hat Schwierigkeiten, dass jetzt von einem CDU-Senat konsequente Umweltpolitik gemacht wird. Es ist genauso, wie nur eine rotgrüne Koalition in diesem Lande Soldaten in einen Krieg schicken konnte, es ist nur möglich, in einer CDU-geführten Regierung eine konsequente und dann auch harte Klimaschutzpolitik zu machen.

(Zurufe von der GAL)

Kein anderer bekommt das hin.

(Beifall bei der CDU)

Der Beweis dafür ist, dass die Vorgängerbundesregierung die klimapolitischen Vorstellungen, die die Grünen gern umgesetzt hätten – im Sinne der Änderung von Baugesetzgebung, Energieersparnis –, nicht umgesetzt hat. Das ist erst unter der von Frau Merkel geführten CDU-SPD-Regierung geschehen. Das muss man ganz klar sagen.

Dann komme ich auf einen weiteren Punkt zurück. Sie müssen das gerechtfertigte Vertrauen der Wirtschaft haben, wenn Sie in so kurzer Zeit eine so starke Umkehr in einem System machen wollen. Darum ist es für den Klimaschutz unerlässlich, dass die CDU weiterregiert. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor wir jetzt in der Aussprache fortfahren, gebe ich eine Erklärung nach Paragraf 27 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung ab.

Die deutsche Frauenfußball-Nationalmannschaft hat soeben 3 : 0 gewonnen und ist in das Endspiel eingezogen. – Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nunmehr bekommt das Wort die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Gedaschko, den Vorwurf der Neidgesellschaft und der Ehrabschneidung gegenüber Hamburger Unternehmen möchte ich nicht auf mir sitzen lassen. Sie haben selbst eine Presseerklärung veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass sich elf Unternehmen beteiligt haben. Ich habe einmal geguckt, was diese elf Unternehmen zum Klimaschutz beitragen wollen, um die 500.000 Tonnen einzusparen, die Sie mit in Ihr Konzept hineingeschrieben haben.

Die Norddeutsche Affinerie hat gesagt, dass sie 22 Millionen investiert und mit 200 verschiedenen Einzelmaßnahmen 40 Millionen Tonnen einsparen will. Die Hamburger Stadtreinigung hat sehr genau deutlich gemacht, mit welchen Maßnahmen sie 100.000 Tonnen einsparen will. Bei einem weiteren Unternehmen – ich erspare es mir, sie jetzt alle zu nennen – habe ich gelesen, dass es sich an der Kampagne zum Klimaschutz beteiligen wird. Bei den anderen acht Unternehmen, Herr Senator, finde ich auf den entsprechenden Homepages noch nicht einmal einen Hinweis, dass sie eine solche Erklärung unterschrieben haben. Dabei wissen wir alle – nicht zuletzt heute durch die veröffentlichte Studie von McKinsey –, was es für die Unternehmen bringt, wenn sie sich im Klimaschutz engagieren. Wir wissen auch, was es für uns alle und auch für die Unternehmen für Kosten geben wird, wenn man in Sachen Klimaschutz nichts tut. Wer sich da engagiert, der sollte in der Tat Gesicht zeigen, aber leider zeigen die Unternehmen kein Gesicht, offensichtlich, weil Sie ihnen den Vorhang vorziehen. Sie sollten mehr ermutigen, dass hier etwas gemacht wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kruse, Sie hatten gesagt, aus Amerika würden wir nichts Gutes vermuten. Ich denke schon, dass der Film von Al Gore, dem ehemaligen amerikanischen Vizepräsidenten, etwas sehr Gutes ist, denn er hat tatsächlich etwas ausgelöst, was wir sehr begrüßen, nämlich dass die unbequeme Wahrheit beim Klimaschutz unumgänglich ist und sie sich auch hier stärker durchgesetzt hat. Es hat letztendlich auch dazu geführt, dass der Bürgermeister sich nach sechs Jahren Wortlosigkeit beim Thema Klimaschutz dazu durchgerungen hat, hier etwas zu tun. Deswegen möchte ich den Bürgermeister in dieser Phase der Entscheidung, ob das Kraftwerk Moorburg gebaut wird oder nicht, darum bitten, dass ihn der Mut, den er sich vor einem halben Jahr offenbar durch den Kinogang erarbeitet hatte, nicht wieder verlässt. Es gibt diesen Film "Eine unbequeme Wahrheit" mittlerweile auch auf DVD. Vielleicht sollten Sie sich, Herr Senator und Herr Bürgermeister, den Film in dieser kritischen Phase noch einmal anschauen. Ich bin mir sicher, Sie werden dann die richtige Entscheidung treffen.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich zum ersten Thema nicht. Dann rufe ich das zweite Thema auf:

Finanzausstattung der Universität stärkt Lehre und Forschung

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Beuß bekommt es.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Universitätspräsidentin, Frau Auweter-Kurtz, hat in den letzten Monaten einen wahren Kraftakt hingelegt und die notwendige Transparenz geschaffen. Es liegen nun verlässliche Daten, Zahlen und Fakten vor, auf deren Grundlage die künftige Finanzierung der Universität festgelegt werden konnte. Dieses kann sich sehen lassen.

Erstens: Die Universität Hamburg erhält von 2007 bis 2010 zusätzlich insgesamt 32 Millionen Euro. So können die Umsetzungen der Master-Studiengänge und das Streben nach mehr Exzellenz wirksam gefördert werden.

(Beifall bei der CDU – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Zweitens werden insgesamt 5 Millionen Euro für die Berufung besonders herausragender Wissenschaftler bereitgestellt. Auch dies ist ein Applaus wert.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich danke an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich dem Wissenschaftssenator Dräger und der Universitätspräsidentin, aber auch unserem Finanzsenator Freytag und nicht zuletzt unserem Bürgermeister, dass sie gemeinsam diese für die Universität so gute Lösung gefunden haben.

(Beifall bei der CDU)

Mit diesen Entscheidungen haben wir die entscheidenden Weichen für die Zukunft unserer Universität gestellt. Universität und Behörde haben ein gemeinsames Ziel erreicht: die Stärkung der universitären Lehre und Forschung, eine angemessene Finanzausstattung und – das ist besonders wichtig – eine ausreichende Zahl an Masterstudienplätzen.

(Beifall bei der CDU)

2.970 an der Zahl machen unsere Universität auch für die Zukunft international wettbewerbsfähig. Für diese Masterkapazitäten brauchen wir zusätzliche Kapazitäten in der Lehre. Auch dieses wurde durch den gemeinsamen Plan von Universität und Behörde gesichert.

Das Herunterreden der Hamburger Universität durch die Opposition erweist sich mal wieder als äußerst unfruchtbar.

(Beifall bei der CDU)

Deutschlandweit liegen wir in einem Ranking auf Platz acht und die Universitätspräsidentin ist zuversichtlich, dass wir es mit der neuen Finanzausstattung in Zukunft unter die ersten fünf schaffen werden. Aber die Universität hat noch große Aufgaben vor sich. Sie wird einen neuen Forschungsplan entwickeln, der insbesondere interdisziplinäre Forschungsvorhaben berücksichtigt, und sie wird die Verbesserung der Lehre angehen müssen. Wir dürfen erwarten, dass diese gute Finanzierung den Professoren ausreichend Zeit gibt, um erfolgreich Drittmittel einzuwerben. Der Senat und die CDU-Bürgerschaftsfraktion haben für diesen Prozess die richtigen Voraussetzungen geschaffen. Jetzt kommt es darauf an, sie entsprechend umzusetzen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird diese Entwicklung auch in Zukunft aufmerksam begleiten.

Noch ein Wort zur Opposition. Die SPD hat die Erhöhung dieser Mittel erheblich kritisiert,

(*Dr. Barbara Brüning SPD:* Das stimmt doch nicht!)

obwohl sogar der ASTA findet, dass dieses Ergebnis durchaus zufriedenstellend ist, wie er es in einer Presseerklärung gesagt hat. Davon, Frau Brüning, dass sich der Senator durchgesetzt

(*Dr. Barbara Brüning SPD:* Die Präsidentin hat sich durchgesetzt, nicht der Senator!)

und die Präsidentin in den Schwitzkasten genommen habe, kann keine Rede sein. Vielmehr haben Präsidentin und Senator gemeinsam eine Lösung gefunden. Die SPD sollte sich davor hüten, Frau Auweter-Kurtz zu unterschätzen. Sie ist nämlich viel zu kompetent, um sich von wem auch immer in den Schwitzkasten nehmen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein Wort zur GAL. Die GAL will einen Fonds einführen und gleichzeitig die Studiengebühren wieder abschaffen. Diese Mehreinnahmen bringen der Universität allein rund 40 Millionen Euro. Die Fonds, die Sie angeregt haben, sind hingegen ein Nullsummenspiel und deswegen würde ich mich freuen, wenn wir zu einer vernünftigen Sachdebatte zurückkehren und im Interesse unserer Hamburger Hochschulen weitreichende Entscheidungen in Hamburg fällen könnten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Professor Brüning.

Dr. Barbara Brüning SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Grundsätzlich begrüßt die SPD-Fraktion, dass es nach langem Hin und Her nun endlich gelungen ist, 37 Millionen Euro für eine qualifizierte Ausbildung an der Universität bereitzustellen. Im Unterschied zu Ihnen, Herr Beuß, finden wir aber nicht, dass das eine Glanzleistung des Wissenschaftssenators gewesen ist, sondern eine längst überfällige Maßnahme.

(Beifall bei der SPD)

Herr Beuß, in einem sind wir uns doch einig: Um international wissenschaftlich mithalten zu können, muss die Universität mehr Masterabschlüsse anbieten. Ansonsten bewerben sich nämlich die Studierenden zunehmend an anderen Universitäten, wo sie bessere Ausbildungschancen haben.

Im Übrigen, Herr Beuß, unterschätzen wir Frau Auweter-Kurtz keinesfalls, denn dank ihres unermüdlichen Einsatzes hat sie Ihren Wissenschaftssenator zum Jagen getragen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Herrn Dräger ist leider die Einsicht etwas spät gekommen. Er hat sich monatelang darauf versteift, dass 50 Prozent und weniger Masterabschlüsse ausreichen, um das wissenschaftliche Niveau an der Universität zu halten, wider besseren Wissens, denn die Front der Kritiker war breit gefächert, angefangen bei der von Ihnen erwähnten Universitätspräsidentin über den Deutschen Hochschulverband bis hin zur Opposition von SPD und GAL. Nun muss man sich natürlich fragen, woher denn der plötzliche Sinneswandel kommt. Der Druck der Öffentlichkeit und die bevorstehende Bürgerschaftswahl haben den Senator offensichtlich in die Knie gezwungen,

(*Wolfgang Beuß CDU*: Blödsinn!)

denn sein merkwürdiges Konzept von Exzellenz auf der Grundlage des Bachelor-Studiums ohne ausreichende Masterkapazitäten hat außer ihm in der Stadt keiner verstanden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Im Übrigen, Herr Bürgermeister, wurden an der Uni schon Wetten abgeschlossen, ob es denn ein Nikolausgeschenk oder ein Weihnachtsgeschenk ist, das die Universität bekommt. Jetzt könnte man vielleicht sagen, es war ein Erntedankgeschenk.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Karen Koop CDU:* Besser als Halloween!)

Peinlich finde ich übrigens in diesem Zusammenhang, dass es der Finanzsenator und CDU-Vorsitzende Michael Freytag gewesen ist, der der Universität zusätzlich 5 Millionen Euro für Berufungen angeboten hat. Es wäre doch Aufgabe des Wissenschaftssenators gewesen, finanzielle Mittel für die Universität einzuwerben und einzufordern. Offensichtlich hat der Finanzsenator mehr wissenschaftspolitischen Weitblick als der zuständige Wissenschaftssenator.

(Beifall bei der SPD – *Karen Koop CDU:* Vielleicht hat er ihm das gesagt!)

Die Universität Hamburg braucht das zusätzliche Geld, um auch künftig – das ist ganz wichtig – eine wissenschaftlich qualifizierte Ausbildung anbieten zu können. Aus der Sicht der SPD ist die festgelegte Quotierung von 80 Prozent Masterabschlüssen in Mathematik und Naturwissenschaften gegenüber 60 Prozent in den Geistes-, Sozial- und Sprachwissenschaften nicht akzeptabel. Sie entspricht nicht dem traditionellen Bild der Universitas, wonach alle Wissenschaften gleichrangig sind.

Wir befürchten deshalb, dass das bisherige Markenzeichen der Universität Hamburg, nämlich die Fächervielfalt und die Förderung von kleinen Fächern, auf der Strecke bleiben könnten, denn wer studiert noch Afrikanistik oder Koreanistik, wenn er in diesen Fächern nur einen Bachelorabschluss machen kann. Die Berufschancen mit einem Bachelor in Informatik oder Physik sind wesentlich größer als mit einem Bachelor in Germanistik. Warum also, meine Damen und Herren von der CDU, diese etwas abstruse Quotierung?

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, mehr Absolventinnen und Absolventen in den Naturwissenschaften bekommen möchten, dann müssen Sie dafür den Grundstein in der Schule legen. Die geplante Abschaffung der Leistungsfächer in der Sekundarstufe II durch die Oberstufenreform ist da nicht förderlich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die 37 Millionen Euro bei der Universität und, Herr Beuß, bei Frau Auweter-Kurtz in guten Händen sind. Lassen Sie doch die Universität autonom über diese Mittel entscheiden. Sie braucht nicht das Gängelband der Wissenschaftsbehörde und der CDU.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Opitz.

Dr. Heike Opitz GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon eine schöne Leistung, sich für das Ausmerzen von Fehlern feiern zu lassen, die man selbst verursacht hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dabei hat sich der Musterschüler Senator Dräger immer mehr zum Problemkind für den Senat entwickelt, denn erst durch den öffentlichen Druck und den offensichtlichen Widerspruch zur sogenannten Talentstadt, die übrigens auch nur der Versuch einer Kopie unserer kreativen Stadt ist, ist überhaupt Bewegung in die Frage der fehlenden Kapazitäten für die Master-Studiengänge gekommen. Diese von Herrn Dräger selbst verursachte Katastrophe, an der die Universität nur haarscharf vorbeigeschrammt ist, liegt übrigens begründet in den Anfängen seiner Politik in der Dohnanyi-Kommission. Diese Kommission hat mit ihrer Bedarfsanalyse für den Arbeitsmarkt vorgeführt, wie borniert man auf Technik und Naturwissenschaften ausgerichtet sein kann, die den aktuellen Gegebenheiten der beruflichen Entwicklung der Menschen überhaupt nicht mehr entspricht und die Sie nicht wahrhaben wollten. Dieser Scheuklappenkommission ist Herr Dräger in blindem Gehorsam in die falsche Richtung hinterhergelaufen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dabei haben Sie alle die Augen davor verschlossen, dass die Wirklichkeit viel komplizierter ist, dass die Geisteswissenschaften mehr sind als schöne Künste und nur Liebhaberei, sondern ein entscheidender Faktor für das, was Landry und auch Richard Florida als kreative Stadt bezeichnen, also entscheidend für Wissenschaft und Wirtschaft. Dass Herr Dräger das immer noch nicht verstanden hat und auch Sie von der CDU-Fraktion nicht, zeigt der eigentliche Skandal dieser Vereinbarung, dass nämlich die Masterkapazitäten nicht einheitlich verteilt werden, sondern in den Sprach-, Kultur- und Geisteswissenschaften es nur eine Übergangsquote von 60 Prozent gibt im Gegensatz zu 80 Prozent bei der MINT-Fakultät. Das ist die negative Konstante, dass die Geisteswissenschaften diskriminiert werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Eine Begründung gibt es hierfür nicht. Es offenbart vielmehr das Dräger'sche Verständnis von Wissenschaft und Hochschulpolitik. Die Volluniversität im Humboldt'schen Sinne ist ein überkommenes Produkt, welches durch die Hintertür wieder abgeschafft werden sollte.

Tatsächlich sind die Zahlen auch nicht ganz so eindrucksvoll, wie Sie uns immer glauben machen wollen, indem Sie die Gesamtzahl bis 2011 nennen. Faktisch gibt es erst einmal ab 2007 1 Million Euro mehr, 2008 dann 6 Millionen Euro, 2009 dann 8 Millionen Euro und erst ab 2010 8,5 Millionen Euro. Das muss man sich einmal klarmachen, wenn hier mit solchen Zahlen operiert wird.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Bei Frau Sager ist gespart worden!)

Ein Letztes noch zu der Geschichte, dass Sie für die Forschung und Berufungen in dem Bereich einmalig 5 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Sie verscherbeln Geld, das Sie gar nicht haben!)

Das ist natürlich ein Anfang. Herr Beuß, zu Ihrer Kritik an uns: Unser GAL-Konzept sieht vor, langfristig 50 Millionen Euro mehr für die Forschung zur Verfügung zu stellen. Dass Sie den Unterschied zwischen Lehre und Forschung und dieser Art der Finanzierung nicht begreifen wollen, finde ich wirklich traurig und ich glaube, Sie machen es absichtlich, weil unser Konzept zur Ersetzung der Studiengebühren doch ein ganz anderes ist und das Ganze nennen wir Qualitätsoffensive für eine bessere Lehre. Ich hoffe, Sie werden sich da noch einmal entsprechend informieren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU:* Das ist unseriös!)

Das Resultat dieser ganzen Debatte ist: Die Versenkung der Hamburger Universität im Meer der Bedeutungslosigkeit ist vorerst nicht geglückt.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Hört, hört!)

Was kreative Stadt ist, haben Sie immer noch nicht verstanden und der öffentliche Druck hat zum Glück Schlimmeres abgewendet. Eine Glanzleistung für den ehemaligen Musterschüler ist das sicherlich nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dräger.

Senator Jörg Dräger:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir wollen und brauchen eine exzellente Universität und an diesem Anspruch lassen wir keinen Zweifel, weder mit unseren ambitionierten Reformen – die sind nötig, manchmal sicher auch unbequem – noch mit unseren erheblichen Investitionen in die Wissenschaft.

Erinnern Sie sich, meine Damen und Herren von der Opposition, eigentlich noch an Ihren Sparkurs im Wissenschaftsbereich vor 2001? Dann vergleichen Sie das doch einmal mit zehn Jahren Planungssicherheit bei steigenden Budgets seitdem.

(Beifall bei der CDU)

Oder gucken Sie sich nur einmal die Senats- und Bürgerschaftsentscheidungen der letzten Wochen an: 65 Millionen Euro für den Röntgenlaser bei DESY vor drei Wochen, 100 Millionen Euro für das UKE vor zwei Wochen, übrigens zur weiteren Ausfinanzierung der Versorgungsaltlasten, die Rotgrün uns hinterlassen hat, 26 Millionen Euro hoffentlich heute für das Klimarechenzentrum und jetzt die schrittweise Anhebung des Universitätsetats um insgesamt 8,5 Millionen Euro zuzüglich eines neuen Exzellenzbaus. Das sind gewaltige finanzielle Anstrengungen, aber sie zeigen auch, dass wir die Zukunftssicherung unserer Stadt ernst nehmen. Wir wollen eine gute und starke Universität und sind auch bereit, dafür zu investieren.

(Beifall bei der CDU)

Nur – das mag vielleicht der Unterschied im Herangehen sein – tun wir es eben mit Bedacht. Der größte Geldsegen hat keinen Wert, wenn er im Sand versickert. Selbst der ASTA der Universität gibt zu, dass in der Vergangenheit zusätzliches Geld nicht dort angekommen ist, wo es hingehörte, nämlich in Lehre und Forschung. Deswegen hatte ich schon, Frau Opitz, in der Debatte in der Bürgerschaft am 4. Juli gesagt, erst solle die Universität ihre Hausaufgaben machen, das heißt, Transparenz bei den Finanzen schaffen, für einen sinnvollen Einsatz der vorhandenen Ressourcen sorgen und dann würden Senat und CDU-Fraktion die Universität auch entsprechend unterstützen. Genau dies ist dank eines neuen engagierten Präsidiums an der Universität auch geschehen. Wir haben nun die nötige Transparenz und jetzt werden die universitätsinternen Defizite aus der Vergangenheit beseitigt. All das kann auch für die Lehre entsprechend herangezogen werden, Lehrdeputatsermäßigungen können auch einmal verstärkt nach Forschungsexzellenz vergeben werden – das schadet übrigens nichts – und weder die Bauunterhaltungsmittel noch die Sachkosten müssen geplündert werden. Auf dieser soliden Basis können wir jetzt guten Gewissens eine reformierte, nach weiterer Exzellenz strebende Universität aufbauen. Das finanzieren wir auch und da halten wir unser Versprechen.

(Beifall bei der CDU)

Besonders erfreulich ist – das geht mir in der Debatte immer ein Stück verloren –, dass mit dem jetzt vereinbarten kapazitären Rahmen auch Erfolge der bereits angepackten Reformen belohnt werden. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir nicht bereit waren, Studienerfolgsquoten von sage und schreibe unter 30 Prozent in einigen Bereichen der Universität zu akzeptieren, was Sie von der Opposition viel zu lange toleriert haben. Wir haben die Studienreformen angepackt mit neuen Studiengängen, besserer Betreuung und den nötigen Steuerungsinstrumenten. Da ist es doch nur konsequent, mit zusätzlichen Masterstudienplätzen die Erfolge dieser Reform zu belohnen, wenn nicht nur 30 Prozent der Studienanfänger, wie in den alten Studiengängen, erfolgreich abschließen, sondern hoffentlich mindestens 60 oder 70 Prozent den Bachelor schaffen. Das ist nicht nur im Sinne der Stadt, sondern auch im Sinne der Studierenden und für einen solchen Reformerfolg investieren wir dann auch gerne.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin deshalb froh ob dieses gemeinsamen Prozesses in den letzten Wochen und Monaten mit der Universität. Der war nicht nur nötig, sondern hat sich auch gelohnt. Insgesamt werden es nun knapp 3.000 Master-Studienplätze, 1.900 außerhalb der Staatsexamen. All diese Studienplätze werden wir in noch besserer Qualität, also mit noch besserer Betreuung, anbieten und damit – das hat auch die Präsidentin bestätigt – kann die Universität national wie international zu den führenden Hochschulen aufschließen.

Meine Damen und Herren! Frau Brüning, wenn ich auf die SPD gucke, verstehe ich bei einer Universität auf dem Weg nach oben die Argumentation Ihres Spitzenkandidaten nicht. Einerseits kann er irgendwie nicht rechnen – zumindest, wenn er immer wieder behauptet, bei der Universität sei nach seinen Berechnungen in den letzten Jahren gespart worden, da ist er irgendwie im Jahre 2001 stehengeblieben, denn seitdem sind alleine an Betriebskosten der Universität zusätzlich 7 Millionen Euro insgesamt aufwachsend zur Verfügung gestellt worden –, andererseits verstehe ich nicht – Wolfgang Beuß hat das eben schon erwähnt –, warum er die Universität im Zusammenhang mit den internationalen Rankings immer wieder so schlechtredet.

(*Dr. Barbara Brüning SPD:* Das stimmt doch gar nicht!)

Statt zu mäkeln, dass die Universität unter Zehntausenden von Hochschulen in der Welt nur auf Platz 102 stehe, so sagte er neulich in einer Zeitung, sollte er lieber anerkennen, dass auch die Universitätspräsidentin jetzt die Chance sieht, unter die Top Hundert zu kommen, und in wenigen Tagen steht die Entscheidung über den Exzellenzwettbewerb an. Zumindest wir von CDU-Fraktion und Senat vertrauen unserer Universität, dass sie dank der Klimaforschung vorne mit dabei sein kann und wir im Oktober hier etwas zu feiern haben. Verdient hätten es die Wissenschaftler auf jeden Fall.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt haben wir einen guten Rahmen für die Universität gefunden – das sagt die Präsidentin und übrigens auch der ASTA – und dieser Rahmen ist seriös finanziert und keine Seifenblase. Da haben mich – Frau Opitz, auch wenn Sie das eben verteidigt haben – Ihre jüngsten Vorschläge zur Einrichtung einer Wissenschaftsstiftung schon etwas enttäuscht. Sie wollen, bevor der Haushalt ausgeglichen ist, das Geld schon wieder ausgeben, in einen extra Topf stecken, vergessen aber irgendwie, dass Sie für die neuen Schulden, die der Haushalt weiter aufnehmen müsste, die gleichen Zinsen zahlen, die Sie auf der anderen Seite aus der Wissenschaftsstiftung herausziehen wollen. Das klingt für mich nach einem Nullsummenspiel.

(Beifall bei der CDU)

Sie mögen nun sagen, Forschung und Lehre seien zwei sehr unterschiedliche Dinge an der Universität; sonst sagen Sie immer, das sei nur eines. Zuerst wollen Sie den Hochschulen 40 Millionen Euro an Studiengebühren wegnehmen, die Sie dringend zur Verbesserung der Qualität der Lehre brauchen, um ihnen dann die 30 bis 50 Millionen an Stiftungserträgen wieder zurückzugeben. Das ist das doppelte Nullsummenspiel. So sympathisch Ihre Idee auch sein mag, in der Ausführung muss man da noch einmal ran.

Wir gehen lieber einen soliden, einen realistischen Weg. Der ist zwar mühsamer und braucht auch ein paar Monate zum Analysieren und Aufbereiten, er ist vielleicht auch weniger werbewirksam als die plakativen Forderungen nach 1 Milliarde Euro für die Wissenschaft. Aber unser Weg einer soliden Haushaltspolitik ist einer Universität angemessen zum Wohle der Studierenden und auch zum Wohle Hamburgs. Wir schaffen schrittweise Exzellenz durch unsere Reformen. Wir sorgen dafür, dass das zusätzliche Geld auch wirklich dort ankommt, wo es hingehört. Wir machen keine Nullsummenspiele, sondern stellen Extrageld zur Verfügung und wir reden unsere Universität nicht schlecht, sondern machen sie einfach besser. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Koop.

Karen Koop CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Kassandrarufe aus der Opposition, diese Miesmacherei, die Sie an den Tag legen.

(*Gesine Dräger SPD:* Kassandra hatte recht! – Beifall und Lachen bei der SPD und der GAL)

– Man muss in der Mythologie auch sattelfest sein, ich bin Mathematikerin und bin das daher nicht so.

(*Bernd Reinert CDU:* Außerdem ist Kassandra tot!)

– Außerdem ist sie tot. – Nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, dass ein Erfolg erzielt worden ist und freuen Sie sich über den Erfolg für die Universität.

(Beifall bei der CDU)

Da hat auch niemand jemanden in den Schwitzkasten genommen oder gedeckelt oder endlich zum Jagen getragen, sondern beide haben etwas gegeben und haben dafür etwas bekommen. Der Senat hat Geld gegeben und die Universität hat Kapazitäten gegeben in Form von Zeit und natürlich auch in Form von Personal. Man sollte übrigens noch einmal darüber nachdenken, ob man an diese Kapazitätsverordnung noch einmal herangeht, ob das nicht einen noch größeren Freiraum für die Universität bringt.

Natürlich kann man fordern, alles früher zu haben und auch mehr; wir würden uns auch wünschen, dass noch mehr zur Verfügung stünde. Aber bevor man so einen Schritt macht, muss man natürlich erst einmal klare Verhältnisse schaffen und Frau Auweter-Kurtz hat es geschafft. Sie hat dafür Zeit gebraucht und hat einen transparenten Haushalt vorgelegt. Erst aufgrund dieses transparenten Haushalts kann ich aus einem vermuteten Bedarf einen begründeten Bedarf machen und dann gibt es Geld.

(Beifall bei der CDU)

Nicht ganz ohne Amüsement habe ich heute einen Leserbrief im "Hamburger Abendblatt" gelesen und dazu kann ich nur sagen: Wenn das Haus besser bestellt übergeben worden wäre, dann hätte Frau Auweter-Kurtz auch einen besseren Start gehabt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Dr. Barbara Brüning SPD*)

Wir wollen die Universität – Frau Brüning, Sie können sich gleich noch einmal melden – international wettbewerbsfähig machen. Die Frage ist nur, Herr Buss, ob Sie das auch wollen. Ein Teil von Ihnen hat noch aus der Ära Schröder die Exzellenz- und Elite-Universität im Kopf und ist vielleicht auch bereit, dem zu folgen, aber ein anderer Teil ist daran interessiert, der Einheitsschule eine Einheitsuniversität folgen zu lassen. Herr Lein, bevor Sie in Panik geraten, man kann das machen wollen.

(Zurufe aus der SPD)

Wir wollen, dass unsere Universität international bestehen kann und diese Exzellenz hat natürlich in gewissem Sinne auch ihren Preis. Dieser Preis heißt Konzentration auf bestimmte Cluster und wenn wir gucken, wer bei uns in der Universität Leistungen erbracht hat, dann sind es die Naturwissenschaften; das kann niemand leugnen.

(*Dr. Barbara Brüning SPD:* Das kann man so nicht sagen! Das ist doch Unsinn!)

Die Frage ist natürlich, was mit den Geisteswissenschaften passiert. Dieses Problem liegt mir und auch unserer Fraktion am Herzen; wir haben extra eine Gesprächsrunde eingelegt. Nur, wir haben das Jahr der Geisteswissenschaften und es ist fast vorüber. Hat irgendjemand etwas davon mitbekommen? Die Geisteswissenschaften sind zu leise.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Letzte Woche wurde das Weizsäcker-Forum das erste Mal durchgeführt, übrigens nicht Ulrich und auch nicht Richard, sondern Carl Friedrich von Weizsäcker. Ich erinnere mich aus meiner Schulzeit, dass dessen Vorlesungen brechend voll waren.

(*Dr. Barbara Brüning SPD:* Das stimmt! Die waren aber auch philosophisch und nicht naturwissenschaftlich!)

Ich bin vor Ehrfurcht erstarrt, weil ich mal mit ihm im Fahrstuhl fahren durfte. Er war Philosoph und Physiker und das ist natürlich eine Idealverbindung. Man darf die nicht gegeneinander ausspielen, ganz im Gegenteil. Die beiden Bereiche müssen ineinander übergreifen und sie

müssen sich gegenseitig befruchten oder sich auch gegenseitig Grenzen setzen.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Jetzt muss nur noch Herr Dräger Philosoph werden!)

Ich will natürlich nicht neben Physiker einen Philosophen stellen, der dann nach dem antiken Vorbild sagt: Bedenke, dass du ein Mensch bist. Aber es kann hin und wieder durchaus sein, dass man fragt, was ist die Folge deiner Forschung für die Menschheit, und das ist auch bedenkenswert.

Die Geisteswissenschaften müssen sich lauter und deutlicher zu Wort melden. Unsere Kultur ist nun einmal eine Brot- und Spielekultur und in diese Kultur müssen sie sich eingeben, ohne dem Zeitgeist nachzugeben. Ein Feuerwerk auf der Alster hat mehr mit Physik zu tun und es ist vielleicht ganz gut, dass wir auch ein paar geistige Blitze haben.

(Glocke)

Eine toughe kluge Frau, Frau Brüning, hat etwas erreicht für die Universität und der Senat war klug genug, dem zu folgen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wir haben hier oben das Gefühl, dass das Mikrofon etwas lauter gestellt worden ist, damit man als Redner gut durchdringt. Aber wenn es zu Hörschäden kommt – wir sind nahe davor –, dann müssen Sie sich melden.

Herr Marx hat das Wort.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Koop, es hat sich mir nur begrenzt erschlossen, inwieweit Ihr Redebeitrag mit dem angemeldeten Thema zu tun hatte. Ich möchte zunächst mit den mathematischen Fähigkeiten des geschätzten Kollegen Beuß beginnen. Sie haben gemutmaßt, es gäbe an der Uni Studiengebühren in Höhe von 40 Millionen Euro pro Jahr. Wenn Sie wüssten, dass es mittlerweile nur noch 35.000 Studierende gibt und von denen nicht alle Studiengebühren zahlen, weil es durchaus Ausnahmetatbestände gibt, dann könnten Sie sich im Kopf ausrechnen, notfalls mithilfe von Frau Koop, dass man so nie auf 40 Millionen Euro pro Jahr kommt. Aber das zeigt, von welcher Qualität Ihre Hochschulpolitik ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Dräger hat im Rahmen der kreativen Finanzpolitik versucht darzulegen, dass unter ihm die Hochschulen und ganz besonders die Universität blühen und wachsen würden. Gucken wir uns doch einmal die Realität an. Die Realität kann man im Haushaltsplan nachlesen. Ich empfehle die Finanzpläne und dort die Funktionenübersicht. Universitäten, Funktion 131, in D-Mark im Jahr 2001: 565 Millionen D-Mark. In Euro sind das 289 Millionen für diejenigen, die das nicht gleich im Kopf überschlagen wollen. 2008 sind es 302 Millionen Euro, also ein Wachstum über sieben Jahre von 4,5 Prozent. Das ist weniger Wachstum als die Inflation zur gleichen Zeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Dr. Willfried Maier GAL:* So ist es!)

Und es ist weniger Wachstum, als das Wachstum des allgemeinen Haushalts in der Zeit. Blühende Landschaften in den Hamburger Hochschulen kann man so wahrlich nicht feststellen.

Ein weiterer Bereich, den man sich angucken kann, weil es eine sehr große Hochschule betrifft, ist die Fachhochschule. Funktion 136: 120 Millionen D-Mark, also 61 Millionen Euro in 2001. Das sind dann nur noch 59 Millionen für 2007 und 2008, also minus 3,8 Prozent und das in einer Zeit, in der doch eigentlich die Fachhochschulen ausgebaut werden sollten. Was macht der Senat? Die Hochschulen sind die Sparkasse des Senators und der Senator spart als erstes dabei mit.

Die nächste Sache, die man sich dabei angucken kann. Herr Dräger stellt sich immer hin und sagt, insgesamt sei aber der Hochschulhaushalt sensationell gewachsen und spricht in seinen Reden von 21 Prozent. Ich komme in der Oberfunktion Nummer 13 auf 18,9 Prozent von 2001 bis 2008: Damals waren es 1.175 Millionen D-Mark, heute sind es 713 Millionen Euro, also keine 21 Prozent. Was in Wahrheit gewachsen ist, ist der Aspekt der Versorgung und Beihilfe. Das waren 91 Millionen D-Mark in 2001 und heute sind es 92 Millionen Euro, weil das kalkulatorisch neu aufgestellt wurde. Da hat der Senat nichts Neues gemacht und da kommen auch kein Euro und keine ehemalige D-Mark mehr bei den Studierenden oder den Hochschulen an. Das ist kein Wachstum, sondern geänderte Veranschlagungspolitik und das macht deutlich, dass Ihre Finanzpolitik, die Sie uns als Hochschulpolitik verkaufen wollen, in keiner Weise seriös ist, sondern höchstens nur als kreativ zu bezeichnen ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Besonders genial ist, dass Sie dann den Pakt, den Sie mit der Universität geschlossen haben, mit der Gesamtsumme verkaufen.

In Wahrheit geht es um Beträge von aufwachsend 1 auf etwas über 8 Millionen pro Euro. Das sind 2 bis 3 Prozent im Jahresdurchschnitt. Das ist also eine minimale Summe bezogen auf über 300 Millionen Euro für die Universität pro Jahr. Das heißt, es ist wirklich gerade noch mit der Lupe wahrnehmbar, was dort verbessert wird. Sie verkaufen uns das, als wäre es ein sensationeller Schritt. In Wahrheit ist es wirklich nur so, dass der Eisberg ein minimales Kälbchen gekalbt hat. Das kann es nicht sein.

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, das ist die Investitionsplanung. Sie stellen sich immer hin und sagen, da tue sich so viel. Schauen wir uns die Universität an. Universität in D-Mark: 292 Millionen D-Mark, das sind 149 Millionen Euro. Es sind in 2007 bis 2012 jährlich nur noch 96 Millionen Euro, also 36,5 Prozent weniger. Das ist ein ganz dramatischer Rückgang. Da wird die Universität richtig beschädigt, weil nämlich notwendige Maßnahmen dort nicht mehr durchgeführt werden.

Ein anderer Bereich, in dem man hätte erwarten können, dass der Senator wenigstens ein bisschen im Rahmen ehemaliger Verbundenheit tut, ist die TU Hamburg-Harburg. Es waren in 2001 17 Millionen Euro pro Jahr. Es sind für die Periode 2007 bis 2012 nur noch 2 Millionen Euro pro Jahr, die eingestellt worden sind. Das ist ein ganz dramatischer Rückgang.

Zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass ich besonders dramatisch finde, dass die Benachteiligung der Geistes- und Sozialwissenschaften von Ihnen nach wie vor fortgesetzt wird. Ich hoffe, dass das am 24. Februar ein Ende hat.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Michael Neumann SPD*: Wird es!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL:* Frau Koop, mit Ihrem Beispiel von Herrn von Weizsäcker, zugleich Philosoph und Physiker: Soll das jetzt meinen, dass Sie mit dem Senator erst ehrfurchtsvoll im Aufzug fahren, wenn er auch noch Philosoph wird, oder was? Auf jeden Fall könnte ihm das nicht schaden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Karen Koop CDU*: Wir haben genug Philosophen gehabt!)

Generell würde ich jenseits der gegenseitigen Erregung sagen: Dass die Hochschulen diese zusätzlichen Mittel bekommen, ist im Prinzip gut und dagegen haben wir keine Einwände. Ich will mich jetzt mit den einzelnen Kritiken, die es in Bezug auf Geisteswissenschaften- und Naturwissenschaftenverteilung gibt, nicht beschäftigen. Ich meine nur: Das ist noch nicht die Lösung des Problems in Hamburg.

Herr Senator, Sie haben gerade den Monitor Wachsende Stadt vorgestellt mit den Zahlen, die darauf hinauslaufen, dass wir nach wie vor dramatisch weniger Personal im Bereich Forschung und Entwicklung haben als andere Städte. Sie haben den Monitor vorgestellt, in dem dargestellt wird, dass unsere Hochschulen nach wie vor deutlich weniger Drittmittel anwerben können als der Durchschnitt der deutschen Hochschulen, und Sie haben einen Monitor vorgestellt, in dem erkennbar ist, dass in Hamburg im Durchschnitt nach wie vor erheblich länger studiert wird als im bundesdeutschen Durchschnitt und dass nach einem kurzen Rückgang, als Sie die Langzeitstudiengebühren eingeführt hatten, heute die Zahl der Studiendauer sogar wieder nach oben geht. Also, das sich selbst wohlgefällige Auf-den-Bauch-Klopfen hat keinen Sinn. Die Hochschulen in Hamburg haben nach wie vor ein Problem.

(Beifall bei der GAL)

Und es ist so – Herr Marx hat es Ihnen auch gerade dargestellt, dass Ihre Haushaltsselbstbelobigung mit den objektiven Zahlen nicht übereinstimmt –, dass der Anteil der Hochschulausgaben am Gesamthaushalt im Vergleich zu 2001 nicht besser geworden ist, sondern im Wesentlichen stationär. Was Sie dann an Investitionen beschreiben – beispielsweise beim UKE oder auch bei DESY –, ist damals schon auf den Weg gebracht worden. Ich selbst kann mich noch erinnern, dass ich den B-Plan hinsichtlich des DESY mit gestaltet habe. Also, das ist kein riesiges Neuverdienst dieses Senats.

Also bleibt doch für uns gemeinsam das Problem, wie die Hochschulen in Hamburg ein Stück weiter nach vorne kommen. Da ist meiner Meinung nach eine Überlegung nötig, die uns hilft. Wir können nicht sagen, dass wir so viel Geld hineinschmeißen wie andere Flächenbundesländer. Diese Möglichkeit haben wir gar nicht. Wir müssen einen verhältnismäßig intelligenten Versuch machen, unsere Forschung zu stärken und gleichzeitig die Verbindung mit der Regionalwirtschaft auszubauen. Dazu schlagen wir vor, eine Forschungsinitiative zu starten mit der Besonderheit, dass solche Vorhaben speziell gefördert werden, die ein starkes Element von Lehre beinhalten, weil wir darüber hoffen, dass junge Studierende nach Hamburg gezogen werden und auch in Hamburg bleiben, die eine besondere Fähigkeit haben, in der Lehre gleichzeitig auch Forschung zu betreiben, also besonders talentierte Studierende sind.

Dafür braucht es zusätzliches Geld. Jetzt sagen Sie, wir würden zusätzlich Geld ausgeben. Nein, wir schlagen vor, nicht zusätzlich Geld auszugeben, sondern nur Geld festzulegen und zu sagen: Dieses Geld soll in einen Fonds und nur für diesen Zweck verwandt werden. Was da an Erlösen herauskommt – das Vermögen – soll nicht angetastet werden. Wir gehen sogar so weit, zu sagen: Das, was Sie sich an Schuldentilgung vorgenommen haben, nämlich 100 Millionen in 2008 und 150 Millionen in 2009, vollziehen wir mit. Dennoch bleibt die Möglichkeit, einen solchen Fonds zu bilden. Da würde ich mir, wenn man solch eine Sache in Aussicht stellt, von Ihnen als Wissenschaftssenator etwas Freundlicheres vorstellen, als zu sagen, Sie fänden es unsolide, wenn man Wissenschaft finanziere. Das haben Sie im Wesentlichen gesagt, dass Sie das unsolide fänden.

(Beifall bei der GAL – *Christian Maaß GAL*: Wir finden schon einen, der das Geld nimmt!)

Das finde ich nicht besonders helle. Da muss man schon Nichtphilosoph sein, um das zu verstehen.

(Beifall bei der GAL)

Aber das Problem, das wir haben, bleibt nach wie vor. Sie haben jetzt eine Finanzierung geschaffen, die eine Normalsituation der Hochschulen herstellt. Wenn wir wirklich an die Spitze wollen, müssen wir mehr als die Normalität hinbekommen und wir müssen es tun, indem wir junge Leute anziehen. Junge Leute bekommen wir nicht über Marketingmaßnahmen,

(Glocke)

sondern über besondere Chancen in der Forschung. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor ich nun Senator Dräger das Wort erteile, weise ich noch darauf hin, dass dann nach Paragraf 22 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung die Fraktionen jeweils noch einmal die Chance haben, sich zu Wort zu melden. – Herr Senator Dräger, bitte.

Senator Jörg Dräger:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch in der Gefahr eine neue Runde zu eröffnen, wollte ich noch vier Dinge hier an dieser Stelle richtigstellen. Was ich ganz interessant fand – und das ist das Erste –, war, dass es von der einen Seite der Opposition heißt: "Dräger nimmt die Universitätspräsidentin in den Schwitzkasten." Die andere Seite sagt: "Dräger knickt vor ihr ein." Insofern: Entscheiden Sie sich.

(*Dr. Heike Opitz GAL*: Wir sind eben verschiedene Parteien!)

Das Zweite, was ich an der Stelle noch anmerken wollte, ist die Frage der durchschnittlichen Zahl der Master-Studienplätze gegenüber dem Bachelor. Das ist eine Diskussion, die wir schon länger geführt haben und die Sie jetzt wieder aufgegriffen haben. Ich muss Sie einfach an der Stelle noch einmal daran erinnern, dass es auf der Bundesebene insbesondere Rotgrün war, die dafür plädierten, dass der Bachelor der Regelabschluss ist und eben über alle Hochschulformen hinweg – das ist der

Punkt – weniger als die Hälfte in der Bundesrepublik einen Master erwerben sollten. Dass das an forschungsorientierten Universitäten anders ist, daran habe ich nie einen Zweifel gelassen. Deswegen haben wir in unserer Leitlinien-Drucksache in diesem Punkte auch nicht die Vorschläge der Dohnanyi-Kommission übernommen, sondern ganz bewusst gesagt: Das sind die Mindestzahlen, die die Universität erreichen muss. Darüber hinaus hat sie aber noch viele freie Stellen – das waren 164 an der Zahl, wenn ich das richtig erinnere –, die sie für weitere Qualitätsverbesserungen oder eben für einen weiteren Ausbau des Master-Systems einsetzen kann. Die Berechnungen der Universitätspräsidentin haben jetzt gerade gezeigt, dass das möglich ist. Denn diese Zahl von Master-Studienplätzen, die sie jetzt erreichen wird, erreicht sie innerhalb ihres Stellenplanes.

(*Karen Koop CDU*: Richtig!)

Das Dritte, Herr Marx, was ich doch noch sagen muss – da haben Sie mich enttäuscht. Ich denke, Sie sind auch im Haushaltsausschuss und sollten deshalb mit diesen dicken Plänen umgehen können. Wenn Sie schon Zahlenvergleiche zwischen Universität 2001 und 2007 machen und die D-Mark-Umrechnung richtig hinbekommen, dann bitte ich Sie, auch zu bedenken, dass zum Beispiel das Filmstudium 2001 noch an der Universität gezählt wurde und 2007 nicht mehr, dass die Theaterregieausbildung 2001 an der Universität war, aber 2007 eben an der Musikhochschule und dass bei der HAW im Jahre 2001 Architektur und Bauingenieurwesen noch dabei waren, aber im Jahre 2007 eben an der HafenCity Universität. Das heißt, hier müssen Sie schon etwas genauer rechnen. Außerdem würde ich Sie dann bitten, nicht anhand der Planzahlen zu argumentieren,

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Es war der Gesamtetat, um den es ging!)

– Nein, er hatte die Einzeletats verglichen.

(*Wolfgang Marx SPD*: Nein, der Gesamtetat!)

sondern, dass Sie sich aufgrund des Inflationsausgleiches, der immer am Ende des Jahres gewährt wird, Herr Marx, dann an den Ist-Zahlen orientieren.

Der vierte Punkt – Herr Maier, da wunderte mich Ihre Aussage zu dem Monitor. Vielleicht einmal das Erfreuliche vorneweg: Der Monitor oder in dem Falle der OECD-Bildungsbericht, der am gleichen Tag erschienen ist, zeigt, dass Hamburg das größte Wachstum von allen Bundesländern in der Akademikeranzahl hat – noch vor Hessen, Bayern und Baden-Württemberg. Das ist ein sehr positiver Effekt, der sicher etwas mit der Wirtschaftsstruktur der Stadt zu tun hat aber eben auch mit der Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems. Wenn Sie dann sagen, wir sehen, dass die Hamburger Studierenden länger studieren, dann ist das sicher auf der einen Seite nicht Ziel einer Hochschulpolitik, aber auf der anderen Seite müssen Sie dann schon etwas genauer hinsehen. Hamburg hat bei Weitem die größte Anzahl an Teilzeitstudierenden, was in einer Metropole mit berufs- und familienbegleitendem Studium gar kein Fehler ist, sondern vielleicht ist diese hohe Anzahl von Teilzeitstudierenden gerade gut.

(*Doris Mandel SPD*: Die müssen ja auch arbeiten, um die Studiengebühren zahlen zu können!)

Diese hohe Zahl bedingt aber auch relativ lange Studienzeiten, weil diese Studierenden eben nur in Teilzeit studieren. Das ist eine sehr interessante Auswertung in dem Ländervergleich des OECD-Bildungsmonitors. Darauf würde ich gerne noch einmal Ihre Aufmerksamkeit lenken.

Die letzte Bemerkung, Herr Maier, zu Ihnen – dann bin ich auch am Ende – ist: Sie haben eben selber – und das fand ich interessant – in Ihrem Beitrag bezüglich der Finanzierung Ihrer Fonds-Idee, zu der ich gesagt habe, dass ich sie im Prinzip charmant finde – sie muss nur ordentlich gemacht werden – gesagt, dass Sie genau wie wir in der Planung 100 oder 150 Millionen Euro Schulden im Jahr tilgen wollten. Wir sind aber noch gar nicht bei der Schuldentilgung. Wir sind bei der Reduzierung von Neuverschuldung.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Netto-Neuverschuldung!)

Ich habe nur versucht, zu argumentieren, dass, solange wir neue Schulden aufnehmen, wir für die neuen Schulden genauso viel Zinsen zahlen müssen, wie Sie aus einem Fonds Zinsen bekommen, und dass das eben ein Nullsummenspiel ist. In dem Moment, in dem der Haushalt Überschüsse erwirtschaftet, zu sagen, wir richten Zukunftsfonds ein oder setzen Privatisierungserlöse nach dem Motto "Gestalten statt halten" dafür ein – ich glaube, dann sind wir wieder viel näher beieinander. Aber wir sind eben noch nicht bei der Schuldentilgung, sondern nur bei der richtigen und notwendigen Reduzierung der Neuverschuldung. Dieses – wenn Sie mir das erlauben – an dieser Stelle noch einmal. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Marx, zur Richtigstellung: Die 40 Millionen sind kein Rechenfehler, sondern ein Versprecher meinerseits. Ich meinte, sie sind für alle Hamburger Hochschulen und nicht für die Universität alleine, das zum Ersten.

Zum Zweiten: Sie haben uns eine Sparquote über die Jahre von 15 Prozent an den Hochschulen hinterlassen. Sie haben mit dem Rasenmäherprinzip jede zweite Stelle unter den Professoren eingespart. Dann stellen Sie sich hier hin und sagen, unsere Budgetsteigerung sei nicht einmal der Inflationsausgleich. Es tut mir leid, wer so eingespart hat und uns so ein Erbe hinterlassen hat,

(Zuruf von *Wilfried Buss SPD*)

ist nicht legitimiert, sich hier hinzustellen, Herr Buss, und so etwas hier zu erzählen.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, meine Damen und Herren von der SPD, es ist schon seit Längerem bekannt, dass Sie auch nicht mehr die Hamburg-Partei sind, als die Sie sich zu Ihrer Regierungszeit immer gerühmt haben.

(*Ingo Egloff SPD*: Sie auch nicht!)

Nein, Sie sind – geschweige denn – auch nicht die Partei der Hochschulen und der Wissenschaftspolitik in dieser Stadt. Das haben Sie heute mit Ihren Beiträgen bewiesen.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme noch einmal auf die Fonds-Idee von der GAL zu sprechen. Also, Herr Maier, es ist noch Vieles sehr nebulös und für uns hat die Schuldentilgung eigentlich in Verantwortung vor den kommenden Generationen einen ganz hohen Stellenwert.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Den sieht man nur nicht!)

Ich habe das jetzt mit keinem abgesprochen, aber ich bin einmal sehr auf Ihren Antrag gespannt. Vielleicht haben wir die Chance, uns im Ausschuss von Ihnen einfach einmal darstellen zu lassen, wie Sie das eigentlich meinen. Ich will damit nicht sagen, dass wir dieser Sache dann zustimmen. Aber vielleicht bekommen wir dann ein bisschen mehr Transparenz in die Geschichte, anstatt demnächst nur eine Debatte darüber zu führen,

(*Ingo Egloff SPD*: Das dürfen Sie auch nicht!)

dies einmal als Signal. Im Interesse der Hochschulen, denke ich, ist zumindest eine Ausschussberatung eine vernünftige Lösung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Professor Brüning.

Dr. Barbara Brüning SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Also, Herr Beuß, immer wenn Sie nicht weiter wissen, dann kommen Sie mit der alten Leier von vor 2001.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Das war schon immer so!)

Sie regieren doch seit sechs Jahren und Sie sind doch verantwortlich für die Finanzen.

(*Bernd Reinert CDU*: Und das ist auch gut so!)

Also, lenken Sie doch nicht ab von dem Missstand, den Sie hinterlassen haben. Jetzt wollen wir es doch einmal ganz deutlich sagen.

(*Bernd Reinert CDU*: Und Sie sind laut!)

– Ich mache es leiser. Sie haben zu leise gesprochen, ich spreche zu laut. So ist halt der Unterschied zwischen uns.

Ich finde, Sie lenken von den Problemen ab. Seit Monaten haben alle möglichen Leute an den Hochschulen – ich habe das vorhin gesagt – in der Öffentlichkeit gefordert, dass Sie mehr Master-Studiengänge zur Verfügung stellen sollten, um das wissenschaftliche Niveau zu halten. Jetzt kommen Sie und verhüllen das mit der Phrase, die Uni solle erst einmal ihre Hausaufgaben machen.

(*Karen Koop CDU*: Hat sie doch!)

Das war doch klar, dass sie mehr Master-Studiengänge haben will.

(*Karen Koop CDU*: Ja, aber es muss ja erst einmal deutlich sein, wie viele!)

Dann würde ich gerne noch Herrn Dräger beruhigen. Also, der Spitzenkandidat der SPD, Herr Dr. Naumann, will natürlich, dass die Universitäten international ausgerichtet werden. Deshalb haben wir doch mehr Master-Studiengänge gefordert. Natürlich wollen wir auch, dass die Universität unter die Top 100 kommt. Das wissen Sie auch ganz genau, dass wir das wollen. Aber dafür muss sie eben die Möglichkeit erhalten, mehr Master-Studiengänge zu bekommen. Das wollte der Senator nicht und jetzt haben Sie versucht einen Weg zu finden, dass er sein Gesicht wahren kann und die Uni doch mehr Master-Studiengänge bekommt.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Heike Opitz GAL*)

Dann würde ich gerne sagen: Sie wissen natürlich auch, meine Damen und Herren von der CDU, dass Herr Kollege Marx gut rechnen kann. Das hat er im Haushaltsausschuss immer unter Beweis gestellt. Seine Zahlen, die er hier präsentiert hat, berücksichtigen natürlich die Neugründung. Das ist doch völlig klar, dass man das auch berücksichtigen muss.

Zum Schluss, Frau Koop, würde ich gerne noch sagen: Natürlich war Herr von Weizsäcker Philosoph und Physiker. Aber die sehr zahlreich besuchten Vorlesungen, von denen Sie gesprochen haben, waren Philosophie-Vorlesungen.

(*Karen Koop CDU*: Ja!)

Die waren übervoll. Aber nach Ihrem Bild der Universität kann das nicht mehr stattfinden, weil die Geisteswissenschaften nicht mehr so gefördert werden sollen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Opitz.

Dr. Heike Opitz GAL:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Dräger, lieber Herr Beuß, auch ich nutze die Gelegenheit, die Sie uns beschert haben, die Debatte weiterzuführen. Um das noch einmal klarzustellen: Die Kritik, die wir hier üben – oder zumindest meine Fraktion, denn ich kann nur für die sprechen –, richtet sich gegen Ihre Politik, die maßgeblich dazu beigetragen hat, dass es zu diesem Problem mit den fehlenden Master-Kapazitäten gekommen ist. Die Uni hat gut und öffentlich gekämpft. Der öffentliche Druck hat dazu geführt, dass Bewegung hineingekommen ist. Letztendlich haben wir jetzt eine Situation, dass zumindest das Mindestmaß an Master-Kapazitäten vorhanden ist, das man braucht, damit sich die Universität weiter Volluniversität nennen kann.

Herr Beuß, Ihre ständigen Rechnungen und Ihre 15 Prozent: Ich sage einmal, das war vor der Zeit, als die GAL mit an der Regierung war. Wir haben in der ersten rotgrünen Zeit – ich hoffe, es kommt bald eine zweite –

(*Dr. Barbara Brüning SPD*: Das ist gut zu hören!)

dafür gesorgt, dass der Haushalt auf der einen Seite sehr stark konsolidiert worden ist. Aber gleichzeitig war die Sparquote im Wissenschaftsbereich am geringsten. Insofern: Vermischen Sie nicht immer die 15 Prozent in einer Zeit von vorher.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Frau Dr. Opitz, Sparquote bleibt Sparquote!)

– Vielleicht noch einmal: Die Sparquote gibt es bei Ihnen auch. Das hat Herr Marx gerade vorgeführt.

Herr Dräger, Sie sagen auf der einen Seite immer, Sie wären erst bereit gewesen, mehr Master-Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, wenn die Universität mehr Transparenz schafft,

(*Karen Koop CDU*: Ja, das ist doch logisch!)

schaffen aber mit den Studiengebühren selbst ein Instrument, mit dem einfach zusätzlich Geld zur Verfügung gestellt wird, ohne dass Sie irgendeine Transparenzprüfung gemacht haben. Das, finde ich, ist Ihr Widerspruch in dieser Argumentation. Ehrlich gesagt, diese Frage der Studiengebühren wollen wir über einen ganz anderen Weg kompensieren. Das nennt sich Qualitätsoffensive für bessere Lehre, was auch einen ganz starken Wettbewerb zwischen den Hochschulen für einen Teil von Geld, den wir zusätzlich zur Verfügung stellen wollen, bedeutet und an dem auch die Studierenden partizipieren sollen.

Etwas ganz anderes ist dieser Forschungsrat, wo wir uns sehr freuen, dass wir jetzt gehört haben, dass die CDU-Fraktion den an den Ausschuss überweisen wird. Das ist wunderbar. Sie können sich den Antrag übrigens auch schon anschauen. Er ist schon öffentlich. Ich hoffe, dass wir in dem Zusammenhang noch einmal in Ruhe darüber reden können. Uns geht es nicht darum, neue Schulden zu machen. Wir nehmen sogar die Sparquoten ernst, die Sie sich vorgestellt haben, ganz klar. Aber, was wir nicht wollen, ist, dass das Geld irgendwo versickert oder sogar für Wahlkampfgeschenke eingesetzt wird, sondern wir wollen eine Zweckbindung für Wissenschaft und Forschung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Dann ist die Redezeit der Aktuellen Stunde aufgebraucht und das dritte Thema kann nicht mehr aufgerufen werden. Wird von Seiten der anmeldenden SPD-Fraktion eine Vertagung der Aussprache auf morgen beantragt? – Das ist der Fall. Wir werden somit die Aktuelle Stunde morgen mit dem dritten Thema fortsetzen. Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet.

Wir kommen zum Punkt 17 a der Tagesordnung, dem Bericht des Haushaltsausschusses zur Finanzierung zur Herrichtung eines Gebäudes für das Deutsche Klimarechenzentrum, Änderung des Haushaltsplans 2007/2008.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/6844: Finanzierung zur Herrichtung eines Gebäudes für das Deutsche Klimarechenzentrum (DKRZ), Änderung des Haushaltsplans 2007/2008 (Senatsantrag) – Drs. 18/7009 –]

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Stehr, bitte.

Dr. Diethelm Stehr CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist mein Laptop.

(Zurufe von allen Fraktionen: Oh, oh!)

Der kann rechnen. Der kann auch speichern. Mein Manuskript ist darin gespeichert. Sie werden solche Dinger kennen und vermutlich auch wissen, wie schnell die veralten. Das, worüber wir heute reden wollen, das Deutsche Klimarechenzentrum, hat auch einen guten Rechner, der bislang sehr erfolgreich war. Nun braucht das Deutsche Klimarechenzentrum für rund 33 Millionen Euro einen neuen Rechner. Diese Summe bezahlt der Bund und das ist auch gut so. Dieser Rechner ist ziemlich teuer aber gut, schnell und leistungsfähig, sozusagen der Porsche unter den Rechenzentren. Warum reden wir nun heute noch über diesen Punkt?

(*Christian Maaß GAL*: Porsche ist aber Mist!)

Der Senat beantragt – und ich möchte dafür werben –, weitere 26 Millionen Euro für ein neues Haus bereitzustellen, in dem der Rechner untergebracht werden soll, sozusagen die Garage für den teuren Porsche.

Warum ist das richtig und wichtig? – Das Deutsche Klimarechenzentrum und seine wissenschaftliche Rechnerausstattung sind ein Leuchtturm für Hamburg. Bereits 1987 als GmbH gegründet ist es eine Serviceeinrichtung für viele wissenschaftliche Institutionen mit den Gesellschaftern Max-Planck-Institut, Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Universität, Alfred-Wegener-Institut und GKSS. Bereits 1987 war vereinbart worden, dass der Bund jeweils die Kosten für die Rechner trägt und Hamburg für das Gebäude aufkommen muss. Bisher ist die Finanzierung der Gruppe "Modelle und Daten" immer nur jeweils aus Projektmitteln erfolgt und dieses ist auf Kritik beim Rechnungshof gestoßen. Er hat empfohlen, dieses in die Strukturen der gemeinsamen Forschungsförderung zu überführen. Der Bund hat deshalb die Finanzierung des neuen Rechners von einer dauerhaft tragfähigen Struktur und Unterbringung des DKRZ abhängig gemacht.

Nach zähen Verhandlungen und gegen renommierte Konkurrenten wie dem Deutschen Wetterdienst, dem Forschungszentrum Jülich und dem Alfred-Wegener-Institut ist es dem Senat gelungen, das Deutsche Klimarechenzentrum in Hamburg zu halten und den neuen Rechner zukünftig den Kooperationspartnern ZMAW – Zentrum für Marine und Atmosphärische Wissenschaften –, dem ZMK – Zentrum für Meeres- und Klimaforschung der Universität Hamburg – und dem Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg in räumlicher Nähe verfügbar zu machen. Die GmbH bleibt bestehen und der Rechner bleibt in Hamburg. Das DKRZ wird formal der GKSS zugeordnet. Damit sind zukünftig die laufenden Kosten von 5 Millionen Euro per anno auch entsprechend den Gesellschaftsanteilen zu tragen.

Die GKSS in Geesthacht ist ein leistungsfähiges Forschungszentrum im Verbund der Helmholtz-Gemeinschaft direkt vor den Toren Hamburgs, an dem Hamburg auch beteiligt und im Aufsichtsrat vertreten ist. Natürlich wird auch die Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen Forschungszentren, den MPIs in Mainz und Jena und auch die internationale Zusammenarbeit zum Beispiel mit dem Hadley Centre for Climate Prediction and Research in England gepflegt.

Dem Senator und dem Staatsrat möchte ich für den Einsatz in den haarigen Diskussionen mit dem Bund danken und für den Erfolg Anerkennung aussprechen. Dieser Erfolg kommt sicherlich auch der Exzellenzinitiative Integrated Climate System Analysis and Prediction – clisap – der Universität Hamburg zugute. Am 19. Oktober hoffen wir alle auf eine positive Entscheidung für Hamburg. Aber das Rennen ist noch nicht gelaufen. Nur eins ist sicher:

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Kein Doping!)

Das Rennen wird weitergehen. Die beteiligten Wissenschaftler graben bereits jetzt die Startlöcher für das Rennen um ein europäisches Klimarechenzentrum. Dabei muss Hamburg sich erneut mit allen nationalen und europäischen Konkurrenten messen lassen. Wenn es gelingt, auch dabei erfolgreich zu sein, muss Hamburgs For-

schung sich um die Zukunftsfähigkeit nicht sorgen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten.

Nun zu den Daten und Fakten: Der neue Hochleistungsrechner ist circa 50 Mal leistungsfähiger als die derzeitige Rechnerkonfiguration. Will man die Erde, den gesamten Globus, und die Veränderung in den Ozeanen und in der Atmosphäre beispielsweise über 1.000 Jahre simulieren, ergeben sich bei einer Auflösung von nur 150 Kilometer Maschenweite Rechenzeiten von Monaten. Das zeigt, dass der Wiederholung von Rechenläufen mit variierten Parametern sehr enge Grenzen gesetzt sind. Ziel ist darüber hinaus, auch regionale, kleinräumigere Auswirkungen modellieren zu können. Hurrikans sind oftmals kleiner.

(*Uwe Grund SPD*: Was hat das mit dem Gebäude zu tun?)

Und die Frage, wie sich die Hochwasserstände im Mündungstrichter der Elbe entwickeln, lässt sich nur mit einer sehr viel geringeren Maschenweite der Modellrechnungen simulieren. Aber selbst für regionale Aussagen mit enger Maschenweite muss man vorher die globale Situation berechnet haben. Was muss passieren, damit beispielsweise der Golfstrom hier ausbleibt? Das ist eine brennende Diskussion. Das sind manchmal kleinräumige Effekte,

(*Antje Möller GAL*: Der soll ja gar nicht ausbleiben!)

von denen man durch Parametervariation verstehen möchte, wann uns dieses droht.

Dazu brauchen wir – wenn Sie mir den Schlenker zur letzten Diskussion gestatten – Naturwissenschaftler, die das ausrechnen. Nur durch Nachdenken können wir das nicht lösen. Der neue Rechner muss also entsprechend schnell sein, um in angemessener Zeit zu einem Ergebnis zu kommen.

(*Uwe Grund SPD*: Der ist doch schon bezahlt, der Rechner!)

200 TeraFLOPS sind uns genannt worden – Floating Point Operations, das ist ein Fachbegriff aus der Informatik. Bei einem Auto sind nicht nur die PS entscheidend, sondern auch die Form, das Gewicht, der Antrieb und die Bremsen. So ist für einen Rechner nicht nur die Rechengeschwindigkeit in TeraFLOPS wichtig, sondern auch die Architektur, die Speichergröße, die Speicherkonfiguration und die Zugriffsgeschwindigkeit.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Die Ergebnisse der Rechenläufe sind so wertvoll, dass sie der wissenschaftlichen Gemeinschaft verfügbar gemacht werden sollen. Deshalb müssen auch viele Teil- und Zwischenergebnisse dauerhaft gespeichert werden. Das erhöht den Speicherbedarf in der Peripherie und die Größe der Archive. Ein Sattelschlepper hat auch viele PS, ist aber immer noch kein Porsche. Unser Porsche ist ein Spezialfahrzeug für schnelle Fahrten um die Erde oder im Fachjargon ein themenorientiertes Rechenzentrum – das zukünftig leistungsfähigste in Europa.

So ein Fahrzeug mit Hochleistungsmotor muss gekühlt werden. Viele werden aus den Käferzeiten noch die vehemente Diskussion um Luft- oder Wasserkühlung erinnern. Was machen wir nun bei unserem neuen Porsche? Wir machen beides: Er bekommt Luft- und Wasserkühlung zugleich.

Das alles muss in die Haustechnik integriert werden. Von den planenden und durchführenden Ingenieuren ist uns im Wissenschaftsausschuss versichert worden, dass alles durchdacht und optimiert wurde. Schließlich muss ein Klimaforschungszentrum auch mit einem guten Beispiel vorangehen.

Für den geplanten Rechner wird insgesamt ein Leistungsbedarf bis zu 5 Megawatt erwartet, wovon ein großer Teil die notwendige Kühlung ausmacht. – Soweit zu Ihrer Zwischenfrage, Herr Grund. – Das Haus muss im Hinblick auf später zu erwartende Rechnergenerationen sogar bis zu 8 Megawatt ausgelegt werden.

Der Rechner soll im Hause der bisherigen Physikalischen Chemie an der Bundesstraße 45/Ecke Papendamm untergebracht werden,

(Beifall bei *Manuel Sarrazin GAL*)

ganz in der Nähe des ZMAW und des MPI. Dieses Gebäude ist hierfür gut und wesentlich besser als der jetzige Standort im 15. Stock des Geomatikums geeignet. Das vorhandene Gebäude muss sich allerdings einer Asbestsanierung unterziehen und umfangreich umgebaut werden. Das hat seinen Preis.

Daher ein letztes Wort zu den Haushaltskollegen: Die Deckung der Kosten von 26 Millionen Euro sollen zur guten Hälfte aus Umschichtungen innerhalb des Haushaltstitels 3.2 der Wissenschaftsbehörde erfolgen und der Rest dann aus dem Titel 9.2 Allgemeine Rücklagen entnommen werden. Ich bitte um Annahme dieses Antrags.

(Beifall bei der CDU – *Uwe Grund SPD:* Eine relativ langsame Rede für so einen schnellen Rechner!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Marx.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Allgemeine Rücklagen haben wir nicht mehr so gern.)

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Maier, als oppositioneller Haushaltspolitiker glaube ich, dass wir beruhigt sein können. Bald ist die allgemeine Rücklage leer und kann dann auch nicht mehr zur Deckung verwandt werden.

Trotzdem möchte ich noch ein paar politische Dinge anführen, nachdem Herr Dr. Stehr sehr umfangreich den Inhalt der Drucksache und auch den Inhalt des zu errichtenden Gebäudes dargestellt hat, was ich in keiner Weise mehr ergänzen oder übertreffen kann.

Man sollte aber wissen, dass dieses Gebäude, die Physikalische Chemie, in den Jahren 2002 bis 2004 für das ZMAW, das Zentrum für Marine und Atmosphärische Wissenschaften, für das Institut für Hydrobiologie und Fischereiwissenschaft – verstreut in Altona mit maroden Gebäuden, beispielsweise in der Kaserne Bodenstedtstraße – und für das Institut für Biogeochemie, das Geomatikum einmal geplant war. Die Mittel waren in der Finanzplanung veranschlagt.

Aber dann gab es 2001 den Regierungswechsel. Die geplante Herrichtung fiel aus und die seinerzeit geplanten Mittel für die Physikalische Chemie wurden dann für die

Rückstellungen UNI-Masterplan in Höhe von 13,5 Millionen Euro – 10,8 Millionen Euro für den Bau und 2,7 Millionen Euro für die Ersteinrichtung – genutzt. Jetzt wird das Geld nicht mehr für die ZMAW verwendet, sondern für das Deutsche Klimarechenzentrum.

Aber noch zu erledigen bleibt die lange beschlossene ZMAW-Fertigstellung, die immer wieder verzögert worden ist. Vielleicht kann uns nachher der Senator hierauf eine Antwort geben. Für alle ZMAW-Baumaßnahmen war sogar einmal das Jahr 2003 als Endpunkt genannt worden.

Jetzt ist ein weiterer neuer Forschungsbau für die Klimaforschung geplant. Das ist sicherlich eine gute Sache. Aber uns als Abgeordnete bleibt etwas unklar, wie dieser Forschungsbau finanziert werden soll. Soll das wieder auf Kosten der ursprünglich geplanten Klimaforschungseinrichtung erfolgen oder was wird ersatzweise nun gestrichen?

Zu den klimapolitischen Fragen wird Herr Maaß sicherlich noch qualifizierter als ich Stellung nehmen. Trotzdem möchte ich Sie bitten, der Drucksache zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD – *Uwe Grund SPD:* Sehr angenehm die Rede!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Stehr, eigentlich wollten wir der Drucksache auch zustimmen, aber da Sie die Drucksache jetzt als Porsche bezeichnet haben, weiß ich nicht, ob ich dann nicht Ärger mit meiner Fraktion bekomme.

(Beifall bei der GAL – *Frank-Thorsten Schira CDU:* Es gab auch Fraktionskollegen, die fuhren Porsche!)

– Hier haben Sie recht. Das war aber weit vor meiner Zeit.

Die Klimaforschung in Hamburg zu stärken ist richtig und ist sicherlich etwas, worüber wir uns glücklicherweise alle einig sind. Das setzt einen Kurs fort – Herr Marx hat das soeben angedeutet –, der von Rotgrün mit der Gründung des ZMAW begonnen wurde, was sicherlich auch ein großer Schub für die Forschung im Bereich Klima war.

Es ist ein wichtiger Schritt und darf auch nicht der letzte sein. Viele weitere Schritte werden folgen müssen. Sie werden in dem Bereich des Klimawandels forschen müssen, das sich nicht nur allein mit der Klimaforschung beschäftigt, sondern auch mit den weiteren Säulen, nämlich mit Klimaschutztechnologien und Klimafolgenforschung.

Sicherlich wäre es falsch, jetzt hierzu große epische Ausführungen vorzunehmen. Aber wenn Sie über Klimawandel und -forschung in Hamburg sprechen, glaube ich schon, dass wir auch in diesen beiden anderen Säulen eine Stärkung der Forschungspolitik benötigen. Das betrifft zum einen das geplante Forschungspromotionskolleg "Energizing City", was sicherlich ein großer Schritt wäre, hier in Hamburg die Klimaschutzforschung voranzubringen. Das betrifft zum anderen aber auch einen Forschungsschwerpunkt im Bereich Erneuerbare Energien, wie wir ihn uns wünschen und wir der Meinung sind, dass wir auch in Hamburg ein Großforschungszentrum aus diesem Bereich benötigt wird. Ob dort der Anknüpfungspunkt das Zentrum für Nanotechnologie sein kann, wird sicherlich zu untersuchen sein. Wir benötigen aber auch eine Stärkung unserer Kompetenzen im Bereich Biomasse.

Das alles sind Punkte, bei denen wir ein richtiges Klima-Cluster voranbringen können und bei denen dieser Schritt, den wir heute beschließen wollen, nämlich die Klimaforschung zu stärken, ein sehr wichtiger Bereich ist. Hierbei dürfen diese anderen beiden Punkte aber nicht in Vergessenheit geraten. Insofern glauben wir auch nicht, dass diese Drucksache nun ein Porsche ist, sondern tatsächlich eine sehr klimafreundliche Geschichte. Daher bitten wir Sie, diesem schönen Hybridfahrzeug zuzustimmen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Dräger.

(*Jan Peter Riecken SPD*: Schön, Sie zu sehen!)

Senator Jörg Dräger:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie werden mich heute wohl noch häufiger hier erleben müssen, aber zumindest ist dieser Anlass ein sehr erfreulicher.

In Hamburg wird bald der leistungsfähigste Klimarechner Europas stehen. Das ist gut für den Klimaschutz, aber auch gut für den Wissenschaftsstandort Hamburg, denn hier wird ein anerkanntes Exzellenzzentrum weiter gestärkt.

Auch das bürgerschaftliche Verfahren zur Finanzierung dieses neuen Gebäudes, des Deutschen Klimarechenzentrums, ist für mich ein besonders gutes Beispiel dafür, wie Regierung und Opposition auch einmal an einem Strang ziehen.

So war es möglich, als der Bund sich entschieden hatte – das allerdings dauerte etwas – hier in Hamburg schnell zu handeln, den Wissenschafts- und den Haushaltsausschuss ohne Verzögerung zu befassen, bereits heute die Drucksache im Plenum zu behandeln und in einem Jahr dann hoffentlich den Rechner in Hamburg aufstellen zu können. Das ist ein gutes Ergebnis und hierfür von meiner Seite an Sie alle meinen ganz herzlichen Dank.

Wir alle wissen, dass wir in Sachen Klimaschutz und Klimaforschung keine Zeit verlieren dürfen. Wir müssen schnell und effektiv handeln. Daher ist es zu begrüßen, dass wir heute den finanziellen Startschuss für die Modernisierung des DKRZ-Gebäudes geben können, welches eine zentrale Aufgabe übernehmen wird, nämlich die Beherbergung des 33 Millionen Euro teuren Hochleistungsrechners.

Gerade weil wir in Hamburg in Konkurrenz zum Standort Jülich und auch Bremerhaven

(*Wolfhard Ploog CDU:* Da lachen wir doch!)

teilweise sogar ein Stück auf der Kippe standen und wir den Bund in jahrelangen Verhandlungen von der Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur in Hamburg überzeugen mussten, freue ich mich, dass wir uns jetzt auch so handlungsfähig zeigen und in sehr kurzer Zeit die gebäudliche Hülle für den Klimarechner schaffen.

(Beifall bei der CDU – *Uwe Grund SPD:* Wir freuen uns doch alle!)

Es hat sich gelohnt, für den Standort Hamburg zu kämpfen, und zwar in doppelter Hinsicht: Zum einen, weil wir mit dem neuen Klimarechner eine wichtige Forschungsinfrastruktur in Hamburg schaffen und zum anderen, weil wir hiermit einen wirklich interdisziplinären Klima-Campus errichten können. Das neue Gebäude für den Klimarechner steht an zentraler Stelle, und zwar in unmittelbarer Nähe des Max-Planck-Instituts für Meteorologie und zum Zentrum für Marine und Atmosphärische Wissenschaften, aber auch die Friedensforschung, die Ökonomie und die Sozialwissenschaften sind nicht weit entfernt. Hier entsteht eine wirklich in Deutschland und Europa einzigartige geballte interdisziplinäre Klimakompetenz, die sicherlich auch eine internationale Ausstrahlung haben wird.

Lassen Sie mich eine Bemerkung zum Gebäude selbst machen, das in den Ausschussberatungen auch eine Rolle gespielt hat. Es geht nicht nur um die Modernisierung der Physikalischen Chemie, sondern wir wollten auch ökologisch wegweisende Standards unter sehr schwierigen Rahmbedingungen setzen, denn leider sind es gerade die Klimarechner, so unverzichtbar sie auch sind, die einen sehr hohen Strom- und Kühlungsbedarf haben. Daher waren die Fragen der Nachhaltigkeit sehr wichtig, die hier im Zentrum der Diskussion standen. Wie können wir beispielsweise sinnvoll die Abwärme nutzen? Können wir freie Kühlung durch Außenluft ermöglichen und wie können wir das Regenwasser verwenden? Aber ich glaube, dass wir diese Fragen sehr gut gelöst haben.

Nun gilt es aber, die nächste Herausforderung zu meistern, denn mit unserem Klima-Cluster wollen wir bei der Exzellenzinitiative Mitte Oktober siegen. Der Klimarechner ist hierbei das Herzstück. Auf unserem alten Rechner wurde bereits der IPCC-Report gerechnet und jetzt sollen mit neuen Verfahren kommende Klimaveränderungen bis auf kleine Regionen heruntergebrochen werden können. Das heißt, man kann beantworten, wie in Hamburg oder an der Nordseeküste dann die Klimaveränderungen wirken. Das ist nirgendwo anders möglich. Hierfür ist das Geld gut investiert.

Um so mehr hoffen wir jetzt, dass unser Klima-Exzellenz-Cluster am Ende des laufenden Gutachter-Verfahrens erfolgreich sein wird und unsere Forscher, die aus meiner Sicht einen sehr überzeugenden Antrag eingereicht haben, sich ab dem nächsten Jahr über weitere, zahlreiche Unterstützungen freuen können.

Zumindest bei den Gutachtern hat es einen äußerst positiven Eindruck gemacht, dass die Forscher keinen Zweifel daran gelassen haben, dass sie dank dieses neuen Rechners eine herausragende Infrastruktur für ihre Forschung haben.

Das kommt nicht von ungefähr. Wir haben in Hamburg – und das hat schon zu rotgrüner Zeit begonnen – in den letzten Jahren knapp 90 Millionen Euro in die Klimaforschung investiert. Daran können wir sehen, dass sich Durchhaltevermögen, politische Prioritätensetzung und jahrelange Investitionen auszahlen, sodass wir jetzt ein solches internationales Zentrum werden können.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich, dass in Sachen Klima alle an einem Strang ziehen und dass wir mit dem neuen Klima-Campus eine Perspektive erhalten, die uns in Hamburg eine für Jahre umfassende Erkenntnis zur Auswirkung des Klimawandels berechnen lassen. Wir stehen geschlossen hinter unserer Klimaforschung, sowohl inhaltlich, als auch – wenn Sie alle dem zustimmen – finanziell. Wir dokumentieren hiermit, dass wir in Hamburg zum Klimawandel nicht nur reden, sondern auch handeln. Hierfür bin ich sehr dankbar. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Punkt 9 der Tagesordnung, Drs. 18/6908, Senatsmitteilung: E-Government-Strategiebericht 2007/2008.

[Senatsmitteilung:
E-Government-Strategiebericht
2007/2008
– Drs. 18/6908 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Niedmers.

Ralf Niedmers CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zu einem Thema, bei dem Hamburg dank des CDU-geführten Senats bereits seit Jahren eine Spitzenstellung in der Bundesrepublik Deutschland einnimmt.

(*Michael Neumann SPD:* Und warum redet von der CDU die zweite Garnitur?)

E-Government ist eine der größten Herausforderungen der modernen Verwaltung und nimmt im Zuge der heutigen Verwaltungsmodernisierung eine immer zentralere Rolle ein. Die oberste Prämisse bei der Planung und Umsetzung von E-Government-Strategien muss hierbei die Dienstleistung am Bürger sein. Der Bürger allein soll zukünftig die Möglichkeit haben, sich frei zu entscheiden, ob er lieber die persönliche Beratung des Sachbearbeiters im Kundencenter des Bezirksamts in Anspruch nehmen oder alternativ schnell und unkompliziert online mit der Verwaltung kommunizieren möchte, um bei Bedarf Behördengänge auf virtuellem Wege vom Rechner zuhause über das Internet zu erledigen.

Hamburg ist auf diesem Sektor hervorragend aufgestellt und ist mit seinen E-Government-Strategien federführend und beispielgebend in der ganzen Republik. Unser Know-how ist weit über die Landesgrenzen hinaus anerkannt und sehr gefragt. Im Rahmen von "Deutschland-Online" ist die Hansestadt in zahlreichen Projekten eingebunden und übernimmt dort wichtige Führungs- und Planungsaufgaben, beispielsweise bei der Reform des Kfz-An- und Abmeldewesens.

Hamburg weiß, wie es gemacht wird. In keinem anderen Bundesland sind Bürger, Verwaltung und Wirtschaft derart eng miteinander vernetzt.

(*Manuel Sarrazin GAL:* Wie meinen Sie das?)

Nirgendwo sonst in Deutschland kann der Bürger so viele Behördengänge schnell und unkompliziert von zuhause aus erledigen, die auf konventionellem Wege oft zeitintensiv und lästig sind.

So können wir in Hamburg bereits heute via Internet beispielsweise Melderegister-, Handelsregister- oder Vereinsregisterauskünfte einholen, unsere Steuererklärung abgeben, die Lohnsteuerkarte anfordern oder unser Kfz-Wunschkennzeichen reservieren. Ein neues Online-Melderegisterverfahren ist ebenfalls bereits in der Planung.

E-Government bietet also die Möglichkeiten, die von immer mehr Bürgern geschätzt und genutzt werden. Es schafft eine Win-win-Situation. Alle Beteiligten sparen Zeit, Wege und Geld.

(*Michael Neumann SPD:* Sparen Sie Redezeit!)

Hamburg ist – wie ich bereits erwähnte – Spitzenreiter in diesem Bereich und wurde bereits mehrfach für seine E-Government-Projekte prämiert und ausgezeichnet.

So erhielt Hamburg für das Projekt E-Government in der Metropolregion Hamburg neben vielen weiteren Preisen bereits zweimal auf der CeBIT den ersten Preis im Wettbewerb E-Government in der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung. Das ist wirklich spitze.

(Beifall bei der CDU)

Eine solche Erfolgsgeschichte kommt allerdings nicht von ungefähr.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Welche Erfolgsgeschichte?)

Bereits im Juni 2002 hat der CDU-geführte Senat die Zeichen der Zeit erkannt und als erstes Bundesland einen sogenannten Aktionsfahrplan E-Government vorgelegt sowie beschlossen und damit die Weichen für die moderne und erfolgreiche Hamburger Online-Verwaltung gestellt. Dieser Fahrplan wird jährlich vom CDU-Senat aktualisiert, neu aufgelegt und konsequent abgearbeitet.

(*Michael Neumann SPD*: Und entschlossen!)

Auch der aktuelle E-Government-Strategiebericht 2007/2008 zeichnet Hamburgs Weg einer modernen und kundenorientierten Verwaltung konsequent fort. Dort sind gut 290 IT-gestützte Verfahren beschrieben. Ich möchte dieses exemplarisch an drei Projekten verdeutlichen.

Hamburg hat bundesweit die erste und einzige Online-Wache. Diese bietet dem Bürger den schnellen Kontakt zur Polizei. So können Anzeigen über das Internet erstattet und direkt an das örtliche dafür zuständige Polizeikommissariat übermittelt werden. Dort schließt sich dann unmittelbar die polizeiliche Sachbearbeitung an. Die Online-Wache beschleunigt somit den Informationsaustausch zwischen Bürger und Polizei erheblich und die Bearbeitungsprozesse werden vereinfacht und effizienter. Dieser Service wird künftig auch für Firmen möglich sein, die dann online Anzeigen, beispielsweise bei einem Ladendiebstahl, aufgeben können.

Als zweites Projekt sei das Projekt Stadtplanung im Netz genannt, das derzeit in Eimsbüttel als Pilotprojekt läuft. Auf der Website "stadtplanung.hamburg.de" werden alle festgestellten und künftig in Verfahren befindlichen B-Pläne online zur Verfügung gestellt. Bürger und Unternehmen können auf diesem Wege einfach und bequem alle Informationen über das Internet erhalten.

In einem nächsten Schritt wird dann ein Online-Beteiligungsmodul entwickelt. Das ist ebenfalls eine bahnbrechende Entwicklung. Hiermit wird die gesamte formelle Beteiligung am B-Planverfahren erstmals durchgängig über das Internet möglich sein. Der Gang zum Bezirksamt wird dann auch in diesem Verfahren überflüssig.

Als dritten Punkt möchte ich hier schlaglichtartig das Online-Angebot für die Hamburger Wirtschaft nennen. Auch die Hamburger Wirtschaft soll zukünftig noch mehr als bisher von den Vorteilen, die das E-Government bietet, partizipieren können. So wurde bereits im März dieses Jahres ein neues Service-Angebot für Unternehmen geschaffen, und zwar der E-Governmen-Katalog für die Wirtschaft. 54 Online-Dienste der Hamburger Verwaltung werden darin den Firmen in Hamburg unter der Rubrik Metropolregion vorgestellt. Somit wird ein schneller und unkomplizierter elektronischer Zugang zur Hamburger Verwaltung ermöglicht.

Dieser Katalog ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit der Hamburger Verwaltung und der Handelskammer im Bereich E-Government. Im Rahmen dieser Kooperation stehen über die bereits angebotenen Online-Dienstleistungen hinaus weitere konkrete Anwenderbedarfe der Unternehmen und ihrer Schnittstellen zur Verfügung.

Ziel ist es, Verwaltungsabläufe zu modernisieren und zu optimieren sowie weitere passgenaue E-Government-Lösungen zu entwickeln. So können zukünftig beispielsweise Gewerbeanmeldungen problemlos online erfolgen oder ein digitales Baugenehmigungsverfahren kann ebenfalls geschaffen werden.

Wir können zusammenfassend feststellen: Hamburg hat bereits heute seine Hausaufgaben bestens erledigt und ist für die zukünftigen Aufgaben, Fragestellungen und auch Herausforderungen auf dem Sektor E-Government optimal gerüstet.

Ein ganz herzliches Dankeschön gilt an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das ist mal was Gutes, was Sie sagen!)

die erstklassig diesen Fahrplan auch umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Mit einem modernen und leistungsstarken E-Government, das ein wesentlicher und bedeutender Faktor im Wettbewerb der Städte und Regionen ist, werden wir unseren Wirtschaftsstandort und die wachsende Stadt weiter stärken sowie zukünftig noch attraktiver machen.

In diesem Sinne kann ich Ihnen mitteilen, dass die CDU-Fraktion dem Überweisungsantrag an den Haushaltsausschuss zustimmen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Gute Rede!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Riecken.

Jan Peter Riecken SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Niedmers, ich schätze Sie sehr, das wissen Sie, aber ich möchte Ihnen einen Tipp unter Kollegen geben. Sie müssen als Mitglied der Regierungsfraktion Ihre kritische Meinung nicht vor Sitzungsbeginn im Bürgermeisteramtszimmer abgeben, denn nicht alles, was dieser Senat vorlegt, hat Hand und Fuß.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD:* Richtig, jawohl!)

Und diese Drucksache hat sehr viele Lücken.

Nach Studium der Senatsmitteilung war meine erste Auffassung, was das eigentlich soll. Diese Drucksache ist eine merkwürdige Mischung aus Hilflosigkeit und Selbstbeweihräucherung, dass man sich fragen muss: Was ist der Sinn, der politische Zweck hiervon?

Ich bin aber trotzdem dem Senat dankbar, dass er das Thema E-Government auf die Tagesordnung gebracht hat, denn es gibt Anlass zu Diskussionen, die wir dann im Haushaltsausschuss durchführen können, was ich sehr begrüße.

Was die Drucksache nicht liefert, ist eine Strategie,

(Beifall bei *Katja Husen GAL*)

obwohl diese Drucksache E-Government-Strategiebericht heißt. Hier hilft ein Blick in den Duden, um festzustellen, was Strategie eigentlich bedeutet, nämlich ein genauer Plan des eigenen Vorgehens, der dazu dient, beispielsweise ein politisches Ziel unter anderem zu erreichen, indem man diejenigen Faktoren, die in die eigene Aktion hineinspielen können, von vornherein versucht einzukalkulieren. Und hier zeigt sich, dass diese Drucksache ein einziger Lückentext ist.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Richtig! – Beifall bei der SPD)

Auf Seite 2 schreibt der Senat, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie Interessierte aufgefordert sind, sich am Prozess der Strategiefindung zu beteiligen.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Zu recht!)

Hier fragt man sich doch: Wenn das ein Strategiebericht ist, warum muss man dann die Strategie erst finden? Es zeigt sich, dass die zuständige Stabsstelle, die 2005 extra hierzu eingeführt wurde, einfach nur plan- und orientierungslos handelt.

Aber es lohnt sich trotzdem, einige Detailbetrachtungen anzustellen, beispielsweise über die Ziele. Der Senat erkennt, dass E-Government und IT-Einsatz Standortfaktoren sind, und zwar Standortfaktoren innerhalb Deutschlands, aber auch weltweit. Ziel ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und damit die Erreichung von besseren Arbeits- und Lebensbedingungen. Hier stimmt die SPD zu, denn das ist auch ziemlich banal.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Ach so!)

Aber dieses Ziel ist so diffus, dass Sie keine Strategie entwickeln können. Hamburg benötigt konkrete Ziele und hilfsweise Meilensteine, um die Zielerreichung überhaupt erkennen zu können.

Sie fordern in der Drucksache eine Neugestaltung von Regierungs- und Verwaltungshandeln unter intensiver Nutzung von IT. Sie fordern Zielgruppenorientierung, Prozessorganisation und Standardisierung. Die SPD steht an Ihrer Seite. Nur Sie sind am Drücker, warum handeln Sie nicht endlich?

(Beifall bei der SPD und bei *Katja Husen GAL*)

Sie bringen jede Menge Beispiele und Herr Niedmers war sich nicht zu schade, alle diese auch zu nennen, wie beispielsweise die einheitliche Behördenrufnummer oder das Handelsregister. Wir finden diese Beispiele gelungen. Es sind Einzelprojekte und Sie schreiben selbst in Ihrer Drucksache, dass Einzelprojekte nicht mehr helfen.

Was uns wundert, ist Ihr mangelnder Ehrgeiz bei Projekten, wie beispielsweise die Stellenausschreibung mit Online-Bewerbung. Hierbei geben Sie einen langfristigen Zeitraum an. Langfristig ist bei Ihnen selbst über zwei Jahre. Gleichzeitig beklagen Sie den Mangel an IT-Fachkräften. Wenn Sie nicht einmal die Stellenausschreibung hinbekommen, wie sollen sich dann die Fachkräfte melden?

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen kommt 2009 der neue Personalausweis mit einer integrierten PIN. Sie schreiben kein Wort darüber, obwohl das endlich der Durchbruch ist, der Durchbruch für die Bürgerinnen und Bürger, die sich hiermit online legitimieren können und nicht mehr persönlich erscheinen müssen. Wie stellt sich die Hamburger Verwaltung darauf ein, beispielsweise im Meldewesen bei Ummeldung oder Neuanmeldung? Welche Behördengänge, bei denen man persönlich erscheinen muss, fallen ganz weg? Hierauf gibt es von Ihnen keine Antwort und keine einzige Zeile dazu.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Schlimm!)

Was uns außerdem fehlt, sind die harten Fakten.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Aha, jetzt kommt's!)

Wie sehen Ihre konkreten Ziele aus? Wie viele Ressourcen an Mitarbeitern und Finanzen haben Sie vorgesehen, um Ihre Ziele zu erreichen? Wie sieht der konkrete Zeitplan aus? Und vor allen Dingen, woran messen Sie den Erfolg Ihrer Maßnahmen?

Fazit: Bildlich gesprochen, benötigt Hamburg einen leistungsfähigen Transporter, der zuverlässig und solide mit dem Problem beladen werden kann, der dann sein Ziel erreicht, vielleicht einen VW, denn das würde reichen. Und wenn Sie auf der Höhe der Zeit sein wollen, dann hat er sogar noch einen Hybridantrieb. Aber Sie stellen keinen Transporter vor, sondern nur die Radkappen. Das sieht zwar gut aus, aber das nützt gar nichts. Was Sie machen, ist zu wenig, zu unkonkret und zu spät. Trotzdem helfen wir Ihnen gern und stimmen daher einer Überweisung an den Haushaltsausschuss zu, denn ich bin der Meinung, dass wir gemeinsam den Zielen näherkommen und diese auch erreichen werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Husen.

Katja Husen GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist tatsächlich so – Herr Riecken hat das soeben angesprochen –, dass in der Drucksache bereits ziemlich am Anfang erwähnt wird, dass man 2008 die Strategie weiter konkretisieren wolle. Nun ist 2008 nicht mehr allzu weit hin und wenn man sich die Drucksache

durchliest, fragt man sich ganz ehrlich, warum Sie nicht bis 2008 gewartet haben, um dann hoffentlich konkretisiert diesen Strategiebericht vorzulegen.

Wir beschäftigen uns also mit der Drucksache, die Sie uns jetzt vorgelegt haben. Es ist eine Sammlung − Herr Riecken nannte es bereits – von Einzelprojekten, zusammengefasst von einer Klammer aus allerschönsten IT-Berater-Sprech, also wirklich wunderbar. Hierin ist beispielsweise der Veränderungsmanager, der in den Firmen Change Manager heißt, mit enthalten. Überhaupt läuft alles nur über das Management. Das Problem ist einfach nur, dass das, was mit diesem Berater-Sprech sozusagen beschrieben wird, alles ganz schön platt ist. Platt im Sinne, dass das alles Beispiele für gutes Regieren und gutes Verwaltungshandeln sind, von denen ich persönlich angenommen hätte, dass Sie das schon lange durchführen. Sie schreiben jetzt in eine E-Government-Drucksache beispielsweise hinein, dass es vorteilhaft ist, wenn die Verwaltung Zielgruppen definiert und möglichst viele Zugänge zu sich eröffnet. Meinen Sie das im Ernst? Ist das tatsächlich ein Teil Ihrer jetzt ach so neuen Strategie? Außerdem wollen Sie Prozessoptimierung betreiben? Prozessoptimierung im Jahre 2007, das ist ja ganz was Neues.

Interessant wird die Drucksache eigentlich nur dort, wo sie Lücken hat.

(*Jan Peter Riecken SPD*: Da sind ja viele!)

− Genau, hier stimme ich dem SPD-Kollegen zu.

Interessant ist die Drucksache auch dort, wo sie in ihrem Strategiedenken tatsächlich fast schon ein bisschen größenwahnsinnig wird. Hierzu möchte ich Ihnen einen Satz aus der Drucksache vorlesen, ich zitiere:

> "Eine strategische Neuausrichtung von E-Government ist erforderlich, da sonst der IT-Einsatz in Staat und Gesellschaft ungesteuert abläuft und dem Zufall überlassen bleibt."

Da stellt sich natürlich die Frage, ob Sie mit "ungesteuert ablaufen und dem Zufall überlassen bleiben" solche Projekte meinen wie "Web 2.0", Plattformen wie "YouTube" und "Flickr", Kommunikationsnetzwerke wie "StudiVZ" oder "OpenBC", jetzt "Crossing" und ob das Beispiel positiver staatlicher Steuerung vielleicht die bisher nicht eingeführte Gesundheitskarte sein könnte. Wenn das nämlich so ist, dann kann man Ihnen nur vorwerfen, dass Sie ein völlig falsches Verständnis davon haben, wie sich IT-Kommunikations- und IuK-Strukturen zukünftig entwickeln werden.

Die Drucksache äußert sich fast gar nicht zum Datenschutz, der notwendigerweise natürlich in jeder IT-Strategieplanung auftauchen muss. Sie schreiben, dass Daten allgegenwärtig zur Verfügung stehen werden. Dann müssen Sie ein Konzept dafür entwickeln, wie diese Daten im Zweifelsfall gesichert werden, obwohl die Bevölkerung, mit der Sie zu tun haben, bereit ist, ihre Daten relativ offen herzugeben. Das heißt, Sie müssen unter Umständen versuchen, eine Datensicherung quasi nicht gegen den Willen der Bevölkerung, aber zumindest gegen deren erklärtes Ziel durchzusetzen. Das wird ein riesiges Problem werden. Die Menschen haben in Bezug auf Daten, die man nicht sehen kann, überhaupt kein ausgereiftes Problembewusstsein. Dazu sagen Sie in Ihrer Drucksache überhaupt nichts.

Wozu Sie sich in Ihrer Drucksache auch nicht äußern, ist die Frage, ob Sie die Zugänge zur Bevölkerung zukünftig auf jeden Fall technisch sicherstellen werden. Es bringt nämlich überhaupt nichts, wenn Sie den Zugang allein über Windows-Systeme feststellen. Erstens haben Sie dann wieder ein Datenschutzproblem und zweitens werden Sie immer Leute haben, die diese Systeme aus Datenschutzgründen nicht benutzen und dann unter Umständen von diesem Kommunikationszugang zur Verwaltung abgehängt sind.

Sie schreiben etwas zum digitalen Wahlstift. Ich muss doch noch einmal auf etwas hinweisen, was mein Kollege Herr Müller in letzter Zeit immer wieder gesagt hat. Wenn Sie tatsächlich das Vertrauen der Bevölkerung in solche neuen E-Government-Formen stärken wollen, dann müssen Sie am Anfang zum Beispiel mit einer analogen Handauszählung der Stimmzettel dafür sorgen, dass dieses Vertrauen wirklich hergestellt werden kann. Sie können kein neues Verfahren implementieren und dann behaupten, das wäre alles super, bloß weil das in Ihrer Drucksache steht.

Ein letzter Punkt, zu dem Sie sich gar nicht äußern – wir hatten das Thema schon im Ausschuss, Frau Dräger war da eine Mitstreiterin –, ist "hamburg.de". Dazu findet sich außer einem Satz, dass es ein wichtiges Instrument ist, mit Kunden zu kommunizieren, lediglich die Aussage, es sei die Visitenkarte der Stadt. Sie äußern sich nicht dazu, was mit "hamburg.de" passieren wird, Sie äußern sich nicht dazu, ob Sie "hamburg.de" tatsächlich dazu benutzen werden, es mit "Web 2.0" zu verknüpfen. "Web 2.0" taucht bei Ihnen nur im Wissenschaftsbereich auf. Das ist eine Verkürzung dieses Konzepts. "Web 2.0" ist die Möglichkeit, dass sich Menschen miteinander austauschen, ohne eine Hierarchieebene darüber zu haben, die das steuert. Das heißt, Ihre Form von Bürgerbeteiligung mit zweiwöchigen Diskussionsforen, die irgendwie aufgemacht, zugemacht, ausgewertet und anschließend ein bisschen transparent dokumentiert werden, ist altbacken im Vergleich zu dem, was "Web 2.0" Ihnen an Möglichkeiten geben würde, die Bevölkerung in IT- und E-Government-Prozessen, die die Verwaltung vorhat, einzubinden. Es gäbe zum Beispiel die Möglichkeit, auf jeder Seite, die die Verwaltung anbietet, durch ein Punkteverfahren von eins bis fünf zu kommentieren, ob man mit den Leistungen zufrieden ist. Man könnte zum Beispiel kommentieren, ob man mit den Touristikangeboten zufrieden war, damit andere User sehen, was Leute von den Angeboten, die sie schon in Anspruch genommen haben, halten. Solche Möglichkeiten nutzen Sie überhaupt nicht. Ich weiß nicht, ob Sie daran nicht gedacht haben oder ob Sie davor Angst haben, was dabei herauskommen könnte. Sie bleiben hinter dem stehen, was wir mittlerweile schon im IuK-Unterausschuss diskutiert haben. Das fällt sogar noch hinter Ihre Aktionsfahrpläne zurück, weil es viel behauptet, was es nicht einhalten kann. Ich bin gespannt, wie Sie das im Ausschuss konkretisieren wollen. Deshalb freue ich mich sehr über Ihre Überweisung an den Ausschuss. Eine Strategie im Sinne von einem Wandel ist nicht zu erkennen. Sie reden teilweise sogar vom demografischen Wandel im Jahre 2050, in der Drucksache steht noch nicht einmal etwas über das Jahr 2010.

> (Beifall bei der GAL und der SPD − *Jan Peter Riecken SPD:* Nicht einmal 2009!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für uns ist zunächst beruhigend, dass wir mit unserer E-Government-Strategie bundesweit einen Preis nach dem anderen bekommen haben. Dass das der Opposition nicht passt, mag so sein, aber die Fachwelt zeichnet Hamburg aus. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Der SPD-Redner hat eben festgestellt, was ich durchaus als Kompliment empfinde: Nicht alles, was der Senat vorlegt, hat Hand und Fuß. Das heißt im Umkehrschluss, dass eine ganze Reihe unserer Sachen Hand und Fuß hat. Ich habe zu meinen Oppositionszeiten damals anders formuliert. Wir nehmen das einmal als Kompliment.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Sie können gern gegen Senatspolitik opponieren. Ich finde es aber nicht gut, Herr Riecken, wenn Sie der Stabsstelle E-Government, den sehr engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Verwaltung und ihrer tüchtigen Leiterin, die bundesweit hohe Anerkennung hat, Planungslosigkeit und Orientierungslosigkeit vorwerfen, wie Sie das eben gemacht haben.

(*Dr. Mathias Petersen SPD:* Ihnen hat man das vorgeworfen!)

Ich lasse nicht zu, dass Sie unsere Mitarbeiter beleidigen.

(Beifall bei der CDU)

Die haben nämlich eine tolle Arbeit geleistet, sie haben unsere E-Government-Strategie im Alltag umgesetzt und vorangebracht. Ich glaube auch, dass wir die konkreten Ergebnisse – der Kollege Niedmers hat es schon im Einzelnen dargelegt –, bundesweit sehr gut präsentieren können. Wir wollen bürgerfreundlicher werden,

(*Jan Peter Riecken SPD*: Das müssen Sie auch!)

wir wollen einfacher, besser und preisgünstiger werden. Dafür brauchen wir moderne Informationstechnologie. Genau darauf setzen wir. Wir arbeiten jetzt an einem Projekt "Lebenslage Umzug" für die Metropolregion Hamburg. Es wird für den Bürger mehr Service geben – egal, wohin er zieht, egal, wo er sich ummeldet. In den Dienststellen der Metropolregion wird die IT so ausgerichtet, dass Abmeldung, Ummeldung, Anmeldung überall abgewickelt werden kann. Bisher ist das sehr viel umständlicher und diesen konkreten Schritt bereiten wir jetzt vor.

Ein ähnliches Verfahren wollen wir deutschlandweit bei Kraftfahrzeug-Anmeldungen und -Ummeldungen einführen. Dafür sind wir Pilotland. Wir wollen das An- und Ummelden von Kraftfahrzeugen federführend bürgerfreundlicher gestalten.

Ein Projekt, das kommen wird, ist die deutschlandweit einheitliche Behördenrufnummer 115, die wir so schnell wie möglich realisieren wollen. Wir haben in Hamburg bereits als Vorläufer die Zentralnummer 428280, unter der die Bürger ihre Anliegen vortragen können. 60 Prozent der Anfragen werden dort bereits zentral, bürgerfreundlich und schnell bearbeitet und abgearbeitet.

Auch HamburgGateway ist eine Erfolgsstory. Wir haben über 125.000 aktuell registrierte Benutzer. In den letzten zwei Jahren waren hohe Steigerungsraten zu beobachten, beispielsweise kam es bei den angemeldeten Unternehmen zu einer Vervierfachung und bei den angemeldeten Mitarbeitern zu einer Verdoppelung.

Wir haben für die Bau- und Bauleitplanung das neue Projekt ProSIN aufgelegt. Wir bieten den Bürgern an, dass sie sich Bebauungspläne online anschauen und herunterladen können, statt sich umständlich Pläne zu kaufen, die viel Geld kosten und das Erfordernis mit sich bringen, zum Amt zu gehen.

Wir wollen weitergehen und haben ein Beteiligungsmodul für ProSIN für die Bauleitplanung vorsehen, sodass weitere Beteiligungsverfahren über das Internet möglich gemacht werden.

Wir haben mit Real Estate ein Investoren- und Immobilienportal, das sehr gut läuft, mit etwa 7.000 bis 8.000 Zugriffen.

(*Jan Peter Riecken SPD:* Sagen Sie doch mal etwas zu den Finanzen und Ressourcen!)

Die Online-Wache bedeutet auch ein Plus an Sicherheit, weil es die Sicherheit steigert, wenn man einen schnellen Kontakt zur Polizei hat.

Die elektronische Steuererklärung ELSTER ist ebenfalls ein Erfolgsmodell. Bereits heute melden 14 Prozent der Steuerpflichtigen ihre Steuererklärungen online an. Das ist eine Verdoppelung innerhalb von zwei Jahren. Das heißt zugleich, hier sind weitere Steigerungsraten möglich.

Wir sind mit der E-Government-Strategie auf einem hervorragenden Weg. Selbstverständlich laden wir alle Beteiligten ein – deshalb ist es gut, dass wir im Haushaltsausschuss darüber sprechen –, noch weitere Elemente mit hineinzunehmen. E-Government ist nie ein abgeschlossener Prozess und wir werden uns nie selbstzufrieden zurücklehnen. Aber das, was wir geschafft haben, ist bundesweit spitze und darüber freuen wir uns sehr.

Die gute Nachricht zum Schluss, meine Damen und Herren: In der letzten Woche wurde ein weiterer international anerkannter E-Government-Preis, der E-Europe Award, an das Projekt "Deutsche Verwaltungsdiensteverzeichnis" gegeben, an dem Hamburg maßgeblich beteiligt ist.

Erster Platz für unsere Stadt, das ist genau da, wo wir gern sind und wo wir auch weiter bleiben wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Husen.

Katja Husen GAL: Herr Senator, Sie haben eine ganz entscheidende Sache nicht verstanden.

(*Jan Peter Riecken SPD:* Der Senator versteht ja auch nichts!)

Herr Riecken und ich haben überhaupt nicht dagegen gesprochen, dass Sie die Projekte, die Sie der Bürgerschaft als Aktionsfahrpläne vorgestellt haben, hier noch einmal vorstellen, und dass die immer noch genauso gut sind wie damals und im IuK-Ausschuss von allen Fraktionen gleichermaßen positiv bewertet wurden. Was wir Ihnen vorwerfen, ist etwas ganz anders. Sie bezeichnen den Aktionsfahrplan plötzlich als Strategiebericht. Er ist aber nicht strategisch. Das mag Ihnen gar nicht auffallen, weil Sie vielleicht nicht strategisch denken.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Diesem E-Government-Strategie-Bericht fehlt jede Auseinandersetzung mit zukünftigen Problemen. Er beschäftigt sich nicht mit der sozialen Spaltung und wie man sie überwinden will. Das wären alles Fragen, die in einem E-Government-Strategie-Bericht, der angeblich mehr ist als die Auflistung von Projekten, beantwortet werden müssen. Genau vor dieser Beantwortung drücken Sie sich. Sie schreiben sogar in Ihren Strategiebericht hinein, dass Sie noch mehr vorlegen wollen. Jetzt schimpfen Sie Herrn Riecken und mich dafür, dass wir die Sätze aus dem Strategiebericht zitieren, die Ihnen nicht in den Kram gepasst oder die Sie vielleicht selbst übersehen haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6908 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. — Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 18 und 28, Drs. 18/6926 und 18/6973, Bericht des Wirtschaftsausschusses: Bundesratsinitiative für Mindestlohn und Wer arbeitet, verdient mehr – Hamburg startet eine Bundesratsinitiative für gesetzliche Mindestlöhne mit dem Antrag der SPD-Fraktion: Für einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland – Unterstützung der Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz.

[Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksachen 18/5641: Bundesratsinitiative für Mindestlohn (Antrag der GAL-Fraktion) und 18/5644: Wer arbeitet, verdient mehr – Hamburg startet eine Bundesratsinitiative für gesetzliche Mindestlöhne (Antrag der SPD-Fraktion) – Drs. 18/6926 –]

zusammen mit

[Antrag der Fraktion der SPD: Für einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland – Unterstützung der Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz – Drs. 18/6973 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Meine Damen und Herren! Das Thema Niedriglöhne und Mindestlöhne hat nach meiner Ansicht drei Dimensionen. Es geht erstens um die sozialen Auswirkungen, zweitens um die wirtschaftlichen Folgen und drittens um die ethische Dimension. Ich will mich in aller Kürze, aufbauend auf der Beratung in den Ausschüssen, diesen drei Dimensionen des Themas noch einmal nähern.

Das erste Thema: Die soziale Dimension. Wir haben uns in den letzten Tagen mehrfach mit Niedriglöhnen befasst. In Deutschland sind 20 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten – also jede fünfte Vollzeitbeschäftigte und jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte, Männer wie Frauen – im Niedriglohnbereich gelandet. Das soll heißen, sie verdienen weniger als Zweidrittel des Durchschnittlohns in diesem Lande. Jede achte Person – man kann fast von einem Frauenthema sprechen, weil es überwiegend Frauen sind – verdient nur die Hälfte dessen, was ein Durchschnittseinkommen in diesem Lande beträgt. Da sprechen wir in Europa von Armutslöhnen.

Es ist unglaublich, aber es ist wahr, inzwischen ist es so, dass die Zahl der Niedriglöhne in Deutschland über dem EU-Schnitt liegt. Wir haben also eine dramatische Entwicklung. Es geht nicht um bedauernswerte Einzelfälle, über die wir auch schon gesprochen haben – Sie erinnern sich an die Diskussion über Beschäftigte im Hotelgewerbe und im Friseurhandwerk –, sondern wir haben eine dramatische Lohndrift nach unten. Für die Schwächsten in dieser Gesellschaft, vor allem also für die nicht Tarifgebundenen fallen die Löhne über viele Jahre hinweg schon ins Bodenlose. Das ist die reale wirtschaftliche Lage.

Das zweite Thema: Die wirtschaftliche Dimension. Die Reallöhne – Sie erinnern sich an die Debatte, die in den letzten Tagen durch die "Bild"-Zeitung stattgefunden hat – sind seit 1991 für die Beschäftigten in dieser Republik gefallen. Die Einkommen aus Gewinnen und aus Kapitalerträgen sind dagegen seit dem Jahre 2000 allein um 25 Prozent angestiegen. Hier klafft eine Schere auseinander und diese Schere kommt auch in Hamburg an.

(Beifall bei der SPD und bei *Jörg Lühmann GAL*)

Ich will noch einmal sagen, was die Niedriglohnentwicklung bedeutet. Wenn es jeder Fünfte ist, dann bedeutet das in Hamburg, dass wir 150.000 Hamburgerinnen und Hamburger haben, die Niedriglöhne beziehen, und dass wir 90.000 Menschen in dieser Stadt haben, die, obwohl sie Vollzeit beschäftigt sind, Armutslöhne haben.

(*Doris Mandel SPD:* Und zusätzlich Hartz IV!)

Inzwischen ist es allgemein anerkannt, dass die schwere wirtschaftliche Krise, in der wir in den letzten Jahren standen, vor allem mit dem Thema zu tun hat, wie sich der Arbeitsmarkt entwickelt hat, dass die schwache Binnennachfrage eine Rolle gespielt hat. Exportweltmeister waren und sind wir schon seit vielen Jahren. An der Binnennachfrage hat es gefehlt und dieses Problem schlägt durch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sicher ist, dass die wirtschaftlich Schwachen in diesem Lande – also die mit Niedriglöhnen oder mit Armutslöhnen – jeden Cent, den sie mehr bekommen, ausgeben und investieren. Das führt zu der Nachfrage, die gefehlt hat und die jetzt erst langsam wieder Belebung ins Geschäft bringt.

Es ist wirtschaftlich vernünftig, wenn ehrliche und solide Unternehmen davor geschützt werden, dass sie unfairen Wettbewerb nicht durchstehen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie daran Zweifel haben, gehen Sie in die hamburgische Bauwirtschaft. Vor wenigen Tagen hatte ich Gelegenheit, die Damen und Herren zu besuchen. Dort ist noch einmal betont worden, wie wichtig die Tariftreueerklärung ist, die wir neuerdings oder seit einiger Zeit durch einen Beschluss dieses Hauses herbeigeführt haben, wo nach dem hamburgischen Vergabegesetz verlangt wird, dass bei öffentlichen Auftragsvergaben Tariftreue erklärt wird. Daran kann man erkennen, dass solche Sicherungen in der Praxis wirken.

(Beifall bei der SPD und bei *Gudrun Köncke GAL*)

Wer stattdessen im Wettbewerb versucht, mit Dumpinglöhnen Vorteile zu erwirtschaften, der verdient nicht unsere Anerkennung als vermeintlich erfolgreicher Unternehmer, sondern unsere Verachtung. Es findet nämlich eine menschenverachtende Ausbeutung statt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Auch für die öffentliche Hand sind Mindestlöhne eine sinnvolle Entscheidung. Warum? Weil es inzwischen über 650.000 Menschen gibt, die, obwohl sie in dieser Republik vollzeitbeschäftigt sind, zusätzlich ergänzende Sozialhilfeleistungen beziehen müssen. Für Hamburg bedeutet das, dass etliche tausend Menschen aus den Sozialaufkommen zusätzlich unterstützt werden müssen, weil Vollzeitbeschäftigung Frau und Mann nicht ernähren.

Der Senat allerdings verweigert jede Aussage darüber, obwohl wir mehrfach nachgefasst haben, wie viele Hamburgerinnen und Hamburger zusätzliche Leistungen erhalten müssen. Wir bekommen diese Antwort nicht. Meine Vermutung ist, der Senat will es gar nicht so genau wissen, weil sonst öffentlich würde, wie drängend dieses Problem ist und wie günstig für die Stadt eine Mindestlohnentwicklung wäre.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es wird immer wieder behauptet – wir sind ja beim Thema wirtschaftliche Dimension –, Mindestlöhne würden Arbeitsplätze kosten. Ich möchte dazu folgende Bemerkung machen. Die Low Pay Commission – das ist in Großbritannien eine Kommission, die aus Arbeitgebervertretern, Gewerkschaftlern und Wissenschaftlern zusammengesetzt ist – hat in ihrem 5. Bericht im Jahre 2003 über die Frage der Folgen der Mindestlohnentwicklung in Großbritannien Aussagen getroffen. Ich zitiere:

> "Der nationale gesetzliche Mindestlohn hat Vorteile für über ein Million Niedriglohnbezieher gebracht. Seine Wirkung ist ohne einen spürbaren negativen Einfluss auf die Wirtschaft und die Beschäftigung geblieben. Der Mindestlohn wurde angewandt und ohne größere Probleme, (…) obwohl er für einige Wirtschaftsbereiche eine Herausforderung war. Er ist deshalb keine Quelle von öffentlichen Auseinandersetzungen mehr, sondern ein akzeptierter Teil des Arbeitslebens geworden."

Soweit die Erfahrungen in Großbritannien. Wer diese Erfahrungen ignoriert, dem geht es in Wahrheit nicht darum, sich politisch auseinanderzusetzen, sondern der will sich drücken. Die CDU und der Senat in Hamburg wollen sich drücken.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GAL*)

Noch eine Bemerkung zum Thema Tarifautonomie. Es wird immer gesagt, wir wollen nicht in die Tarifautonomie eingreifen. Dieses ist ein Scheinargument, weil es in sehr vielen der angedeuteten Branchen, um die es geht, keineswegs Tarifautonomie gibt. Es gibt in sehr vielen dieser Branchen keine Tarifbindung, es gibt keine Tarifverträge, es gibt keine gewerkschaftlichen Grundlagen, es gibt keine Tarifmacht. Wer dann auf die Autonomie verweist, der täuscht die Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Außerdem sind drei Punkte relevant.

Erstens: Die Tarifparteien behalten den Vorrang auch in dieser Debatte über den Mindestlohn.

Zweitens: Die Tarifparteien werden am Mindestlohnverfahren unmittelbar, und zwar sehr maßgeblich beteiligt.

Drittens: Alle internationalen Erfahrungen belegen, dass es jenseits des Mindestlohns eine sehr gut funktionierende lebendige Tarifgestaltung gibt.

Es ist also keineswegs so, dass ein Eingriff in die Tarifautonomie stattfindet, die unerträglich wäre.

Das letzte Thema: Die ethische Dimension.

Erstens: Wenn in einem reichen Land, speziell in einer so wohlhabenden Stadt wie Hamburg, das Einkommen, das man aus Vollzeitarbeit bezieht, nicht mehr zum Überleben ausreicht, dann ist dieses keine x-beliebige Frage, über die man zur Tagesordnung übergehen darf. Deshalb sagen wir, wenn wir das zulassen, dann wird das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen – nicht nur der Betroffenen, sondern der Menschen im ganzen Lande – zutiefst verletzt.

Zweitens: Es droht, die soziale Balance in diesem Lande zu zerbrechen und auseinanderzudriften.

Drittens: Die Würde des Menschen – das ist ein Verfassungsgrundsatz – wird mit Füßen getreten. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD und bei *Gudrun Köncke GAL*)

Gestatten Sie, dass ich an die richtigen Worte von Gräfin Dönhoff, Ehrenbürgerin unserer Stadt, erinnere. Sie hat bei anderer Gelegenheit öffentlich gesagt, sie sei der Auffassung, dass eine Marktwirtschaft, ein reiner Kapitalismus, ethische Regeln benötige. Wenn die nicht vorliegen, dann führt der knallharte Kapitalismus zu Kannibalismus.

Nur das gewählte Parlament, also wir, sind in der Lage, das Geschacher um Hungerlöhne endlich zu beenden. Es ist überfällig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es ließe sich noch sehr viel zu dem Thema sagen. Man kann es aber auch in zwei Sätzen ausdrücken.

Wir schulden den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande ein Versprechen. Das Versprechen heißt: Wer ehrlich und hart arbeitet, der muss von dem Lohn leben können. Deshalb muss der Mindestlohn her, und zwar so schnell wie irgend möglich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Verfahren Sie deshalb nicht nach dem Prinzip "ttv", tarnen, täuschen und verpieseln, und verweisen auf andere Zuständigkeiten. Es geht um Hamburgerinnen und Hamburger, die hier leben und unter solchen Bedingungen leiden. Deshalb haben Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der SDP und vereinzelt bei der GAL)

Unterstützen Sie die Gesetzesinitiative beim Bundesrat von Rheinland-Pfalz. Es ist aller Ehren wert.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lemke.

(*Erhard Pumm SPD:* Was jetzt wohl kommt!)

Dittmar Lemke CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Grund, am 15. November 1918, in schwieriger Zeit, gab es in Deutschland etwas zu feiern. An diesem Tage schlossen die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften ein Abkommen, mit dem sie sich gegenseitig anerkannten. Sie vereinbarten den Abschluss von Kollektivvereinbarungen und die Einrichtung von Schlichtungsstellen. Das war die Geburtsstunde des heutigen Tarifsystems. An diesen Tag sollten wir heute noch einmal denken.

Nach 100 Jahren möchte nun die SPD das gemeinsame Kind der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände zu Grabe tragen und durch den staatlich geregelten Mindestlohn ersetzen.

(*Petra Brinkmann SPD:* Er hat es doch gerade erklärt! Ist Ihnen das aufgeschrieben worden? Sie sollten zuhören!)

Das ist der Einstieg in die Planwirtschaft.

(Zurufe von der SPD)

Die CDU muss diesen Antrag aus sozialer Verantwortung ablehnen.

(Zurufe und Heiterkeit von der SPD)

Es ist unwidersprochen, dass es Dumpinglöhne und Billiglohnkonkurrenz gibt. Man darf an dieser Stelle auch nichts beschönigen und man darf die Realität nicht außer Acht lassen.

(Zurufe von der SPD)

– Sie können gleich nach vorne kommen und das hier von sich geben.

Eine vernünftige Wirtschaftspolitik muss sich aber an realen Verhältnissen orientieren und nicht an Wunschbildern. Deswegen stellt sich die Frage, welche Konsequenzen wir aus dieser Situation zur Analyse ziehen.

Ich möchte einige Probleme des geforderten Mindestlohns darstellen. An diesem Punkt muss ich Herrn Grund widersprechen. Man muss ganz klar feststellen, dass durch Mindestlohn kein einziger Arbeitsplatz geschaffen wird. Im Gegenteil. Es werden dadurch Arbeitsplätze wegfallen.

(*Gesine Dräger SPD*: Wohin? – *Dr. Monika Schaal SPD*: Sind Sie davon überzeugt?)

Das muss man den Wählern klar sagen, wenn man für einen Mindestlohn Werbung macht. Ehrlichkeit im politischen Geschäft erfordert, den Wählern zu sagen, dass ein geforderter Mindestlohn Arbeitsplätze kosten wird.

(*Doris Mandel SPD*: Wie in England!)

Wer soll diese Mindestlöhne festsetzen oder berechnen? Sollen das Sachverständige sein oder Funktionäre, die noch nie erfahren haben, wie es ist, wenn man um den eigenen Arbeitsplatz bangt? Ich kann mir das sehr schwer vorstellen.

(*Erhard Pumm SPD:* Reisen Sie doch mal durch Europa!)

Dann stellt sich die Frage, wie hoch ein Mindestlohn sein soll. Der DGB fordert 7,50 Euro, der Wirtschaftsweise, Herr Bofinger, fordert 4,50 Euro, Herr Lafontaine fordert 8,00 Euro. An dieser Stelle habe ich eine gruselige Vision, die mich nachts nicht schlafen lässt. Das ist nämlich die Vision von Parteien, die sich im Wahlkampf mit Mindestlohnforderungen überbieten. Es ist kein Zufall, dass der schlimmste Populist in Deutschland, Herr Lafontaine, jetzt schon von allen Politikern den höchsten Mindestlohn fordert.

Eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik kennt keine Mindestlöhne.

(*Uwe Grund SPD*: Genau!)

In Deutschland tragen die Gewerkschaften zusammen mit den Arbeitgebern die Verantwortung für die Lohnfindung.

Gucken Sie sich das doch an. Es gibt eine ganze Reihe von Tarifverträgen, die jetzt schon Mindestlöhne vorsehen. Zum Beispiel ist das im Bauhauptgewerbe, im Dachdeckerhandwerk und bei den Malern ganz vernünftig in Tarifverträgen geregelt. Wir sind der Meinung, dass das auch so sein soll.

(*Wilfried Buss SPD:* Keine Ahnung von der Welt!)

Welche Strategien kann man gegen derart niedrige Löhne entwickeln? Wir müssen zusammen Instrumentarien entwickeln, die mit unserer Wirtschaftsordnung, die jetzt noch keine Planwirtschaft ist, im Einklang stehen. Solche Instrumentarien sind zum Beispiel das Entsendegesetz, Tarifabschlüsse und natürlich Maßnahmen der Wirtschaftsverbände und der Kammern. Vertrauenssiegel und Ähnliches sind Maßnahmen, die mit unserer Wirtschaftsordnung im Einklang stehen. Der Schlüssel zu besseren Arbeitsbedingungen sind natürlich auch das Wirtschaftswachstum und die Produktivitätszunahme. Wenn wir dieses weiterhin erfüllen können, dann wird der Arbeitsmarkt auch mehr Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung bilden. Aber wenn Stagnation vorliegt, dann steigt natürlich der Druck auf die Löhne. Insofern könnten die von der Opposition vorgeschlagenen Eingriffe in die Wirtschaft im Ergebnis sogar zu schlechteren Arbeitsbedingungen führen als vorher.

(*Karin Timmermann SPD:* Das ist ja nicht auszuhalten!

Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass durch Mindestlöhne Arbeitnehmer auch in die Selbstständigkeit gedrängt werden, weil es dort keine festgelegten Arbeitsbedingungen gibt. Das kann doch wohl nicht Ihr Ziel sein.

Ich kann die Opposition wirklich nur bitten, noch einmal in sich zu gehen, eine Auszeit zu nehmen und das, was Sie hier beantragen, noch einmal zu überdenken. Die Wirtschaft funktioniert so nicht, wie Sie sich das vorstellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Köncke.

Gudrun Köncke GAL:* Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Lemke! Sie haben als Ihr erstes schärfstes Argument angeführt, dass Mindestlöhne so etwas wie Planwirtschaft sei. Ich möchte dagegenstellen, dass die heutige Lohnentwicklung nicht weniger bedeutet als ein Außerkraftsetzen der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei GAL und der SPD)

Wir haben heute eine Lohnentwicklung, die immer größere Teile der Bevölkerung vom sogenannten Fahrstuhleffekt abkoppelt. Wir haben eine Lohnentwicklung, bei der

die höheren Einkommen immer stärkere Lohnzuwächse haben und die geringeren Einkommen vollständig davon abgekoppelt sind.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Wenn dieser Mechanismus nicht mehr funktioniert, dann brauchen wir genau das, was auch Ihre Vorläufer Ehrhard, Müller-Armack und Eucken eingefordert haben, einen ordnungspolitischen Rahmen, der so nachjustiert werden muss, dass wir heute einen Mindestlohn setzen. Das ist eigentlich genau Ihr bisher vertretener Anspruch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Was ich nicht mehr hören kann, ist die falsche, unanständige, ewig wiederholte Plattitüde zu sagen, Mindestlöhne gefährden Arbeitsplätze.

Was machen Sie denn damit? Sie schüren doch letztendlich nur die Angst derjenigen, die ohnehin schon in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten müssen und am stärksten betroffen sind. Sie nutzen die Situation aus, um zusätzliche Angst zu schüren. Das finde ich richtig unfair an der Situation.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Erhard Pumm SPD:* Auf jeden Fall ist das nicht christlich!)

Es wird von allen Seiten auch immer wieder bestätigt, dass es falsch ist zu behaupten, Mindestlöhne würden Arbeitsplätze vernichten. Ich fasse kurz die Analyse des Sachverständigenrates zusammen, der gesagt hat, dass gerade Mindestlöhne keine negativen Beschäftigungsauswirkungen haben würden. Das haben wir in anderen Ländern, zum Beispiel auch in den USA, in Irland und in Großbritannien in der Summe festgestellt, auch wenn Sie immer wieder sagen, das seien andere Arbeitsverhältnisse, aber in der Summe wird deutlich, dass dadurch keine negativen Auswirkungen folgen.

Das andere ist – und das haben wir heute in der Presse nachlesen können –, dass wir inzwischen in Hamburg wahrscheinlich 80.000 Arbeitsverhältnisse haben, die den Anspruch auf aufstockende Leistungen hätten. 80.000 Arbeitsverhältnisse für aufstockende Leistungen, ich glaube, das sind ungefähr 10 Prozent aller Beschäftigten, die davon inzwischen betroffen sind. Haben Sie sich eigentlich schon einmal überlegt, welchen Anteil an den Lohnkosten der Staat, der Steuerzahler inzwischen übernehmen muss, wenn sich diese Tendenz weiter fortsetzt? Herr Uldall, ich erwarte, dass sich die CDU einmal ganz klar dazu äußert. Entweder wollen Sie das und sagen den Menschen, dass Sie es richtig finden, dass sie so wenig verdienen und dass Sie das mit staatlichen Leistungen entsprechend auffüllen wollen oder Sie geben den Menschen eine andere Antwort und diese Antwort kann letztendlich nur Mindestlohn heißen, wenn Sie weiterhin darauf spekulieren, dass Sie sagen, dass wir Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und eine Erleichterung des Entsendegesetzes brauchen.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, das haben wir das erste Mal auch eingefordert, aber es war doch die CDU auf Bundesebene, die genau diese andere Möglichkeit gleichermaßen blockiert. Verhalten Sie sich so, dass es wirklich eine Antwort für die Menschen ist, die heute von diesen Dumpinglöhnen leben. Herr Uldall, es wird sicherlich nicht ausreichen, dass Sie sagen, wir senken den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozent ab, denn damit werden wir keinen einzigen Arbeitsplatz mehr schaffen, denn diese Summe ist viel zu gering, um überhaupt irgendeinen Effekt auf einen Arbeitsplatz zu haben.

Natürlich sind wir grundsätzlich dagegen, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden und dass wir zum Beispiel eine stärkere Besteuerung der Rohstoffe und da gerechte Preise haben. Darüber können wir uns gerne unterhalten. Sagen Sie den 80.000 Leuten, die heute in Hamburg davon betroffen sind, wir senken die Lohnnebenkosten um 0,5 Prozent und das wird dann zu gerechteren Löhnen führen. Das wäre nun wirklich die allerbanalste Antwort, aber, Herr Uldall, ich erwarte natürlich mehr von Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Senator Uldall hat das Wort.

(*Michael Neumann SPD:* Ich kann, ich will, ich werde!)

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht das erste Mal, dass wir über dieses Thema debattieren, aber ich möchte festhalten, dass die bisherigen Beiträge der Oppositionsredner keine neuen Argumente vorgelegt haben.

(*Jan Peter Riecken SPD:* Handeln Sie endlich!)

Insofern muss man auf einen Punkt ernsthaft eingehen, und zwar hat Herr Grund eine Reihe von Punkten angesprochen, aber ein gewichtiges Argument, das gegen den Mindestlohn spricht, hat er nicht angesprochen – Frau Köncke hat das mit einem Nebensatz abgetan – und das ist der Verlust von Arbeitsplätzen durch die Schaffung von Mindestlöhnen.

(*Doris Mandel SPD:* Das stimmt doch nicht!)

Da kann ich nur sagen, dass wir eine möglichst hohe Beschäftigung bei uns in Deutschland haben wollen und das ist der Grund, weshalb wir Mindestlöhne ablehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Argument gegen die Mindestlöhne als arbeitsplatzgefährdende Institution ist sehr ernst zu nehmen und darf nicht einfach vom Tisch gewischt werden.

(*Uwe Grund SPD:* Das ist unwahr!)

Ich kenne keinen namhaften Wirtschaftswissenschaftler, der nicht auf diese Gefahr hinweist, meine Damen und Herren.

(*Gesine Dräger SPD:* Was? Das kann nicht wahr sein!)

Schon eine logische Beschäftigung mit dem Thema zeigt doch, dass ein Arbeitnehmer, der nicht dauerhaft das erwirtschaftet, was durch einen gesetzlichen Zwang an ihn zu zahlen ist, auch seinen Arbeitsplatz verlieren wird. Kein Unternehmer wird auf Dauer einen Arbeitnehmer beschäftigen wollen, dem er mehr bezahlen muss als dieser Arbeitnehmer in seinem Unternehmen erwirtschaftet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Von dem Kollegen Lemke wurde schon richtig darauf hingewiesen, dass es auf die richtige Höhe des Mindest-

lohnes ankommt und da haben wir ganz unterschiedliche Vorschläge. Wir haben eben festgestellt, dass der Mindestlohn arbeitsplatzgefährdend ist, wenn er zu hoch ist und wenn der Mindestlohn zu niedrig ist, dann nützt der Mindestlohn nichts.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Also muss er richtig sein! – *Gerhard Lein SPD:* Wenn es der Richtige ist, dann nützt er!)

Deswegen vertraue ich hier auf die bisherigen Kräfte beim Aushandeln. Das sind die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften gewesen, Herr Grund. Sie sind doch selber ein führender Vertreter der Deutschen Gewerkschaftsbewegung und deswegen müssten Sie so viel Zutrauen haben, dass Sie das hinbekommen, was Sie in den vergangenen Jahrzehnten hinbekommen haben.

(*Uwe Grund SPD:* Eben, deshalb verstehe ich davon auch mehr als Sie!)

Meine Damen und Herren! Es wurde dann ein Vergleich mit anderen Ländern angesprochen. Ich will auf einen Punkt hinweisen, der bestätigt, dass diese Gefahr, die ich eben beschrieben habe, nämlich der Gefährdung von Arbeitsplätzen, sehr schnell Realität werden kann. Bitte schauen Sie sich in Frankreich die schlecht ausgebildeten Jugendlichen an. Die haben eine Arbeitslosenquote, die so extrem hoch ist wie wir sie uns in Deutschland beim besten Willen nicht wünschen können.

Keine Lösung des Problems Aufstocker, Frau Köncke, ist mit einem Mindestlohn verbunden. Die SPD hat in ihrem Antrag 7,50 Euro als Mindestlohn gefordert. Oskar Lafontaine hat 8 Euro als Mindestlohn gefordert.

(*Petra Brinkmann SPD:* Das interessiert doch gar nicht! Wer ist das denn!)

– Nun hören Sie sich einmal den Satz zu Ende an. Wenn Sie das Problem Aufstocker – wir haben in Hamburg nicht 80.000, sondern 30.000 Aufstocker –, das für mich auch ein sehr ernstes Problem ist, lösen wollen, dann müssen Sie einen Mindestlohn von etwa 9 Euro einführen. Da muss sich also auch die SPD noch deutlich nach oben bewegen, nämlich um 20 Prozent.

(*Michael Neumann SPD:* Na gut, wenn Sie für 9 Euro sind, dann sind wir einverstanden!)

Sie hat natürlich wichtige Gründe, weswegen sie das nicht macht. Aber zu sagen, das Problem Aufstocker würde durch eine entsprechende Annahme des SPD-Vorschlages gelöst werden, ist falsch.

Dann möchte ich noch auf den Punkt hinweisen, den Herr Lemke als sehr gewichtiges Argument genannt hat. Sie beschrieben es als Ihren Albtraum, Herr Lemke. Natürlich wird es so sein, dass der Mindestlohn nicht mehr aufgrund der Leistungsfähigkeit von Arbeitnehmern oder aufgrund der Verhältnisse am Arbeitsmarkt festgesetzt wird, sondern er wird zu einem Politikum werden. Vor jeder Wahl werden wir es erleben, dass der Mindestlohn nach oben gesetzt werden wird, meine Damen und Herren, und dieses ist das Schlechteste, was wir uns für den Arbeitsmarkt insgesamt wünschen können.

Meine Damen und Herren, in wenigen Wochen hat die SPD in Hamburg ihren Parteitag. Ich wünsche einen guten Verlauf dieses Parteitags. Aber die Debatte, die wir heute Abend geführt haben, ist eine Debatte gewesen, die sich gar nicht gegen den Senat, sondern gegen den verantwortlichen Minister Müntefering in Berlin gerichtet hat.

(*Bernd Reinert CDU*: Sehr richtig!)

Ich meine, der Widerspruch zwischen Beck in Rheinland-Pfalz und Müntefering in Berlin sollte von Ihnen auf Ihrem Parteitag ausgetragen werden.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Das ist ja Ihre Wahrnehmung der Realität!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dees hat das Wort.

Hans-Christoff Dees SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Lemke, immer wenn man mit der Realität ein bisschen hadert, flüchtet man sich leicht in abstrakte Glaubenssätze. Herr Grund hat einige ganz konkrete Beispiele genannt,

(*Wilfried Buss SPD*: Eben!)

warum es wichtig ist, Mindestlöhne einzuführen. Genau an diesen Beispielen hätten Sie entweder erörtern können, warum es vielleicht schädlich oder warum es nachdenkenswert ist. Das will ich noch einmal unterstreichen.

Sie zitieren 1918. Das ist eigentlich ein ganz guter Bogen. 1918 gab es eine große Menge an Lumpenproletariat in Deutschland. Die Erkenntnis wuchs immer mehr, dass soziale und tiefste Armut sowie soziale Spaltung nicht nur ein ethisches Problem, sondern auch ein großes wirtschaftliches Problem ist. Letztendlich von Ludwig Erhard in der Nachkriegszeit angefangen, ist Deutschland aufgebrochen, eine soziale Markwirtschaft zu gründen, die genau dieses verhindern soll. Wenn Sie also Rückgriff auf 1918 nehmen, reicht das irgendwie nicht aus. Sie müssen schon ein bisschen auf die Herausforderung der Zukunft gucken, nicht nach dem geschlossenen Nationalstaat des letzten Jahrhunderts, sondern nach dem offenen großen Binnenmarkt Europas, der vor uns liegt. Sie geben in dem Redebeitrag, den Sie gehalten haben, keine Antwort auf Dumpinglöhne. Das hat auch Herr Senator Uldall nicht getan. Sie geben keine Antwort auf Wanderarbeiter aus den östlichen Staaten und wie unsere Lücken im Arbeitsrecht, im Arbeitsmarkt teilweise systematisch missbraucht werden. Sie geben keine Antwort darauf, wie sie unser Sozialsystem langfristig überhaupt finanzieren wollen, wenn Sie nicht einen Mindestlohnriegel nach unten einbauen.

Das heißt, Sie geben keine Antwort auf die entscheidenden Fragen der nächsten zehn, fünfzehn Jahre für dieses Land.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Herr Lemke, Sie müssen doch etwas dazu sagen, dass der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes, Herr Loewenstein, gerade am Montag den Mindestlohn für Deutschland noch einmal verteidigt hat. Dort gibt es ihn seit elf Jahren. Damit ich es korrekt zitiere, will ich Ihnen vorlesen, was er gesagt hat:

> "Ohne den Mindestlohn würden noch mehr Menschen aus Osteuropa zu sehr niedrigen Löhnen auf deutschen Baustellen arbeiten."

Das haben wir nicht nur auf deutschen Baustellen gesehen, das haben wir mit den Schlachtereien in Nordrhein-Westfalen und andernorts und in vielen einzelnen kleinen Fällen bis hin nach Hamburg gesehen. Darauf müssen

Sie doch eine Antwort geben. Wenn Sie die nicht geben, verweigern Sie sich der Realität, die wir hier vorfinden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vergleichen wir uns doch einmal mit England. Auch hier müssen Sie und auch Sie, Herr Senator Uldall, doch eine Antwort geben, wie es kommt, dass mit dem Eintritt eines Mindestlohns in England keine wesentlichen Arbeitsplätze vernichtet wurden. Im Gegenteil. Wenn Sie sich die Arbeitslosigkeit in England anschauen, so hatte die einen ähnlichen Ausgangspunkt wie wir, und zwar in den strukturschwächsten Gebieten Englands, ähnlich wie in Ostdeutschland Anfang der Neunzigerjahre. Dann hat die Arbeitslosigkeit dort kontinuierlich abgenommen. Sie hat auch noch einmal deutlich nach 1998, nach der Einführung des Mindestlohnes abgenommen. Dazu müssen Sie doch etwas sagen, bevor Sie hier das Schreckgespenst vom Verlust von Arbeitsplätzen an die Wand malen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Schauen wir uns doch einmal an, was ein Mindestlohn in England heißt. 7,80 Euro sind 840 Pfund im Monat oder knapp 1.280 Euro für den Arbeitnehmer. Da der Arbeitgeber in der Regel keine Sozialkosten zu tragen hat, sind das für ihn 1.330 Euro. Ein paar kleinere Abgaben von den Arbeitnehmern kommen noch dazu, dann sind es 1.230 Euro. Das weiß ich so genau, weil mein Betrieb, den ich dort zu leiten habe, gerade explizit – und das war das Erste, was ich überhaupt zu hören bekam – versucht sich zu distanzieren, nicht ein Mindestlohnbetrieb für diejenigen zu sein, die auf dem Shop Floor als Arbeiter arbeiten. Das ist inzwischen zu einem ehrabschneidenden Begriff geworden, dass man ein Mindestlohnbetrieb ist. Das zeigt, dass so etwas auch gute und richtige Normen setzen kann, wenn man einen Mindestlohn hat.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Was bedeutet jetzt der DGB-Vorschlag auf unsere Verhältnisse umgerechnet. Ausgehend von einem Arbeitnehmerbruttolohn heißt das dann ungefähr 7,50 Euro, also 1.230 Euro im Monat. Rechnen wir die Sozialabgaben ab – die Engländer finanzieren das ja über Steuern, wir finanzieren das über Arbeit –, und wenn es eine alleinstehende Person ist, kommen sogar noch etwas Steuern dazu, die er zu zahlen hat, dann bleiben ihm am Ende von dem DGB-Vorschlag im Monat 980 Euro. Das ist knapp über dem Grundsicherungsniveau für Alleinstehende. Wenn der Betreffende noch ein Kind hat, dann wäre er in diesem Fall – und da haben Sie recht – sogar schon Aufstocker und müsste zur ARGE. Wir reden also von einem Nettostundenlohn von unter 6 Euro, 5,90 Euro, je nachdem, wie viel Stunden er genau arbeitet. Wenn er mehr als eine Person hätte, müsste er zur ARGE gehen und aufstocken. Darauf müssen Sie doch eine Antwort geben und einen Riegel davorschieben. Mit dem neuen Grundsicherungssystem finanzieren wir am Ende den Wettbewerb in einfachsten Dienstleistungen,

(*Gesine Dräger SPD:* Negativen Wettbewerb!)

wohnortnahen Dienstleistungen, die, weil man sich nur noch über Löhne unterscheiden kann, nur noch über Löhne geführt werden und am Ende zu Dumpinglöhnen führen. Sie müssen doch eine Antwort darauf geben, wie wir als Gesellschaft verhindern wollen, dass wir Dumpinglöhne über die Aufstockung bei der Grundsicherung staatlich subventionieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Michael Neumann SPD:* Das ist genau der Punkt!)

Das sind Fragen der Zukunft. Wenn Sie die nicht adressieren, sondern auf eine Vereinbarung von vor hundert Jahren zurückgreifen, Herr Lemke, dann springen Sie wirklich zu kurz. Sie haben keine Antwort auf Dumpinglöhne gegeben, auf die Wanderarbeiter nicht und Sie geben keine Antwort darauf, wie wir unser Sozialsystem finanzieren sollen. Das hat vielleicht auch einen Grund, weil bei Ihnen meiner Ansicht nach – das zeigt auch die Debatte, wenn man ein bisschen auf die Bundesebene guckt – etwas ins Schleudern geraten ist und Sie Ihre ordnungspolitische Orientierung verloren haben. Es ist damit eindeutig eine Verbindung zwischen Mindestlohn und Grundsicherung zu ziehen und diese Verbindung haben Sie im letzten Sommer noch einmal versucht, politisch zu bestreiten. Das hat einen guten Grund. Da kommen wir zu einer Debatte der CDU – ein Schelm, der Böses dabei denkt – von Volker Kauder, Bundestagsfraktion, Ronald Pofalla, Laurenz Meyer, die sagen, dass wir in Deutschland eigentlich noch ein zu hohes Grundsicherungsniveau haben und es noch senken müssten. Dann wäre es eigentlich ehrlich gewesen, wenn Herr Wersich in seinem Zeitungsinterview, in dem er erklären sollte, wie man mit 2,56 am Tag ein Kind ernähren soll, noch dazu gesagt hätte, im Übrigen ist es nicht nur schwierig, sondern wir von der CDU sind dafür, dass es noch weniger sein soll. Vor dieser Debatte haben Sie natürlich Angst, aber das ist das, wo sie gedanklich herkommt. Deswegen gehen Ihnen bei dieser Debatte die Argumente aus.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Michael Neumann SPD:* Und schicken so einen Typen an das Rednerpult!)

Ihre Thesen zeigen, dass Sie in einer veränderten ökonomischen Wirklichkeit im europäischen Binnenmarkt die Orientierung verloren haben. Das ist schlimm, aber das ist Ihr Problem. Wir Sozialdemokraten stellen das würdevolle Auskommen von Menschen und den Erhalt ihrer Schaffenskraft in den Mittelpunkt unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Der Mindestlohn ist, wie es sich in 22 Ländern im europäischen und im englischen Ausland zeigt, mit dem wir wirtschaftlich noch am besten vergleichbar sind uns auch direkt vorgelebt wurde, eine einfach Antwort, um die Beschäftigten vor Ausbeutung zu schützen.

(Beifall bei der SPD – *Wolfhard Ploog CDU:* Sehr schön!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr von Frankenberg hat das Wort.

Egbert von Frankenberg CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Entwicklung im Niedriglohnsektor ist ohne Frage ein wichtiges und drängendes Thema. Vieles von dem, was beschrieben worden ist – darüber brauchen wir nicht zu diskutieren, da sind wir uns einig –, bedrückt uns alle. Die Diskussion selber hat viel mit Fragen der Gerechtigkeit zu tun, der Frage, was ist gerechter Lohn. Hingegen kann man die Frage, was sittenwidrige Löhne sind, schon eher abgrenzen. Aber insgesamt sind das sehr schwierige Fragen, in die man tief einsteigen sollte, wenn man sich damit auseinandersetzt. Ich habe mir auch die Antwort durchaus nicht leicht gemacht und versuche, jede Information, die erhältlich ist, für mich auszuwerten. Ich persönlich bin der Meinung – das müssen wir auch gar nicht aufgeregt und mit vielen Zwischen-

rufen und Geschrei diskutieren –, dass Ihr Konzept oder Ihr Lösungsvorschlag nicht der richtige ist. Das ist das, was ich Ihnen dazu sagen kann. Ich bin nicht davon überzeugt, dass ein Mindestlohn für alle Branchen und alle Regionen die richtige Antwort ist.

(Beifall bei der CDU)

Nach meiner Auffassung würde das mehr Staat und mehr Bürokratie bedeuten. Ich kann das Argument, das von Ihnen gebracht worden ist, auch nicht als entkräftet sehen. Es würde auch den Verlust von vielen, möglicherweise Hunderttausenden von Arbeitsplätzen bedeuten. Ich habe das, was Sie, Herr Grund und auch Herr Dees, über den englischen Arbeitsmarkt gesagt haben, durchaus mit Interesse gehört. Aber ich würde auch gerne einmal mit Ihnen darüber diskutieren, inwieweit das vergleichbar ist. Ich möchte – ehrlich gesagt – vieles vom angelsächsischen System nicht übernehmen. Ich halte das auch nicht für gut vergleichbar.

(Beifall bei der CDU)

Ich will ganz offen sagen, dass ich da durchaus für eine Diskussion bereit bin.

(*Werner Dobritz SPD:* Was wollen Sie denn jetzt?)

Ein weiteres Beispiel zum Thema Niedriglohn – Herr Senator Uldall hat das schon angesprochen – ist Frankreich mit der hohen Jugendarbeitslosigkeit. Das halte ich auch für problematisch. Insofern weiß ich nicht, ob man das wirklich so übernehmen kann, was Sie dort gesagt haben. Ich halte vieles von dem eher für ein Wunschdenken als dass es mit der Realität zu tun hat. Das ist leider so.

Ich fürchte, dass beim gesetzlichen Mindestlohn auch weniger Mitbestimmung und Flexibilität da ist. Hinzu kommt auch, dass die Gefahr von Umgehungen besteht. Es war gerade diese Woche durch die Medien gegangen, dass es auch im Baugewerbe nicht so gut läuft wie man sich das vorstellt. Auch dort ist es so, dass wahrscheinlich über 100.000 Arbeitsplätze unter dem dort festgelegten Mindestlohn bestehen. Insofern ist die Frage, inwieweit das Rezept wirklich so übertragbar ist.

Sie haben gesagt, dass gar nichts passiert wäre. Das ist aber nicht der Fall, sondern nach Monaten zäher Verhandlungen hat die große Koalition, der zumindest Sie angehören, beim Thema Mindestlohn einen Kompromiss im Sommer erzielt. Ich habe in der Diskussion das Gefühl, dass das vielen und gerade auch den Zwischenrufern entgangen ist.

(*Bernd Reinert CDU*: Ja!)

In jeder Branche und überall in Deutschland können Mindestlöhne festgesetzt werden, wenn es die Tarifparteien wollen. Das ist in meinen Augen eine Stärkung der Tarifautonomie.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin der Auffassung, dass der Staat sich auch verhebt, wenn er hier versucht, mit irgendwelchen Kommissionen eine bestimmte Summe festzulegen. Alle genannten Zahlen hören sich eher aus der Luft gegriffen an, als dass sie von der Realität geprägt sind.

Eine weitere Sache: Lösung für Bereiche mit geringer Tarifbindung. Wenn diese Tarifparteien das wollen, setzt das voraus, dass wir eine hohe Tarifvertragsbindung haben. Auch dort soll es so sein, dass das Mindestarbeitsbedingungsgesetz aus dem Jahr 1952 überarbeitet wird. Das sehe ich durchaus als eine vernünftige Sache an. Ich würde in diesem Kompromiss auch einen Sieg der Tarifautonomie sehen und da sind Sie zum Beispiel, Herr Grund, durchaus gefordert.

(Beifall bei *Karen Koop* und *Bernd Reinert*, beide *CDU*)

Auch der Vorwurf von Ihnen, die CDU bewegt sich nicht, ist falsch. Dann haben Sie doch alles, was in Berlin passiert ist, gar nicht zur Kenntnis genommen. Das kann man doch nicht uns unterstellen. Abgesehen davon, dass das kein Landesthema, sondern ein Bundesthema ist,

(*Michael Neumann SPD*: Bundesrat!)

ist es total unfair, dass Sie unterstellen, dass sich hier keiner bewegt. Im Koalitionsvertrag war ursprünglich die Ausweitung auf das Entsendegesetz für Gebäudereiniger vorgesehen. Da ist doch in der letzten Zeit wesentlich mehr getan worden. Sie sagen, da bewegt sich nichts. Den Vorwurf finde ich total unfair.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD:* Gute Arbeit von Müntefering!)

Ich kann zum vorliegenden Antrag nur sagen – der erste Antrag ist ein bisschen älter, da hatten Sie das Thema schon einmal. Aber nun kommen die Schatten des Wahlkampfes ein bisschen näher und da haben Sie jetzt mehrfach irgendwelche Themen aus dem Bundesrat, die Sie hier ein wenig aufdröseln wollen. Ich sehe darin mehr oder weniger den Versuch, ein vermeintlich populäres Bundesthema in den Hamburger Wahlkampf oder in dieses Haus zu ziehen. Mehr nicht.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Da haben Sie uns jetzt aber demaskiert!)

Das ist durchaus legitim, das zu tun, das kann Ihnen keiner verbieten, aber ich finde es unlauter. Sie tun so, als wären Sie überall in der Opposition. In Berlin sind Sie es aber nicht und deswegen sollten Sie sich damit auch ein bisschen angemessener befassen.

(Beifall bei der CDU)

Ich fasse unsere Argumente noch einmal zusammen: Wir sind gegen Lohndumping und Ausbeutung. Das sage ich hier ganz klar. Wir sind aber auch gegen einen vereinheitlichten und flächendeckenden Tarifvertrag.

(*Michael Neumann SPD:* Dagegen sein, heißt etwas tun!)

Wir sind für branchenspezifische Verhandlungen von den Tarifparteien in freien Verhandlungen festgelegten Abschlüssen.

(Zurufe von der SPD – *Wolfhard Ploog CDU:* Seid mal ruhig jetzt!)

Unser Ziel muss es sein, dass in Deutschland für die erbrachte Arbeit auch ein anständiger Lohn gezahlt wird. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, denn der gerechte Lohn und die Frage, wie man dazu kommt, sind für uns urchristliche Themen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Das sind die großen Themen der christlichen Demokraten. Auch wenn Sie darüber lachen, das weiß ich, das

wusste ich vorher, wir stehen dafür. Wir wollen in der großen Koalition in Berlin – da spreche ich einmal für die Freunde dort mit, Sie ja nicht – gemeinsame Lösungen finden, die den Menschen helfen und hier nicht Populismus im Vorwahlkampf treiben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – *Karen Koop CDU:* Sehr schön!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Köncke hat das Wort.

Gudrun Köncke GAL:* Nein, Herr von Frankenberg, das ist kein Bundesthema, das ist ein Hamburger Thema. Wir haben die Zahlen, glaube ich, eindeutig genannt. Herr Uldall, es ist schade, dass Sie das überhört haben. Wir haben inzwischen 30.000 Aufstocker und die Dunkelziffer liegt bei 80.000 Aufstockern. Das ist das Hamburger Thema, das ist die Hamburger Situation.

Herr von Frankenberg, wenn Sie sagen, Sie seien zur Diskussion bereit, dann ist das nett und ehrenwert, aber das reicht nicht mehr aus, sondern wir brauchen ganz klare Lösungen. Herr Uldall hat sich darin genüsslich zurückgezogen, dass er ein bisschen Häme über Auseinandersetzungen in der SPD ausgeschüttet hat. Herr Uldall, einen Vorschlag zu der Situation habe ich leider von Ihnen nicht gehört.

Abgesehen davon, glaube ich, dass Sie den Antrag der SPD, der heute zur Abstimmung steht, gar nicht richtig gelesen haben. Es geht natürlich darum, in erster Linie branchenspezifische Lösungen voranzutreiben und die Gewerkschaften darin zu bestärken. Das ist doch unser erster Ansatz.

(*Gesine Dräger SPD*: Klar!)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich mit dem Thema beschäftigen, dann überblicken Sie doch die Situation, dass genau das im Moment nicht durchgesetzt werden kann, dass wir ganz viele Bereiche haben, in denen diese branchenspezifischen Tariflöhne Allgemeinverbindlichkeitserklärungen nicht greifen werden. Genau für diese Situation brauchen wir eine Untergrenze und diese heißt nicht, dass die Politik sich daran nicht die Finger verbrennen wird und dass jeweils mit dem nächsten Wahlkampf die Grenzen nach oben ziehen, sondern es geht um eine unabhängige Kommission, die das festsetzen sollte. Auch darauf sind Sie nicht eingegangen, sondern Sie verbreiten nach wie vor ein falsches Schreckensgespenst, wenn Sie sagen, Mindestlöhne würden generell Arbeitsplätze kosten.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist mir ein besonderes Anliegen, Sie noch einmal darauf hinzuweisen, dass Sie leider mehr und mehr alleine mit Ihrer Position dastehen, denn wer fordert im Moment besonders stark Mindestlöhne ein und vor allen Dingen branchenspezifische Absprachen. Es sind doch die großen Arbeitgeberverbände. Ich habe Ihnen noch einmal eine Mitteilung aus der Zeitung "Die Welt" vom 24. April 2007 mitgebracht. Dort steht, dass jede zweite Hamburger Führungskraft für Mindestlöhne ist. Das ist die Situation, die wir im Moment in Hamburg haben und auch damit sollten Sie sich auseinandersetzen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dass Sie in der CDU einzig und allein auf die Mehrheit im Parlament setzen, ist allgemein bekannt, aber vielleicht sollten Sie sich insgesamt einmal den Sorgen und Problemen dieser Stadt öffnen und sich mit den Argumenten, die in der Stadt diskutiert werden, auseinandersetzen. Dann wären wir einen Schritt weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dees hat das Wort.

Hans-Christoff Dees SPD:* Herr von Frankenberg, Sie haben mir zwei dankbare Stichworte genannt, auf die es sich noch lohnt, kurz darauf einzugehen.

Erstens: Ich liebe internationale Vergleiche. Das ist meine liebste Lektüre. Und Frankreich ist ein ganz besonders gutes Beispiel, was gerade die Jugendarbeitslosigkeit betrifft, denn oft ist es nicht immer einfach, zu sehen, ob man nicht mit irgendeiner statistischen Zahl Äpfel und Birnen vergleicht. Aber für Frankreich und das Thema Jugendarbeitslosigkeit und für das Thema Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland gibt es eine ganz einfache Erklärung.

In der Jugendarbeitslosigkeit ist Deutschland im Gegensatz zu allen seinen sonstigen arbeitsmarktpolitischen Daten im leichten oberen Mittelfeld zu finden, wenn man das innerhalb der Industriestaaten vergleicht. Ansonsten sind wir grottenschlecht, aber dort sind wir gut.

Frankreich ist in vielen arbeitsmarktpolitischen Daten genauso schlecht wie wir und in der Jugendarbeitslosigkeit noch deutlich schlechter. Der einzige und einfache Grund hierfür liegt darin, dass Frankreich kein duales System hat. Und wie vielen anderen Staaten fehlt ihnen eine geordnete und sichere Schiene, wie man den Übergang von Schule in den Beruf sicherstellt und dann über eine entsprechende Qualifikation auch Nachhaltigkeit im Arbeitsmarkt bewirkt. Das fehlt den Franzosen, was sie auch beklagen. Lesen Sie dort die entsprechenden politischen Auseinandersetzungen. Sie wissen nur nicht mehr, wie sie dorthin kommen sollen. Hierin haben wir ihnen Gott sei Dank einiges voraus. Es sollte uns allen eine Lehre sein, dass wir das duale System schätzen und hochhalten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zweitens komme ich zum Missbrauch: Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das Thema angesprochen haben. Der Arbeitgeberpräsident des Bauverbandes hatte im Übrigen dieses Thema in seinem Interview am Montag auch angesprochen. Ja, es gibt Missbrauch. In der Gesellschaft – das ist nun einmal so – gibt es immer schwarze Schafe, die versuchen, das zu unterlaufen. Aber gerade mit Hartz IV und der Organisation der ARGE liegt uns bereits jetzt und zukünftig umso mehr ein fantastisches Instrument in der Hand, genau diesen Missbrauch zu beobachten. Wenn der Senat das heute schon stärker auswerten und beobachten würde, wüsste er auch, wie viele Aufstocker in welchen Branchen zu finden sind.

Jeder Standortleiter – wenn Sie mit ihnen sprechen – wird Ihnen die Fälle darlegen, in denen sie Arbeitsverträge haben, zu denen laut Arbeitsstellenbeschreibung eigentlich eher ein qualifizierter Hochschulabsolvent passt, aber am Ende ein Stundenlohn von 3 Euro oder 3,50 Euro ausgewiesen wird, sodass der Betreffende dann zu seinem ARGE-Standort kommt und entsprechend eine Aufstockung fordert.

Das heißt, mit der ARGE und mit der Transparenz, die wir dort herstellen und das Limit dann entsprechend bekannt ist, können wir im Zweifel problemlos sowie ganz klar eingreifen und erklären, dass das ein sittenwidriger Vertrag ist und hier etwas geschehen muss. Das ist ein Instrument – vielleicht sogar das wichtigste –, um dann den Mindestlohn und den entsprechenden Missbrauch zu bekämpfen. Das steht uns bereits heute in der Hand und dann werden wir das auch richtig umsetzen können. Ich verspreche Ihnen, wenn die SPD hier regiert, werden wir das zu nutzen wissen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Maier hat das Wort.

Dr. Willfried Maier GAL:* Herr Lemke, Herr von Frankenberg, meine Damen und Herren von der CDU! Sie argumentieren hier für das Gewerkschaftsprinzip und für die freien Verhandlungen. Das tun Sie heute. Jetzt überlegen Sie sich doch einmal, was eigentlich passiert ist. Der DGB, der vor 20 Jahren noch gegen Mindestlöhne war, ist heute dafür. Er kennt nun besser die Bedingungen, als wahrscheinlich Sie.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU:* Weil er auch hunderttausende von Mitgliedern verloren hat!)

– Genau, dann denken Sie doch einmal mit Ihrem runden Kopf darüber nach, woher das kommt

(Beifall bei der GAL und der SPD)

und was das für Auswirkungen auf unsere Gesellschaft insgesamt hat. Das ist doch kein Erfolg. Nehmen Sie beispielsweise die Kirchen. Hier jubeln Sie doch auch nicht darüber, dass die Kirchen Mitglieder verloren haben, aber bei den Gewerkschaften freuen Sie sich darüber. Sie sind doch nicht bei Troste, wenn Sie sich hierüber keine Sorge machen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfhard Ploog CDU:* Das hat doch gar keiner gesagt!)

Und Sorge müssen wir deswegen haben, weil durch das Prinzip der freien Verhandlungen in ganz großen Bereichen unserer Ökonomie diese Mindestbedingungen nicht mehr sichergestellt werden können.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Lemke zu?

Dr. Willfried Maier (fortfahrend): Ja, meinetwegen.

Zwischenfrage von Dittmar Lemke CDU:* Ich würde Dr. Maier gern fragen, ob er der Meinung ist, dass Gewerkschaften heutzutage nicht mehr in der Lage sind, Lohnverhandlungen zu führen.

Dr. Willfried Maier (fortfahrend): Ich bin der Meinung, dass in solchen Tätigkeitsbereichen, in denen es kein normales Lohnverhältnis mehr gibt, was beispielsweise große Bereiche der Dienstleistungen betrifft oder große Bereiche der Kreativwirtschaft angeht, die Leute überhaupt nicht mehr organisiert sind. Und wie sollen die Gewerkschaften hierfür Tarifverhandlungen führen?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Man muss sich doch einmal das reale gesellschaftliche Kräfteverhältnis anschauen, das sich in den letzten Jahrzehnten verschoben hat.

(*Wolfhard Ploog CDU:* Das beantwortet aber nicht die Frage!)

Wir loben das immer als Modernisierung und Flexibilisierung. Solche Elemente sind in Wirklichkeit auch dabei. Aber wenn wir diese Modernisierung und Flexibilisierung haben, dann müssen wir uns zugleich darüber Gedanken machen, wie wir neue Sicherungen schaffen können, weil das traditionelle Gewerkschaftssystem das in den traditionellen freien Verhandlungen einfach nicht mehr so hinbekommt, wie das in den Nachkriegsjahren der Fall war. Daher muss man sich bewegen und hierüber neu nachdenken.

Ihre Argumentation ist auch extrem widersprüchlich. Sie sagen, dass Arbeitsplätze verloren gehen, weil Mindestbedingungen eingeführt werden. Um Gottes willen, ein Tarifvertrag setzt auch Unterbedingungen fest. Das gleiche hören Sie auch jeden Tag vom Unternehmerverband, dass Tarifverträge Arbeitsplätze kosten, weil sie Mindestbedingungen festsetzen. Also sagen Sie eigentlich, dass es gar keine Regelung geben soll.

(*Bernd Reinert CDU:* Das ist doch absurd!)

Was soll denn das? Auch ein Tarifvertrag hat das Prinzip der unteren Grenze. Er hat nur das Prinzip der unteren Grenze dahingehend spezifiziert, dass er das von der Kampffähigkeit der jeweiligen Verbände in den jeweiligen Branchen abhängig gemacht hat. Und das hing mit dem Organisationsgrad und der Produktivität der Branchen zusammen. Wenn Sie aber Bereiche mit einer hohen oder auch niedrigen Produktivität haben, Sie aber sozusagen nicht mehr auf Kampffähigkeit und Kräfteausgleich rechnen können, dann müssen Sie einen neuen Gesichtspunkt einführen.

Sie sind sogar so zurückhaltend, dass, sollte im Bereich der Post eine Einigung auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung auf Bundesebene zustande kommen – was ein Segen wäre – plötzlich Leute aus Ihren Reihen auf die Idee kommen, dass das die Wettbewerbsfähigkeit von anderen Leuten gefährdet, die nicht so viel Löhne zahlen. Das ist doch als Gedanke völlig verrückt.

(*Bernd Reinert CDU*: Nee!)

Wenn Sie noch nicht einmal die Allgemeinverbindlichkeitsregelung wirklich wollen, dann wird es ein Problem, und zwar für uns alle. Wenn wir diese Differenzierungen in den Einkommensverhältnissen innerhalb der Gesellschaft hineinbekommen, dann kann Herr Nagel noch so viel Polizei auf die Straße schicken. Das wird dann irgendwann ein richtiges Problem werden.

Sie berufen sich auf die Tradition christlicher Gewerkschaftsbewegung. Dann können Sie doch nicht einfach auf die freien Verhandlungen setzen, wenn sich die Lage verändert hat, sondern Sie müssen sich hierauf einlassen. Dann gibt es notfalls irgendwo eine Fallschirmsituation oder ein Mindestniveau, über dessen Höhe man streiten kann und ob es in allen Regionen gleichermaßen sein muss. Aber Sie lassen sich noch nicht einmal auf diesen Streit ein. Sie lehnen es einfach ab und das ist wirklich viel zu kurz gesprungen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Grund hat das Wort.

Uwe Grund SPD: Wissen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition,

(*Bernd Reinert CDU:* Wie? Noch sind Sie Opposition und das wird auch lange so bleiben!)

– Ja, ja, meine Damen und Herren von der CDU –, es ist schon sehr zermürbend für mich, mit anzuschauen, wie über Jahrzehnte hinweg der Flächentarifvertrag von Ihnen öffentlich desavouiert, kritisiert und in Teufels Küche geredet wurde und jetzt, wo der Flächentarifvertrag schwächer geworden ist, sagen Sie zu den Gewerkschaften, dass sie das regeln sollen. Das ist scheinheilig und unverschämt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie wissen doch genauso wie wir, dass im Osten Deutschlands mittlerweile nur noch 40 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse von Tarifverträgen erreicht werden. In Westdeutschland sind es gerade einmal 60 Prozent. In den wachsenden Dienstleistungsbereichen gibt es keine Tarifverträge. Wenn Sie einen guten Friseur haben, dann fragen Sie ihn einmal, wie es ihm geht, wenn in der ganzen Stadt die Buden aufgemacht und pro Haarschnitt für Männer zehn Euro verlangt werden. Dort gibt es überhaupt keinen Tarifvertrag.

(*Harald Krüger CDU:* Weil das alles Selbstständige sind!)

Das ist doch die Grundlage, worüber wir reden.

Ich will Ihnen auch sagen, was die Konsequenzen sind. Es ist für mich und vielleicht auch für Sie völlig in Ordnung, wenn künftig in diesen Geschäften wieder anständige Wettbewerbsregeln eingeführt werden, dass der Friseurmeister oder auch der Handwerker überleben kann. Dann sollen sie zwölf Euro für das Haarschneiden verlangen, was immer noch okay ist. Das ist meine Meinung hierzu.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nächstes Argument: Irland hat 8,65 Euro Mindestlohn, Frankreich 8,44 Euro, Großbritannien ab 1. Oktober 8,20, Belgien 8,08 Euro und in Deutschland wären es dann 7,50 Euro, wenn es Realität wird. Über Italien, Schweden, Norwegen oder Finnland haben wir gar nicht gesprochen. Das brauchen wir nicht. Dort gibt es eine Erfassung der Tarifbereiche von 90 Prozent und darüber. Das ist die Realität in diesem Land und Sie drücken sich davor. Was Sie machen, ist "ttv", tarnen, täuschen und verpieseln. Sie wollen sich vor diesem Problem drücken und das dürfen Sie den 80.000 Menschen in Hamburg gegenüber, die Armutslöhne haben, nicht zugeben. Stehen Sie gerade in Ihrer Verantwortung. Wenn Sie das nicht tun, werden Sie verantwortlich gemacht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Dräger hat das Wort.

(*Gerhard Lein SPD:* Dass die sich nicht schämen!)

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich möchte zwei Punkten widersprechen, die hier ausgeführt worden sind.

Erstens: Herr Senator Uldall, wir diskutieren den Mindestlohn seit ungefähr einem Jahr und Sie stellen sich hier ernsthaft hin und erklären, dass Sie keinen Wirtschaftswissenschaftler kennen, der dieses neoklassische Modell nicht vertreten würde, nämlich, dass Arbeitsplätze abgebaut werden, wenn die Preissetzung falsch ist.

Nun beschäftige ich mich bereits seit einem Jahr und länger mit diesem Thema,

(*Robert Heinemann CDU*: Oh, ein Jahr schon!)

seitdem auch die Gewerkschaften hierüber intensiver diskutieren. Man liest auch darüber und schaut nach, was vorliegt. Sie haben recht, in der deutschen Wirtschaftswissenschaft gibt es nicht allzu viele Menschen, die davor nicht warnen. Aber ich habe immer gedacht, dass Hamburg eine internationale Stadt wäre und Sie sind Senator dieser internationalen Stadt. Vielleicht sollten Sie sich die Mühe machen, einmal zu sehen, wie in den internationalen Wirtschaftswissenschaften die Mindestlöhne diskutiert werden. Sie sollten sich einmal anschauen, welche Studien dort in den letzten 15 Jahren durchgeführt worden sind. In diesen Studien ist ganz deutlich gemacht worden, dass es nicht diesen prognostizierten Zusammenhang zwischen Mindestlohn und Verlust von Arbeitsplätzen gibt. Wenn Sie sich dann hier hinstellen und immer wieder – eigentlich hoffe ich, fast wider besseres Wissen, denn dass Sie es nicht wissen, wäre wirklich schlimm für diese Stadt –

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

einen Widerspruch zwischen angeblicher Wissenschaft, den Vorstellungen der SPD-Fraktion, die den Antrag jetzt eingebracht hat, und des eingebrachten Antrags der GAL-Fraktion aufbauen wollen, ist das wirklich schäbig. Diesen Widerspruch gibt es nicht und das müssen Sie wissen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zweitens: Herr Lemke, Sie haben soeben in Ihrer unnachahmlichen Art versucht, Herrn Dr. Maier mit der aus Ihrer Sicht wahrscheinlich sehr provokanten Frage zu provozieren, ob die Gewerkschaften nicht in der Lage seien, Tarifverhandlungen zu führen.

Vor 15 Jahren hätte die Debatte, so wie sie heute geführt worden ist, nicht stattgefunden. Seinerzeit wäre diese Frage, wie Sie sie gestellt haben, provokant gewesen, was sie heute nicht mehr ist. Das ist an Ihnen komplett vorbeigegangen. Es gibt heute Bereiche, in denen Gewerkschaften keine Tarifverhandlungen mehr führen können. Das ist eine Gefahr für diesen Staat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Sie sich hier hinstellen und glauben, dass Sie Herrn Dr. Maier oder die Opposition damit provozieren können, dann ist das lächerlich. Das zeigt zum Thema Mindestlohn von einer wirklich totalen Sonnenfinsternis in Ihren Gedanken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lemke wünscht das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – *Petra Brinkmann SPD:* Oh, nee!)

Dittmar Lemke CDU:* Ich fasse mich auch ganz kurz. Aber ich bin der Meinung, dass zwei Dinge noch richtiggestellt werden müssen.

Erstens: Herr Dr. Maier hat das Beispiel der Kreativwirtschaft genannt. Es ist mir bisher völlig entgangen, dass in der Kreativwirtschaft, also Werbeagenturen oder Design-Agenturen, eine Mindestlohnproblematik herrschen sollte.

(Zurufe von der GAL und der SPD)

Es ist dort so, dass von den Unternehmen zum Teil verzweifelt Arbeitskräfte gesucht werden

(*Michael Neumann SPD:* Hätte er doch geschwiegen!)

und dass qualifizierte Arbeitskräfte den Arbeitgebern teilweise den Lohn diktieren können.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Köncke zu?

Dittmar Lemke (fortfahrend): Nein, ich wollte mich nur ganz kurz fassen.

(Lachen bei der SPD und der GAL – Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Lemke hat das Wort und sonst niemand.

(*Doris Mandel SPD*: Leider!)

Dittmar Lemke (fortfahrend): Wenn Herr Grund – und das ist der zweite Punkt – hier jetzt tatsächlich als Gewerkschaftsvertreter dem Staat die Verantwortung für die Tarifpolitik zuweisen will,

(*Uwe Grund SPD:* Er hört ja nicht zu! – *Michael Neumann SPD:* Er versteht es nicht!)

dann muss ich sagen, dass ich das beschämend finde und falsch.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir kommen zunächst zum Bericht des Wirtschaftsausschusses aus Drs. 18/6926. Wer möchte der darin enthaltenen Ausschussempfehlung zur Drs. 18/5641 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einer Vielzahl von Enthaltungen so erfolgt.

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung aus Drs. 18/5644 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich erfolgt.

Nun zum SPD-Antrag aus Drs. 18/6973. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Punkt 31 der Tagesordnung auf, Drs. 18/6976, Antrag der GAL-Fraktion: Eine Zukunft für die Pop- und Rockstadt Hamburg gestalten.

[Antrag der Fraktion der GAL:
Eine Zukunft für die Pop- und Rockstadt Hamburg gestalten!
– Drs. 18/6976 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen und Herr Müller wünscht das Wort.

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Lemke, ehrlich gesagt, hätte ich nicht damit gerechnet, dass wir durch die von Ihnen angesprochene Kreativwirtschaft einen solchen Übergang zu dem jetzigen Thema hinbekommen. Das zeigt nur noch einmal, dass Sie keine Ahnung haben, was in der Kreativwirtschaft los ist.

(*Wolfhard Ploog CDU:* Keine Beleidigungen hier!)

Sonnenfinsternis ist das richtige Wort.

Kommen wir aber zu dem Thema Musik, das wir heute angemeldet haben. Vor drei Tagen ist die Popkomm zu Ende gegangen. Das ist die größte Musikmesse der Welt. Sie hat Besucher aus 57 Ländern angezogen. 15.000 Fachbesucher und 80.000 Festivalbesucher haben dort hereingeschaut. Das wichtigste aber, was man hierzu aus Hamburger Sicht sagen muss, ist, dass diese Messe in Berlin stattfindet. Und Berlin ist nicht mehr die selbsternannte, sondern sie ist inzwischen die Musikhauptstadt.

(*Claudius Lieven GAL*: Wohl wahr!)

Für eine lange Zeit war das der unumstrittene Titel der Freien und Hansestadt Hamburg.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Da haben Sie doch noch gesungen, Herr Müller!)

Dass in Berlin die Musikszene boomt, während uns in Hamburg die Felle davon schwimmen, scheint für Sie in der CDU-Fraktion, aber auch für den Senat, offenbar ein Naturgesetz zu sein. Wir erleben einen Wirtschaftssenator, der mit offenem Mund und den Händen im Schoß zusieht, wie Berlin unsere Talente abwirbt. Ich denke hierbei an den Popkurs, der gerade noch vor sich hin lebt sowie an die vielen Bands, die hier groß gemacht wurden und inzwischen in Berlin sind. Das ist Ihr Verdienst in den Jahren, in denen Sie hier regiert haben.

(*Inge Ehlers CDU:* Das ist ja Quatsch!)

Herr Uldall, der Erfolg Berlins und die Nachteile Hamburgs sind hausgemacht und sind vor allem von Ihnen verursacht.

Wir haben soeben erlebt, dass Ihnen jegliches Verständnis abgeht, was momentan in den kreativen Szenen dieser Stadt los ist. Ich bin der Meinung, dass es nicht reicht, irgendeine Unternehmensberatung zu beauftragen, etwas herauszufinden, wenn man selbst keine Ahnung hat, was in dieser Stadt los ist.

Wir haben immer noch nichts gehört, wie Sie die hiesigen Talente fördern, geschweige denn, Talente von außerhalb hierher bringen wollen. Daher haben wir ein Programm vorgelegt, wie wir das in dieser Stadt ändern wollen.

Ein Musiker hat mir einmal mit einem etwas lachenden Ausdruck im Gesicht gesagt: Ach, dieser Senat kennt nur alles, was fliegt und was schwimmt. Alles andere spielt für die keine Rolle.

(*Inge Ehlers CDU:* Und das haben Sie ihm geglaubt? – Gegenruf von *Dr. Willfried Maier GAL:* Alles, was "brumm, brumm" macht!)

Hierzu muss man nichts mehr sagen. Ich konnte ihm nicht mehr lächelnd zustimmen, sondern nur bestätigen, dass das auch mein Eindruck ist. Mehr ist bei der Wirtschaftsbehörde unter dem CDU-Senat nicht herausgekommen.

Nehmen wir die Filmförderung, die ohne Not mit den Kürzungen gegen die Wand gefahren wurde und auch nicht durch den Zusammenschluss mit Schleswig-Holstein in die Nähe einer Wettbewerbsfähigkeit mit den anderen Bundesländern, geschweige denn mit Berlin, gekommen ist.

Ebenso haben Sie vor zwei Jahren einfach sang- und klanglos die Finanzierung des Popkurses verschwinden lassen. Wir können froh sein, dass der Medienunternehmer Frank Otto in dieser Zeit die Finanzierung gerettet hat. 150.000 Euro jährlich sind dafür notwendig. Sie waren nicht in der Lage, dieses Geld im Haushalt zu bewegen. Wir haben in den letzten Haushaltsverhandlungen einen Vorschlag unterbreitet, wie das Geld zustande kommen kann und es wäre kein Problem gewesen, das auch zu tun.

Jetzt haben wir in den Zeitungen lesen müssen, dass Sie die Idee mit einer Stiftung haben. Das werden wir uns genau anschauen, wenn Sie dann in der Lage sind, dem Parlament Ihre genauen Vorstellungen vorzulegen. Für diesen Popkurs ist es fünf Minuten vor zwölf und ich hoffe, dass das, was wir in den Zeitungen lesen konnten, nicht nur eine Marketingblase war, sondern auch bald Realität wird.

Für die Betroffenen, die jetzt weggegangen sind, ist es bitter, dass man keinen Blick für die Realitäten in dieser Szene hat und keine Wirtschaftsförderung erhält. Tocotronic, die Gruppe Seeed und viele andere wären gern in dieser Stadt geblieben,

(*Thies Goldberg CDU:* Er muss selbst nachlesen!)

aber wenn diese Bands verdienen wollen und ihre Songs an die Menschen bringen möchten, dann müssen sie momentan nach Berlin gehen, was sie gar nicht unbedingt wollen, aber müssen, um zu bestehen. Manche pendeln auch, denn das geht inzwischen sehr gut.

Aber das ist eine Situation, die hier geschaffen wurde und wir haben hier heute Maßnahmen vorgelegt, die wir gleich ansprechen werden, wie wir diese Situation wieder ändern können. Hierbei hoffen wir auf Ihre Mithilfe, denn das ist keine Sache, die das Parlament sozusagen in der Mitte teilen sollte, sondern wir sollten alle gemeinsam diese schwierige Situation, die Berlin uns hier geschaffen hat, einerseits durch Ihr Nichtstun und andererseits durch eine sehr geschickte Politik des Berliner Senats

(*Rolf Harlinghausen CDU:* Vom Länderfinanzausgleich subventioniert. Da haben Sie recht!)

wieder umkehren.

Die Hamburger Band oder fast schon die "ehemalige" Hamburger Band Tocotronic – die Lieblingsband des Ersten Bürgermeisters – hat auf der CD "Diverse Menschen Deiner Stadt" ein paar sehr gute Sätze gesungen, die ich zitieren möchte:

"Diverse Menschen in deiner Stadt, haben uns schon lange satt. Wir passen nicht so ganz hierher und sie verachten uns dafür."

(*Rolf Harlinghausen CDU:* War das ein Selbstgespräch?)

– Nein, das war kein Selbstgespräch, sondern der Songtext von Tocotronic. Aber die Frage ist nicht untypisch aus dieser Richtung. Das war mir klar, dass das für Sie böhmische Dörfer sind.

Die Band Tocotronic wird inzwischen von einem Berliner Label sehr erfolgreich verlegt. Hin und wieder kommen sie mal nach Hamburg und spielen, wie beispielsweise zum Reeperbahn-Festival, das im Übrigen heute beginnt. Das zur Information für die Seite, die das noch nicht mitbekommen hat.

Es ist wirklich Zeit für einen Kurswechsel und es ist noch nicht zu spät. Wir wollen Ihnen nur ein paar Vorschläge unterbreiten, die Sie auch im Antrag lesen können. Wir finden es auch sehr schade, dass Sie mit uns hierüber noch nicht einmal im Ausschuss reden wollen.

(*Elke Thomas CDU*: Nee!)

Das tut mir nicht nur für die Betroffenen Leid, sondern ich finde es auch bedauerlich, dass im Wettbewerb der politischen Ideen nicht einmal die Bereitschaft vorhanden ist, darüber zu diskutieren. Ich kann das nicht verstehen und ich glaube, die Musiker und die Musikwirtschaft auch nicht.

Was brauchen wir für Hamburg? Wir benötigen intelligente Vermarktungshilfe für diese Labels. Wir brauchen Hilfe nach draußen. Wie das geht, macht Ihnen das "Hamburger Abendblatt" vor, die bereits zum zweiten Mal eine Compilation mit Hamburger Bands herausgebracht hat. Das macht Ihnen "NDR 90,3" vor, der im Schmidt Theater Hamburger Musikerinnen und Musiker sowie Bands die Chance geben, sich vorzustellen.

Es wäre sehr schön, wenn der Hamburger Senat in Zukunft auch eine Idee hätte, wie man diesen Bands helfen kann und die Hamburger Musikszene auch über unsere Grenzen hinaus bekannt machen kann, wobei es aber auch schon gut wäre, wenn die Hamburgerinnen und Hamburger selbst sie kennenlernen würde. Hierfür haben wir einen Vorschlag vorgelegt.

Es ist ganz klar: Hamburg ist eine Konzertstadt, aber irgendwo muss die Musik auch stattfinden. Das Problem ist, dass uns eine Konzerthalle mittlerer Größe fehlt. Wir plädieren nicht dafür, dass die Stadt eine Halle baut, sondern wir plädieren dafür, dass denjenigen, die eine Halle bauen wollen, auch geholfen wird, und zwar planerisch und natürlich auch hinsichtlich der Standortfrage. Das ist das Einzige, was die Konzertwirtschaft von uns vielleicht erwartet, ihnen hierbei zu helfen. Das ist nicht viel, aber es ist sehr wichtig und notwendig.

(Beifall bei der GAL)

Was auch ganz wichtig ist – das sagen Ihnen alle, die in der Musik tätig sind – ist, dass wir endlich eine größere Bühne für diese neu entstehende Musik benötigen. Wir brauchen ein redaktionelles Musikradio. Ob das nun über den NDR oder aus privater Hand kommt ist für die Betroffenen erst einmal egal.

Hierfür wollen wir uns als Grüne stark machen und mit dem NDR reden. Wir machen natürlich zusätzlich einen

Aufruf an den Medienrat Schleswig-Holstein und Hamburg, auch private Sender, die dieses Konzept verwirklichen und hierfür Frequenzen freimachen wollen, bevorzugt anzusprechen. Aber das muss politisch gewollt sein und man muss dann als Bundesland Hamburg auf den NDR-Staatsvertrag und andere Bundesländer auch Einfluss nehmen.

Schauen Sie sich Berlin-Brandenburg an, die bis jetzt bereits drei redaktionelle Musiksender haben. Dort findet Musik statt und dort findet neue Musik auch neue Zuhörerinnen und Zuhörer. Hier in Hamburg bleiben sie in den Nischen. Das ist auch ein weiterer Grund, warum viele nach Berlin gehen. Das ist also ein ganz wichtiger Punkt und kostet der Stadt nichts, außer ein wenig Mühe, zu der Sie offenbar nicht einmal bereit sind.

Es gab – vielleicht haben Sie das ein bisschen über Ihre Kollegen aus dem Bezirk Mitte mitbekommen – ein Gutachten, was die Bedürfnisse der St. Pauli-Musikwirtschaft und der dortigen Labels untersucht hat. Einer der wichtigen Punkte – was auch nichts kostet – ist, dass sie einen Ansprechpartner für alle Musikfragen in der Stadt Hamburg haben wollen. Und in diesem Gutachten, was Ihren Kollegen aus dem Bezirk Mitte vorliegt, war ganz deutlich herauszuhören, dass dieser Ansprechpartner der Bezirk Mitte sein soll, weil er am meisten Erfahrung hat und jetzt auch schon sehr viele Kapazitäten bereitgestellt hat, seitens der Behörde entsprechend Rat für die Live Musik Clubs, für die Konzertveranstalter und für die kleinen Labels zu geben. Das alles kann sofort beginnen, allerdings muss der Senat das beschließen, wozu ein Bezirksamt nicht in der Lage ist. Auch hier würde ich mir von Ihnen ein wenig mehr Zuhören und mehr Offenheit wünschen.

Jetzt kommen wir zum Schluss.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Ja, das ist gut!)

– Ja, hier kommt das schlechte Gewissen durch, dass Sie das alles nicht hören wollen. Aber es nützt nichts. Die Stadt, wie Sie sie sehen, existiert so nicht.

Schauen Sie sich Ihren Kulturstaatsminister, Herrn Neumann, an, der jetzt einen Aktionsplan für die Musikwirtschaft aufgelegt hat. Eine Million Euro ist zwar nicht viel, aber in Hamburg wäre damit schon sehr viel zu erreichen. Ich würde mir nicht nur für diese Stadt, sondern auch insbesondere für die betroffenen Musikerinnen und Musiker wünschen, dass Sie ein offeneres Ohr für diese Branche haben, die an sich in Hamburg ein wahnsinniges Potenzial hat. Das sind wirklich Talente und hierzu braucht man keinen Unternehmensberater, sondern man muss einfach einmal dorthin gehen. Heute Abend findet beispielsweise ein Branchentreff statt oder gehen Sie zum Reeperbahn-Musikfestival und schauen Sie sich das an. Das Potenzial ist vorhanden, nur wir müssen es auch erkennen und wir müssen dort, wo Hilfe notwendig ist, auch helfen.

Ich würde mir wünschen, dass Sie unseren Antrag an den Ausschuss überweisen. Meine Rede möchte ich mit folgendem Satz beenden und ich meine es ernst: Gehen Sie zum Reeperbahn-Festival und sprechen Sie mit den Akteuren, dann werden Sie sehr schnell merken, dass Handlungsbedarf notwendig ist. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Rusche hat das Wort.

(*Jörg Lühmann GAL:* Der Sigmar Gabriel der CDU!)

Dietrich Rusche CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrter Kollege Müller, mit der Behauptung, es würden Leute von Hamburg nach Berlin ziehen, weil es dort mehr Musiksender gäbe, haben Sie nicht nur den Antrag, sondern sich selber ad absurdum geführt. So etwas habe ich überhaupt noch nie gehört.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch ohne diese Bemerkung hätte man Ihrem Antrag kaum zustimmen können. Man kann ihn wirklich nur ablehnen, denn einerseits enthält er Forderungen, die längst überfällig und längst vom Senat in Angriff genommen worden sind, andererseits fehlen natürlich, wie bei den meisten Anträgen der Opposition, die Finanzierungsvorschläge, von der fehlenden sachlichen Fundiertheit ganz zu schweigen.

Ich will aber trotzdem zu den einzelnen Punkten Ihres Antrags gerne Stellung nehmen. Schon die erste Forderung ist überholt, denn wir wissen alle, dass der Senat längst erfolgreich an einer Verbesserung der Vernetzung der Musikwirtschaft und damit auch an der Musikstadt Hamburg arbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt natürlich für die Weiterentwicklung der Talentschmiede "Popkurs". Natürlich – das will ich gerne einräumen – kann nicht alles, was in der Senatsküche am Kochen ist, schon auf dem silbernen Tablett serviert werden, sondern es braucht seine Zeit, um gar zu werden.

(Beifall bei *Karen Koop CDU*)

Für die in Punkt drei Ihres Antrags, natürlich ohne Finanzierungsvorschlag, geforderte Konzerthalle in Wilhelmsburg besteht nach meiner Auffassung allerdings zurzeit keine zwingende Notwendigkeit. Und dem NDR, den Sie hier auch angesprochen haben, kann der Senat schon wegen des verfassungsrechtlich legitimierten Gebots der Staatsferne keine Vorschriften bei der Schaffung eines neuen redaktionellen Musikradios machen.

(*Farid Müller GAL:* Davon war nicht die Rede!)

– Doch, das war genau das, was Sie gefordert haben. Lesen Sie Ihren Antrag, vielleicht haben Sie den eigenen Antrag nicht richtig verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg hat jedoch zusammen mit anderen Bundesländern die Förderung deutschsprachiger Musik durch eine Protokollerklärung zum Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag unterstützt und das ist genau der Schritt, den die Hansestadt tun musste und getan hat.

Weil die GAL beim Schreiben ihres Antrags gerade so schön am Fordern war, hat man in den Antrag gleich noch schnell ein Straßenmusikfest für Gruppen aus ganz Europa eingebaut, das nun aber mit Rock und Pop nicht unbedingt etwas zu tun hat. Natürlich wird für die geforderten Mittel kein Finanzierungsvorschlag gemacht, aber es lohnt sich kaum noch, sich darüber zu wundern.

Etwas merkwürdig ist der nächste Punkt, wo es um die Abschaffung der Stellplatzabgabe geht. Sie sollten vielleicht, Herr Müller, wenn ich Ihnen den Rat geben darf, noch einmal einen Blick in Ihre eigene Drucksache Nummer 18/6518 vom Juni dieses Jahres werfen, da wird genau das Gegenteil gefordert. Aber vielleicht einigen Sie sich in Ihrer Fraktion, was Sie nun eigentlich wollen: Stellplatzabgabe ja oder nein, beides wird von Ihnen zurzeit gefordert.

(Beifall bei der CDU)

Ich wundere mich darüber schon lange nicht mehr, denn in diesem Antrag, den Sie jetzt gestellt haben, wird natürlich Hamburg mal wieder schlechtgeredet. Er suggeriert nämlich, Hamburg tue für die Musikclubs in unserer Stadt überhaupt nichts. Das ist natürlich falsch und das wissen Sie auch, Herr Müller, und das ärgert mich. Es werden Behauptungen aufgestellt, die Hamburg schaden, und Sie wissen das und tun es trotzdem. Das ist einfach unredlich und über so etwas kann ich mich auch richtig ärgern.

(Beifall bei der CDU)

Unser aller Aufgabe, ob Opposition oder Regierungsfraktion, muss es sein, Hamburg zu helfen, wo immer wir können. Das tut man nicht, indem man Behauptungen aufstellt, die nachweislich falsch sind.

Natürlich fehlt in Ihrem Antrag auch der Hinweis auf eine neue Mitarbeiterin, die erst kürzlich im Bezirksamt Hamburg-Mitte eingestellt worden ist, um sich ausdrücklich und speziell um die Musikclubs zu kümmern. Vielleicht wissen Sie es nicht, aber dann sollten Sie nicht solche Aussagen machen.

Natürlich – das ist schon selbstverständlich bei Ihrem Antrag – erwähnen Sie nicht, dass der Bürgermeister noch im August dieses Jahres im Rahmen der Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum der Musikhochschule für den "Popkurs" den Betrag von 750.000 Euro für die Gründung einer Stiftung zugesagt hat, allerdings mit der Maßgabe, dass von privater Seite das gleiche Engagement erfolgt. Auch das wäre eine Erwähnung wert gewesen, aber natürlich wird das nicht gesagt.

Meine Damen und Herren! Der von Ihnen gemachte Vorwurf der bräsigen Inkompetenz – eine wunderbare Formulierung, wie ich finde – fällt auf den Antragsteller selbst zurück. Die Musikszene Hamburg, die im GAL-Antrag so schlechtgemacht worden ist, brummt nämlich in Wirklichkeit aus vollen Rohren. Vielleicht darf ich einmal aus einer Einladung zitieren, die ich heute bekommen habe, eine Einladung zum elften Branchentreff der "Music City Hamburg" heute Abend um 19.30 Uhr im KNUST. Da heißt es – ich zitiere –:

> "Hamburg ist ein bedeutender und gewachsener Musikstandort, der sich auch heute kontinuierlich entwickelt."

Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU)

Und morgen – ich kann es Ihnen allen nur empfehlen – geht das Reeperbahn-Festival los. Das hatte 2006 Premiere und beginnt mit 128 Bands in 15 Clubs rund um die Reeperbahn und dauert drei Tage; auch das ist Realität in Hamburg. Mit diesem Festival, das vom Senat finanziell kräftig unterstützt wird, nimmt Hamburg eine großartige Chance wahr, sich als Hauptstadt der Musikclubs überregional zu positionieren.

Meine Damen und Herren! Die Initiative Musikstadt Hamburg ist auf dem besten Wege, ein Erfolgsmodell zu werden. Das hängt natürlich auch mit dem kreativen Klima in unserer Stadt zusammen. Völlig zu Recht hat deswegen "Der Spiegel" erst kürzlich Hamburg als eine der coolsten Städte Europas bezeichnet und so haben wir bei diesem Thema auch Grund zur Freude. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Grund hat das Wort.

Uwe Grund SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte ebenfalls mit dem Reeperbahn-Festival einsteigen. Das ist nun zweimal dargestellt worden und deshalb erspare ich mir das.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Nach meinen Informationen sind es übrigens 200 Bands, die an 20 Bühnen auftreten, also sehr bemerkenswert. Schauen Sie sich das an, dann können Sie sehen, dass in Hamburg tatsächlich Rock und Pop noch eine bedeutende Rolle spielt. Trotzdem, Herr Rusche, geht es nicht um Schlechtreden, sondern um die Realität und die Realität ist, dass wir den Spitzenplatz im Bereich der Musikwirtschaft und des Musikstandorts verloren haben. MTV und die Bertelsmann-Tochter BMG sind weg, Ariola ist weg, der Tonträgerverband ist nach Berlin gegangen. Es gibt eine Untersuchung des Bezirks Hamburg-Mitte, die sich mit der Frage, wie es denn auf St. Pauli mit dem Musikstandort aussieht, beschäftigt. Dort werden sehr bedenkenswerte Hinweise gegeben, dass es inzwischen so etwas wie ein Sterben der Club-Szene in Hamburg-Mitte gibt, auch auf St. Pauli, und dass es Verlagerungen gibt, die der Struktur der Reeperbahn sehr schaden. Wenn die Musikclubs dort weggehen, verlagert werden oder aus Hamburg ganz verschwinden, wenn insbesondere die Live-Clubs verloren gehen, ist das wirtschaftlich problematisch, vor allem aber für die Standorte und deren Struktur wirklich bedauerlich. Wenn die Reeperbahn am Ende nicht mehr der kulturell lebendige und interessante Standort bleibt, sondern wieder auf Porno und Sex reduziert wird, dann ist das schade. Diese Gefahren wurden zu Recht deutlich gemacht und die muss man ernst nehmen, wenn einem das von Fachleuten gesagt wird und man für Politik verantwortlich ist. Da geht es nicht um Schlechtreden, sondern wir müssen Hinweise, die uns von Wissenschaftlern und Verantwortlichen vor Ort gegeben werden, wirklich ernst nehmen.

Dann noch eine Frage an die GAL. Den Antrag hat es mit Datum vom 15. August unter der Drucksachen-Nummer 18/6776, also vor 200 Drucksachen, schon einmal gegeben. Irgendwie ist er zurückgezogen worden und mich würde schon interessieren, warum das geschehen ist und der wortgleiche Antrag erneut eingereicht worden ist. Meine Vermutung ist, dass Herr Rusche nicht ganz Unrecht hat, dass es nämlich an der Finanzierungsdeckungsseite dieses schönen Antrags etwas mangelt. Aber, Herr Rusche, dann ist es falsch zu sagen, das lehnen wir ab, sondern lasst uns doch über dieses wichtige Thema für die Stadt wenigstens diskutieren; mehr wollen wir gar nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Lasst uns darüber reden und es nicht einfach ignorant ablehnen und sagen, weg damit, alles ist gut, wunderbar. Die Betroffenen sehen es nämlich ganz anders, Herr Rusche.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Müller.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Der singt jetzt! – Heiterkeit bei der CDU)

Farid Müller GAL: – Das hätten Sie wohl gerne.

Meine Damen und Herren! Die Einladung, die viele Abgeordnete des Kulturausschusses zum Branchentreff heute Abend bekommen haben und die so nett vom Kollegen Rusche zitiert wurde, ist eine Einladung, die von der Wirtschaftsbehörde finanziert wird. Dass dort natürlich nicht geschrieben wird, es geht uns schlecht, aber wir haben trotzdem noch ein Reeperbahn-Festival finanziert, damit wir mal schauen können, wie andere Bands aus anderen Städten und Ländern spielen, ist doch klar. Wir haben nicht behauptet, dass die Branche am Boden liege, sondern dass Sie sich nicht darum kümmern und es höchste Zeit sei, dass das passiert. Dass Sie das komplett anders sehen, zeigt nur, dass Sie offenbar die Realitäten in dieser Stadt – nicht nur in diesem Bereich, aber auch in diesem Bereich – völlig ausblenden.

Ich will zwei oder drei Bemerkungen zur Aufklärung machen. Kollege Grund, es hat kein Finanzierungsproblem gegeben. Erstens habe ich vorhin gesagt, dass wir einen wunderbaren Finanzierungsvorschlag für den "Popkurs" gemacht haben. Für ein Straßenmusikfestival, wie viel das auch immer kostet, könnte der Senat einmal ein Konzept vorlegen. Dann wären wir auch gerne bereit, eine Deckung dafür herauszusuchen.

Für die anderen genannten Dinge gibt es keine großartigen Finanzierungsprobleme, denn – das habe ich Ihnen an der einen oder anderen Stelle erläutert – dort müsste man sich einfach nur einmal einsetzen. Das kostet Arbeitskraft der Abgeordneten da drüben und es kostet Arbeitskraft des Senats; die werden bezahlt.

Was die Stellplatzabgabe betrifft, haben Sie auch wieder etwas nicht verstanden, Herr Kollege Rusche.

(*Dietrich Rusche CDU*: Na ja!)

Wir wollen sie schon für diese Stadt, aber man kann sie auch regional und punktuell unterschiedlich umsetzen. In der Innenstadt ist sie von der Bürgerschaft zum Beispiel abgeschafft worden, weil wir kleine Kneipen und Restaurants fördern wollten. Die Innenstadt ist nämlich ziemlich tot gewesen und sie ist auch noch nicht richtig lebendig geworden und die Stellplatzabgabe war dafür ein großes Hindernis. Wir wollen auch an der Reeperbahn die Musikclubs nicht wegen der Stellplatzabgabe vertreiben, sondern man kann darüber nachdenken, sie für diese Clubs auszusetzen oder andere intelligente Lösungen zu finden. Es gibt eine Lösung, die von unseren Kollegen in Altona gefunden wurde. Dem Kulturclub 73 neben der Roten Flora hat man gesagt, die Stellplatzabgabe werde nicht erhoben, aber als Auflage wurde dem Kulturclub aufgetragen, viele gemeinnützige Kulturveranstaltungen zu leisten. Das war eine Krücke, weil der Bezirk nicht anders handeln konnte.

Man muss aber nicht ständig so viele Krücken bauen, man kann sich auch einmal überlegen, ob man gezielt diesen Kulturclubs helfen kann und dazu haben wir einen Vorschlag gemacht. Es mag sein, dass das in der CDU-Fraktion nicht verstanden wird, aber dafür können wir nichts.

Was das Bezirksamt Hamburg-Mitte betrifft, bin ich froh, dass Rotgrün schon gehandelt und jemand eingestellt hat. Das war übrigens auch das Ziel dieses Gutachtens. Was aber Rotgrün in Hamburg-Mitte nicht allein machen kann, ist, zu sagen, wir erklären uns allgemein zuständig für alle Fragen der Musikwirtschaft in dieser Stadt. Das muss über den Senat laufen und da würde ich mich freuen, wenn Sie es tun und hier nicht nur dumme Sprüche liefern.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Glocke)

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter, auch die späte Stunde sollte nicht dazu führen, über die Wortwahl nicht mehr genauer nachzudenken.

(*Doris Mandel SPD:* Es ist erst 19.15 Uhr!)

– Dem kann ich nicht widersprechen, Frau Kollegin.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6976 an den Kulturausschuss zu? — Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Letzteres war die Mehrheit. Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer möchte den GAL-Antrag annehmen? – Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf, Drs. 18/6885, Bericht des Haushaltsausschusses: Erhalt der vollen Funktionsfähigkeit des Instituts für Rechtsmedizin als Instrument für Strafverfolgung und Opferschutz in Hamburg.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/6274: Erhalt der vollen Funktionsfähigkeit des Instituts für Rechtsmedizin als Instrument für Strafverfolgung und Opferschutz in Hamburg (Senatsantrag) – Drs. 18/6885 –]

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Langhein hat es.

Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Student der Rechtswissenschaft durchlief ich mit vielen anderen Studenten einen Kurs in Rechtsmedizin bei jenem Institut für Rechtsmedizin, über dessen Erhalt wir heute abstimmen. Die Aufgaben des Instituts für Rechtsmedizin sind vielfältig, beginnend bei der Untersuchung von Opfern von Gewalt bis hin zu mutmaßlichen Tätern, die entweder einer Straftat überführt werden oder aber – was auch sehr wichtig ist – bei denen die Unschuld festgestellt wird. Beides, mutmaßliche Opfer und mutmaßliche Täter, sind Gegenstand der Rechtsmedizin, die sich die Wahrheitsermittlung über ein tatsächliches Geschehen zur Aufgabe gemacht hat.

Als Student habe ich beispielsweise beim Institut für Rechtsmedizin eine Seminararbeit zur Frage, ab welchem Alkoholgehalt im Blut man als Fahrradfahrer, Schiffsführer und Autofahrer nicht mehr fahrtüchtig ist, erarbeitet. Es ist insoweit sehr wichtig, dass solche Arbeiten gemacht werden, denn die Ergebnisse solcher immer wieder durchzuführenden Arbeiten fließen unmittelbar in gesetzgeberisches Handeln ein, denn der Mensch unterliegt gerade in diesem Bereich vielen Schwankungen und es ist sehr wichtig, dass man solche Dinge unterbindet.

Die Funktionsfähigkeit eines Instituts für Rechtsmedizin dient der Wahrheitsfindung und steht damit im Zentrum des gesellschaftlichen Umgangs miteinander. Auch wenn wir häufig nicht wissen, was Wahrheit bedeuten soll, so haben wir stets darum zu kämpfen, diese im Rahmen des irdisch Machbaren herauszufinden und zu ermitteln. Damit der Kampf um diese Wahrheit gewinnbar ist, bedarf er unserer Unterstützung. Wir können es nicht zulassen, dass ein unschuldiger mutmaßlicher Täter verurteilt oder ein Schuldiger freigesprochen wird. Wir können es auch nicht zulassen, ein Opfer von Gewalttaten unerkannt zu lassen oder ein vortäuschendes Opfer als solches nicht zu erkennen.

Damit erweist sich der hier vorliegende Antrag als einer der zentralsten Punkte, den Mindestmoralvorstellungen unserer Gesellschaft Gehör und vor allen Dingen Durchsetzungskraft zu verschaffen. Die CDU-Fraktion steht voll und ganz hinter diesem Antrag, über den wir heute entscheiden. Ich fordere Sie alle auf, diesem Antrag zuzustimmen, damit die Funktionsfähigkeit einer Wahrheitsfindung für mutmaßliche Täter und Opfer in Hamburg erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um es vorweg zu sagen: Auch die SPD unterstützt den Antrag des Senats an die Bürgerschaft, dem Institut für Rechtsmedizin die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die erfolgreiche, vorbildliche und in ganz Deutschland anerkannte Arbeit fortzusetzen und zu garantieren.

(Beifall bei der SPD und bei *Christian Maaß GAL – Doris Mandel SPD:* Jawohl!)

Da Kollege Dr. Langhein hier schon eine kleine Vorlesung in Bezug auf Wahrheitsfindung im Allgemeinen und die Rolle des Instituts für Rechtsmedizin dabei im Besonderen gehalten hat, muss ich nicht noch etwas hinzufügen. Aber ich darf mit Genugtuung und auch ein wenig Stolz darauf hinweisen, dass insbesondere die SPD und die SPD-geführten Senate sich um die Stärkung der Verletztenrechte bemüht haben und dafür Einrichtungen bereitgestellt haben. Im Zuge dessen haben sie unter anderem dem Institut für Rechtsmedizin die Aufgabe erteilt, sich um die Opfer häuslicher Gewalt zu kümmern und Erstversorgung und Dokumentation zur Beweissicherung zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei *Christian Maaß GAL*)

Sie können das unter anderem in der Mitteilung des Senats vom 27. April 1999 "Hamburger Initiative zur Stärkung der Verletztenrechte" oder in der Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2001 zum Ersuchen der Bürgerschaft zum Thema "Maßnahmen gegen häusliche Gewalt" nachlesen. Es wäre nicht falsch, sondern fair gewesen, wenn im heutigen Senatsantrag diese Tradition erwähnt worden wäre, aber das holen wir hiermit nach.

Meine Damen und Herren! Es trifft zu, dass die Arbeit des Instituts für Rechtsmedizin sowohl im Bereich der klassischen forensischen Medizin als auch in seiner Rolle für den Opferschutz unverzichtbar ist. Deshalb muss ihm auch der notwendige finanzielle Rückhalt gegeben werden. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Husen.

Katja Husen GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird, das ist auch im Ausschuss schon deutlich geworden, diesem Antrag zustimmen. Ich persönlich freue mich sehr, dass es nach langem zähen Ringen gelungen ist, auch mit mehr Unterstützung aus der Justizbehörde, eine sichere Finanzierung für die nächsten Jahre hinzubekommen.

Der Opferschutz ist gerade schon angesprochen worden. Natürlich freuen wir uns, dass die Möglichkeit, dass Opfer sich dort anonym beraten und ihre Verletzungen dokumentieren lassen können, durch diesen Antrag erhalten bleibt. Ich habe neulich von einem Kollegen gehört, dass er das schon einmal in Anspruch genommen hat und wohl deshalb auch persönlich von dieser Einrichtung sehr angetan ist.

Ich möchte noch ein zweites, eher gesundheitspolitisches Argument nennen. Wir müssen nämlich immer wieder in der Zeitung lesen, dass insgesamt in Deutschland deutlich zu wenig Autopsien vorgenommen werden, um festzustellen, ob Menschen tatsächlich an einem Unfall oder zum Beispiel an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung gestorben sind und dadurch bleiben eine Menge Gewaltverbrechen ungesühnt, weil unentdeckt. Ich freue mich schon sehr, dass es zumindest gelungen ist, das Niveau des Rechtsmedizinischen Instituts zu halten. Ich glaube allerdings, dass wir langfristig sehr wohl einmal darüber nachdenken müssen, ob nicht zumindest in bestimmten Bereichen mehr Autopsien, mehr Forensik notwendig ist – das aber jetzt nur so dahingestellt. Von daher unterstützen wir dies auch von unserer Seite aus.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig und damit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 23, Drs. 18/6870, Antrag der SPD-Fraktion: Platzbörse für Jugendfreiwilligendienste in Hamburg einrichten.

[Antrag der Fraktion der SPD: Platzbörse für Jugendfreiwilligendienste in Hamburg einrichten – Drs. 18/6870 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Brinkmann bekommt es.

Petra Brinkmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Letzte Woche hatten wir in Deutschland die Woche des bürgerschaftlichen Engagements und bei den Veranstaltungen spielte nicht nur das Ehrenamt eine Rolle, sondern auch die Freiwilligendienste.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Ich freue mich, dass jetzt so viele Kollegen im Saal sind, aber es wäre mir lieb, wenn man das nicht gleich hören würde.

Frau Abgeordnete, fahren Sie bitte fort.

Petra Brinkmann (fortfahrend): Eines ist diese Woche erneut deutlich geworden: Ohne das freiwillige Engagement wäre unsere Gesellschaft sehr viel ärmer.

Bei der Vorstellung der ausgezeichneten Projekte der ehrenamtlich tätigen Jugendlichen konnte man sehen und spüren, mit welchem persönlichen und überzeugenden Engagement sich Jugendliche einsetzen. Wenn diese Jugendlichen sich dann für ein Jahr Freiwilligenarbeit entscheiden, erleben viele von ihnen die erste große Enttäuschung, denn sie bekommen eine Absage. Es gibt in unserer Stadt eine große Bereitschaft zu freiwilligem Einsatz, aber es gibt leider viel zu wenig Plätze für dieses Engagement.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir als SPD-Fraktion wollen, dass jede und jeder geeignete Bewerberin oder Bewerber einen Platz im Freiwilligendienst in dieser Stadt bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist heute leider nicht so und das ist genau das Problem. Eigentlich müsste es ein Glück für diese Gesellschaft sein, dass jedes Jahr die Zahl der Jugendlichen, die sich für einen Platz im Freiwilligendienst bewerben, ansteigt. Aber wenn die Zahl der abgelehnten Bewerbungen viel schneller steigt, werden die jungen Menschen bald frustriert ihre Bewerbungen einstellen, aber gerade heute braucht unsere Gesellschaft diese vorwiegend sozialen Dienste ganz besonders dringend.

In der Sozialausschusssitzung hat der Senat diese Situation bestätigt. Es gibt zu wenig Plätze für die vielen Bewerber. Auch wenn es mehr Plätze gibt als früher, reichen sie immer weniger, um die steigende Nachfrage zu decken. Der Senat bemüht sich auch gar nicht, dieses zu ändern, er hat keine konkreten Ansätze oder Lösungsvorschläge.

(*Lars Dietrich CDU:* Irgendwann musste das ja kommen!)

– Die Wahrheit muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Er überlässt es der Kreativität der Träger, in Wahrheit lässt er sie allein. Dass mehr Geld für die Träger keine Verbesserung bringen könnte, darüber war sich der Senat im Ausschuss ganz sicher. Dabei wird im Gespräch mit den Trägern immer wieder darauf hingewiesen, dass es gerade die finanzielle schlechte Situation ist, die den Trägern eine Einrichtung weiterer Plätze verbietet.

(*Lars Dietrich CDU:* So ein Quatsch!)

Dieses trifft besonders die kleinen und privaten Träger, die sich keine Freiwilligenplätze leisten können.

Ihr Argument, Hamburg sei in Bezug auf die Quote der Plätze absolute Spitze im Bundesvergleich, mag richtig sein. Aber trotzdem reicht es nicht und vor allem ist es auch nicht das Verdienst dieses Senats. Wieder schmücken Sie sich, Frau Bürgermeisterin, mit fremden Federn, denn der Ausbau der Plätze ist allein den Bemühungen der Träger und der enormen finanziellen Verbesserung der Bundesregierung anzurechnen.

Der Senat bezweifelt außerdem die von ihm vorgelegten Zahlen, da es hierzu keine Erhebungen gäbe. Er rechnet vor, dass es bei den Bewerbungen viele Mehrfachmeldungen gibt, sodass man davon ausgehen könnte, dass nur circa 60 Prozent der Zahlen Realität seien. Die Bewerbungen lägen nur den Trägern vor und da es keine Gesamterfassung gäbe, könne man auch keine klare Aussage machen, wie viele sich einen Platz wünschen und wie viele wirklich einen Platz bekommen. Genau hier liegt das zweite Problem. Wenn man keine Zahlen hat, weil man sie nicht erheben will oder nicht erheben kann, dann braucht man ein anderes Instrument, um Angebot und Nachfrage zusammenzubringen. Was bietet sich in diesem Falle besser an, als eine zentrale Platzbörse zu schaffen, wie die SPD-Fraktion es in ihrem Antrag vorschlägt.

(Beifall bei der SPD)

Diese an ein Internetportal anzuschließen, ist gerade für junge Menschen heute der richtige Weg. Dort könnten sie dann nicht nur jederzeit erfahren, wo welche Plätze frei sind, sondern hätten auch die Möglichkeit, sich mit anderen auszutauschen. Im Bereich des Au-pair- oder Schüleraustausches hat man damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Was spricht also gegen diese Einrichtung? Selbst das Argument des Staatsrats, dass alles zu viel Bürokratie sei, trifft bei einer Platzbörse nicht zu.

Als Letztes möchte ich noch auf die Teilnahmequote der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss oder mit geringem Schulabschluss eingehen. Heute liegt die Quote der Bewerbungen dieser Schüler bei null und das darf es zukünftig nicht mehr geben. Auch diese Jugendlichen haben Fähigkeiten, die sie einbringen können. Gleichzeitig wäre gerade für sie diese Chance einer Berufsfindung und -vorbereitung, auch mit Qualifizierung verbunden, sehr notwendig. Natürlich würden diese Plätze mehr Geld kosten, weil diese Jugendlichen eine viel engere und bessere Anleitung und Betreuung bräuchten. Aber das sollte uns die Chance für die Jugendlichen wert sein, vor allem, wenn man betrachtet, welche Laufbahn sonst von einigen eingeschlagen wird.

Sie sehen, meine Damen und Herren von der CDU, dass alle Forderungen im SPD-Antrag sinnvoll sind.

(*Bernd Reinert CDU*: Nee!)

Nichts davon wird bisher von Ihnen bearbeitet. Stimmen Sie aus diesem Grund und für eine sinnvolle Zukunftsgestaltung unserer Jugendlichen unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Dann gebe ich das Wort der Abgeordneten Meyer-Kainer.

Marita Meyer-Kainer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein positives Ergebnis, dass sich immer mehr junge Menschen für ein freiwilliges soziales Jahr oder ein ökologisches Jahr bewerben. Es gab knapp 5.000 Bewerbungen im vergangenen Jahr, eine Zahl, die, auch wenn wir von zahlreichen Doppelbewerbungen ausgehen müssen, deutlich macht, wie engagiert unsere jungen Menschen sind.

Auch ich würde es gern sehen, wenn wir alle Bewerber tatsächlich unterbringen könnten. Dass eine Ausweitung der Plätze nicht unbegrenzt möglich ist, liegt natürlich in der Natur der Sache.

(*Petra Brinkmann SPD*: Wieso das denn?)

Die Trägerorganisationen müssen hohe Auflagen erfüllen und dabei geht es nicht nur um Geld, sondern auch um die pädagogische Ausgestaltung.

(*Petra Brinkmann SPD:* Ja genau, die kostet was!)

– So sind zum Beispiel 25 Seminartage für die Teilnehmer Pflicht, Frau Brinkmann.

Die Sozialbehörde unterstützt insbesondere auch kleinere Träger in vielfältiger Art und Weise.

(*Petra Brinkmann SPD:* Aber nicht finanziell!)

Lassen Sie es sich gesagt sein, meine Damen und Herren von der Opposition, Ihre Vorwürfe an den Senat gehen in die falsche Richtung.

(Beifall bei der CDU)

Es war der Senat, der das Platzangebot in den letzten Jahren deutlich ausgebaut hat.

(*Bernd Reinert CDU*: Sehr richtig!)

Die Zahl der Plätze für das soziale Jahr wurde von 320 in 2001 auf heute 842 erhöht.

(*Petra Brinkmann SPD*: Und warum?)

Das ist eine Steigerung von über 260 Prozent.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD:* Aber nicht durch Ihren Senat! Das habe ich doch ausgeführt!)

Wir liegen in Hamburg im Bundesvergleich deutlich vorn. Dass man sich immer noch mehr Plätze wünschen kann, Frau Brinkmann, kann ich natürlich auch nur sagen.

(*Petra Brinkmann SPD:* Dann machen Sie doch etwas!)

Ihre Vorschläge, meine Damen und Herren von der Opposition, gehen aber in die falsche Richtung. Vielleicht schauen Sie einmal ins Internet, dann werden Sie sehen, dass es bereits ein Internetportal mit sämtlichen Informationen zu diesem Thema gibt.

(*Petra Brinkmann SPD:* Aber nicht von der Behörde!)

Darüber hinaus plädieren Sie für eine zentrale Platzbörse. Ich glaube nicht, dass eine zentrale Platzbörse etwas bringt, weil wir wissen, dass viele Jugendliche Doppelbewerbungen abgeben.

(*Doris Mandel SPD:* Das wissen Sie doch gar nicht!)

– Das habe ich recherchiert, das sind über 60 Prozent.

Diese Problematik wird durch eine Platzbörse nicht entschärft.

Zudem kann man bei den Trägern erfahren, ob überhaupt noch Plätze frei sind. Da man sich ganzjährig, also auch schon heute, für das nächste Jahr bewerben kann, halte ich dieses bestehende Verfahren für grundsätzlich angemessen und ausreichend transparent.

(Beifall bei der CDU)

Für das ökologische Jahr werden die Plätze sowieso von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zentral vergeben, sodass sich Ihr Vorschlag, meine Damen und Herren von der SPD, gänzlich erübrigt.

Ich stimme Ihnen aber zu, dass anzustreben ist, noch mehr Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss für Freiwilligendienste zu mobilisieren.

(*Petra Brinkmann SPD:* Wieso noch mehr? Es gibt doch gar keine!)

Ich denke aber, dass es hier vor allem Aufgabe der Schulen und der Träger ist, diese Gruppen gezielt anzusprechen.

Da die Bildungspläne für die Hauptschulen heute schon eine ganzheitliche Entwicklung der Schüler zum Ziele haben und die Stadtteilschulen außerschulisches Lernen und Sozialkompetenz zum Ziel haben werden, sehe ich hier langfristig durchaus eine positive Entwicklung.

Dennoch müssen sich die Jugendlichen aus eigenem Antrieb für ein Freiwilligenjahr entscheiden. Man kann nur dafür werben, aber nichts erzwingen, meine Damen und Herren.

Grundsätzlich möchte ich noch einmal Folgendes betonen: Wir sind in Hamburg mit den Freiwilligendiensten sowohl bezüglich der Platzzahlen als auch bezüglich der Vergabe sehr gut aufgestellt. Es ist dem Senat zu verdanken, dass sich die Zahlen so positiv entwickelt haben. Wir werden uns auch weiter bemühen, noch mehr Jugendlichen die Möglichkeit eines sozialen Jahres zu eröffnen. Wir brauchen nicht mehr Bürokratie und undurchdachte Vorschläge. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Vielen Dank, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich noch einmal die Zahlen der Großen Anfrage der SPD zu diesem Thema anguckt, dann erklärt sich vieles. Es erklärt sich auch oder – besser gesagt – es relativiert sich, was uns die CDU und der Senat immer predigen

wollen: Es ist alles so gut in Hamburg und es ist alles noch viel besser geworden, seit Sie regieren.

(Beifall bei der CDU)

– Schön, wenn Sie jetzt geklatscht haben, Sie werden merken, dass es nicht Fakt ist.

Wenn man sich die Zahlen anguckt, dann sieht man, dass die Teilnahmezahlen zwar gestiegen sind – leider aber nicht für Hauptschüler. In zwei Jahren sind nur drei Hauptschüler hinzugekommen. Einen Riesenanstieg gibt es hingegen bei Realschülern und Fachschülern.

(*Stefanie Strasburger CDU*: Ja, super!)

Aber das ist ein Problem. Wenn ein Hauptschüler keinen Ausbildungsplatz findet, dann müssen wir dafür sorgen, dass er wenigstens die Möglichkeit hat, noch in ein freiwilliges Jahr zu gehen. Wenn wir dann sagen, es sind in zwei Jahren drei Teilnehmer mehr geworden, dann sollte man sich wahrlich nicht auf die Schulter klopfen und sagen, das ist aber alles super gelaufen. Das ist es wahrlich nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Zahlen, von denen ich eben sprach, betrafen das soziale Jahr. Wenn wir über das ökologische Jahr sprechen, dann ist es wirklich ein Trauerspiel. Es haben in 2006/2007 ein einziger Hauptschüler und vier Realschüler überhaupt einen Platz erhalten. Da bedarf es wirklich einer großen Verbesserung.

Von daher denke ich, dass der Antrag der SPD, der eine Platzbörse zur Unterstützung und ein Internetportal fordert, ein Weg sein könnten. Wir können das Ganze aber gern noch an den Sozialausschuss überweisen und gemeinsam nach weiteren Lösungen suchen. Wenn Sie den Antrag für zu bürokratisch halten, dann können wir gemeinsam versuchen, ihn noch zu verbessern. Aber dieses Thema jetzt ad acta zu legen und zu sagen, alles ist gut, was wir gemacht haben, das sollten Sie wirklich nicht. – Vielen Dank.

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen vermag ich nicht zu erkennen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache an den Sozialausschuss zu? – Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? – Letzteres war die Mehrheit. Die Überweisung ist abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen.

Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drs. 18/6870 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Letzteres war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir sehen uns alle in Bälde wieder. Ihnen allen einen sicheren Heimweg. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.37 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Christiane Blömeke, Hartmut Engels, Dr. Andrea Hilgers, Dr. Natalie Hochheim, Lutz Kretschmann-Johannsen und Aydan Özoguz.